

6. Die Entwicklung der antifaschistischen Strategie in der KPTsch und die Bezugnahmen der Sozialdemokraten hierauf

6.1 Die Bolschewisierung der KPTsch nach dem V. Parteitag 1929

6.1.1 Der Sieg der Gottwald-Gruppe auf dem V. Parteitag und die innerparteiliche Durchsetzung der Bolschewisierung

Obwohl die gesellschaftspolitische Ausgangslage für das Entstehen einer kommunistischen Partei in der ČSR vergleichsweise gut war und es insbesondere in der tschechischen Gesellschaft eine lange sozialistische Tradition gab, die durch den Erfolg der russischen Oktoberrevolution zusätzliche politische und psychologische Impulse erhalten hatte, wurde die KPTsch erst im Mai 1921 gegründet. Auf ihrem Parteitag Ende Oktober 1921 schloß sie sich mit der bereits bestehenden deutschen Abteilung zusammen⁹⁸⁹. Die Gründe für diese verspätete Parteigründung sind vielschichtig. Ausschlaggebend waren sicherlich die komplexe Konfliktlage in dem neuen Staatswesen mit seiner exponierten Nationalitätenproblematik und der daraus resultierenden divergierenden Perzeption von Sieg und Niederlage im Weltkrieg sowie die unterschiedlichen politischen Interessenlagen und Zielsetzungen der verschiedenen linken Gruppierungen⁹⁹⁰. Die KPTsch entstand als Zusammenschluß einer Reihe von teilweise sehr unterschiedlichen Gruppierungen und sozialdemokratischen Parteiflügeln⁹⁹¹.

Die Signifikanz der Gründung der KPTsch liegt allerdings weniger in ihrer heterogenen Zusammensetzung oder im nachhaltigen Einfluß der Komintern bei der Entstehung, sondern vielmehr im Übertritt ganzer Parteiorganisationen und der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder. Die tatsächliche Mitgliederstärke der KPTsch im November 1921 läßt sich heute nicht mehr mit Sicherheit beziffern. In der Forschungsliteratur schwanken die Zahlenangaben zwischen 250-450.000 Personen. In jedem Fall bildete die KPTsch damit jedoch die drittstärkste Sektion in der Komintern. In Relation zur Einwohnerzahl der ČSR muß sie zum Zeitpunkt ihrer Entstehung sogar als mitgliederstärkste kommunistische Partei der Welt gerechnet werden,

⁹⁸⁹ Zeitlich später entstanden in Europa nur noch die kommunistischen Parteien Belgiens und Norwegens (November 1921) sowie Albaniens (1941). Vgl. Hejzlar (1976), a.a.O., S. 17.

⁹⁹⁰ Vgl. unter den neueren Forschungsbeiträgen zur Entstehungsgeschichte der KPTsch besonders Zd. Kárník: Die ersten Versuche zur Gründung einer kommunistischen Partei in Böhmen, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 14 (1996), S. 117-79; und H. Mejdrová: Die Entstehung der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei und die Komintern, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 3 (1995), S. 128-39.

⁹⁹¹ Die wichtigsten Gruppierungen bei der Gründung der KPTsch waren der linke Flügel der ČSD, der unter der Führung B. Šmerals lange Zeit keine Spaltung der Sozialdemokratie wollte, sondern die Partei insgesamt zu übernehmen suchte, sowie der linksgerichtete Flügel der DSAP, deren Reichenberger Bezirksorganisation sich schon im Mai 1920 zur Annahme der 21 Punkte der Komintern entschlossen hatte. Daraufhin wurde er im Januar 1921 aus der DSAP ausgeschlossen und gründete im März 1921 die 'Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Deutsche Sektion'. Ferner spielten die tschechoslowakischen Kommunisten, die sich im Mai 1918 in Rußland zusammengefunden hatten, sowie anarchokommunistische Gruppierungen (S.K. Neumann), Kriegsheimkehrer (A. Muna) und extremistische, pro-bolschewistische Gruppierungen aus der 1920 zusammengetretenen Fortschrittspartei (Zd. Nejedlý) eine wichtige Rolle. Vgl. Olschies (1979), a.a.O., S. 156 f.

so daß ihr von der Komintern in vielen strategischen Fragen ein gewisses Maß an ideologischem Bewegungsfreiraum zugestanden werden mußte. Hierzu gehörten insbesondere die überwiegend positive Beurteilung des Charakters der Staatsgründung und die daraus resultierenden Einflüsse auf die politische Strategie der Šmeral-Führung. Šmeral hatte die Entstehung der ČSR als das Ergebnis einer nationalen Revolution gewertet, in der insbesondere die proletarische Bewegung eine bedeutsame Rolle gespielt hatte. In Abweichung von seinen österreichischen Auffassungen aus der Zeit vor und während des Ersten Weltkriegs betrachtete er die Staatsgründung als einen historischen Fortschritt gegenüber dem österreich-ungarischen Vorläuferstaat. Dies betraf sowohl den nationalen Standpunkt als auch die positiven Entwicklungsmöglichkeiten für die unteren Bevölkerungsschichten. Die tschechoslowakische Staatlichkeit wurde für Šmeral somit zur nationalen Basis für alle weiteren revolutionären Kämpfe, die als Übergangsstadium die Errichtung einer Regierung der Arbeiter und Bauern aller auf dem Staatsgebiet der ČSR lebenden Nationen anstreben sollte. Trägerin der Revolution sollte die KPTsch in der vom russischen Vorbild abweichenden Form einer Massenpartei sein, die sich über die Bildung einer proletarischen Einheitsfront hierzu die Unterstützung der Sozialdemokraten sichern mußte⁹⁹².

Doch auch in der innenpolitischen Szenerie stellte die KPTsch als einzige übernational organisierte und agierende Partei stets eine der stärksten parlamentarischen Kräfte in der ČSR dar. Sie hatte eine bedeutende Zahl von Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten und wurde von Bürgern gewählt, die mit ihrer sozialen Situation oder mit der politischen Entwicklung des Staates unzufrieden waren. Bei der ersten Teilnahme an Parlamentswahlen im Jahr 1925 erhielt die KPTsch 940.000 Stimmen (13,2%) und wurde damit sogar zur zweitstärksten politischen Kraft hinter der tschechischen Agrarpartei. 1929 verlor sie zwar rund 200.000 Stimmen (10,2%) und wurde von der ČSD und den tschechischen Nationalen Sozialisten wieder überholt, doch sie konnte sich dort 1935 mit einer erneuten Unterstützung von knapp 850.000 Stimmen (10,3%) eindrucksvoll behaupten. Interessant ist hierbei die Beobachtung, daß die KPTsch bei allen Wahlen – außer in den Bezirken Prag und Kladno – nicht in den Industriezentren des Landes, sondern in den Agrargebieten die größte Unterstützung fand. Hierunter überwogen die Stimmbezirke in der Südslowakei mit einer ungarischen Bevölkerungsmehrheit sowie die Karpato-Ukraine⁹⁹³. Während die Partei hier eine vergleichsweise konstante Wählerunterstützung erfuhr, war ihre Mitgliedschaft jedoch enormen Schwankungen ausgesetzt, die unzweifelhaft mit der jeweiligen politischen Ausrichtung korrelierten. Von den etwa 150.000

⁹⁹² Vgl. zur politischen Linie Šmerals und deren Entwicklung besonders M. Klír: Úloha B. Šmerala při vypracování strategicko-taktické orientace KSČ, in: Příspěvky 4 (1964), S. 651-84 und 5 (1965), S. 3-40; Vl. Dubský.: Utváření politické linie KSČ v období Šmeralova vedení, in: Příspěvky 7 (1967), S. 647-68 und S. 803-38; sowie für die Frühphase aus westlicher Forschungsperspektive B. Wheaton: Radical Socialism in Czechoslovakia. Bohumír Šmeral, the Czech Road to Socialism and the Origin of the Czechoslovak Communist Party (1917-1921), New York 1986.

⁹⁹³ Vgl. die Übersicht bei Suda (1980), a.a.O., S. 84.

Mitgliedern im Jahr 1928 sank die Anzahl infolge der Bolschewisierung auf gut 30.000 im Frühjahr 1930 und schwankte in unserem Betrachtungszeitraum zwischen 50-75.000⁹⁹⁴.

Hatte die von Šmeral vertretene politische Linie zu Lebzeiten Lenins noch Verständnis und Tolerierung erfahren, verschlechterten sich mit dem Linksruck in der Komintern-Führung ab Ende 1923 die Möglichkeiten zu ihrer Fortsetzung. 1924 reduzierte der V. Weltkongreß der Komintern die Einheitsfronttaktik auf ein bloßes Instrument zur Zerschlagung der sozialistischen Parteien und erklärte das Konzept der Arbeiter- und Bauernregierung zum Synonym für die Diktatur des Proletariats. Bereits auf dem II. Parteitag der KPTsch im November 1924 gelang es der Parteilinken um B. Jilek und V. Hauser, Šmeral und Kreibich politisch zu isolieren und die als opportunistisch eingestufte Rechte aus allen Führungsgremien der Partei zu verdrängen. Die neue Parteiführung lehnte die Konzeption einer Massenpartei zugunsten einer militärisch straff organisierten Partei von ideologisch überzeugten und politisch geschulten Revolutionären entschieden ab, welche aufgrund ihres entschiedenen, kompromißlosen Auftretens in der Lage sein sollten, die Massen für die Ziele der Partei zu gewinnen. Die Entfernung ihrer Ideen von der politischen Wirklichkeit und die Bürokratisierung der Parteileitung durch die Jilek-Gruppe brachten die KPTsch in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre jedoch in eine tiefe innere Krise. Diese ermöglichte der Komintern, die zunehmend zum Spielball des sowjetischen Machtkampfes wurde, künftig auf den strategischen Kurs und die Auswahl der Führungskader größeren Einfluß auszuüben.

Die Fraktionskämpfe in der VKP(b) der Jahre 1926/27 endeten mit dem eindeutigen Sieg der Gruppe Stalin/Bucharin über die Parteilinke um Zinowjew und Kamenew. Dieser Sieg wurde auf dem XV. Parteitag im Dezember 1927 eindrucksvoll demonstriert. Die eigentliche Bedeutung dieses Parteitags für die weitere Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung lag jedoch in der dort von Stalin verkündeten These der 'neuen revolutionären Krise' als 'dritter Periode' der Nachkriegsentwicklung des europäischen Kapitalismus. Nach der revolutionären Phase von 1918 bis 1923 und der Periode der Stabilisierung des Kapitalismus von 1924 bis 1927 beginne das Proletariat in den europäischen Industriestaaten nun, sich erneut zu radikalieren und das kapitalistische System zu bekämpfen, dessen Stabilität auf diese Weise zunehmend untergraben würde. Stalin konnte sich mit dieser Sichtweise sowohl in seiner eigenen Partei als auch in der Komintern durchsetzen, die diese These auf dem IX. Plenum des EKKI im Februar 1928 offiziell als neue Doktrin der kommunistischen Weltbewegung sanktionierte.

Nach verbreiteter Meinung basierte diese These keineswegs auf der begründeten Einschätzung einer veränderten politischen Lage in den westlichen Industriestaaten, sondern Stalin verfolgte mit ihr ausschließlich innenpolitische Ziele⁹⁹⁵. Seit der Ausschaltung der linken Opposition begegnete er der wirtschaftlichen und sozialen Krise mit der Forderung nach Verwirklichung seiner These vom Aufbau des 'Sozialismus in einem Lande' mittels beschleunigter Industrialisierung und Kollektivierung der russischen Landwirtschaft, zu deren entschiedensten Gegnern

⁹⁹⁴ Vgl. die Zusammenstellung der Mitgliederzahlen auf der Basis offizieller Angaben aus verschiedenen kommunistischen Quellen bei Zinner (1963), a.a.O., S. 250.

⁹⁹⁵ Vgl. Luks (1984), a.a.O., S. 131 ff.

Bucharin zählte. Gegen Bucharins Idee vom Bündnis der Bolschewiki mit den Bauern griff Stalin im Juli 1928 vordergründig auf die Theorien der linken Opposition - insbesondere E.A. Preobraženskij - zurück und entwickelte aus ihnen seine These, daß der Aufbau des Sozialismus ohne Verschärfung des Klassenkampfes nicht möglich sei⁹⁹⁶. Um diesen Angriff auf die größte gesellschaftliche Schicht in Rußland vornehmen zu können, der ohne bürgerkriegsähnliche Zustände wohl nicht durchzuführen wäre, mußte es Stalin gelingen, innerhalb der VKP(b) seinen Führungsanspruch gegen die Gruppe Bucharin durchzusetzen, indem er die Partei insgesamt disziplinierte und ihre Politik des bisherigen Kompromißcharakters entledigte. Auch in der Komintern konnten nun nicht mehr wie bisher Freiräume geduldet werden, sondern die Stalinische Führung mußte bestrebt sein, allen Sektionen ihre politische Linie aufzuzwingen.

In der KPTsch, die sich unter der Führung Šmerals, aber auch später unter Jílek und Haken immer wieder indifferent gegenüber den Weisungen der Moskauer Zentrale verhalten hatte, sollte die Durchsetzung des Stalinismus vergleichsweise problemlos erfolgen. Nach dem Scheitern des sog. 'Roten Tages' am 6.7.1928 war in der Partei eine schwere innere Krise ausgebrochen, in der sich der bereits seit längerem schwelende Unmut weiter Teile der Funktionäre über die politische Erfolglosigkeit der KPTsch in offener Ablehnung der Parteiführung artikulierten⁹⁹⁷. Das EKKI nutzte diese Gelegenheit, um sich in einem offenen Brief an die Mitglieder der KPTsch zu wenden, in dem es die Partei aufforderte, ihre angeblich legalistische Orientierung und ihre opportunistische Passivität endgültig aufzugeben und sich in der auch in der ČSR gegebenen Situation sich verschärfender Klassenkämpfe an die Spitze des tschechoslowakischen Proletariats zu stellen. Alle diesbzgl. Verfehlungen und Versäumnisse der vergangenen Monate wurden detailliert aufgelistet, und von der Parteibasis wurde eine breite Diskussion mit dem Ziel politischer und personeller Veränderungen gefordert⁹⁹⁸.

Personell bot sich den Stalinisten in der Komintern als Alternative zur Jílek-Führung, die sich nach ihrer Meinung also nur durch Bürokratismus, politische Einfallslosigkeit und ideologische Sterilität ausgewiesen hatte, das junge Politbüromitglied Klement Gottwald sowie die ihm politisch nahestehende Gruppe von Funktionären der '*Karlínští kluci*' an⁹⁹⁹. Sie waren Mitte Juli nach Moskau gefahren, um auf dem VI. Weltkongreß als Forum mit Hilfe der Komintern die

⁹⁹⁶ Vgl. zu den politischen und sozioökonomischen Hintergründen für Stalins ideologische Entwicklung M. Reiman: *The Birth of Stalinism. The USSR on the Eve of the "Second Revolution"*, London 1987. Zu den inhaltlichen Unterschieden zwischen den Industrialisierungs- und Kollektivierungsplänen Stalins und Preobraženskij, insbesondere hinsichtlich der Gewaltanwendung, vgl. A. Erlich: *Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928*, Frankfurt/M.-Wien 1971, S. 43-59.

⁹⁹⁷ Der 'Rote Tag' war ursprünglich als Protestaktion gegen das Verbot der Spartakiade in Prag konzipiert worden. In der Endphase der Vorbereitung wurde er jedoch als illegale Massendemonstration gegen Kriegsgefahr und soziale Benachteiligung mit großem propagandistischem Aufwand geplant, mit der die Parteiführung nach den zurückliegenden Mißerfolgen innerhalb der Arbeiterschaft wieder Fuß zu fassen hoffte. Wegen des starken Polizeiaufgebots in Prag und in anderen Städten und der mangelnden Mobilisierbarkeit der Parteibasis wurde diese Protestaktion jedoch zu einem Fiasko, da sie ganz einfach nicht stattfand. Vgl. dazu ausführlich J. Koudelková: *Rudý den 1928*, in: *RDS 9* (1969), S. 389-412.

⁹⁹⁸ Vgl. *Za bolševistickou orientaci KSC*, S. 124-33.

⁹⁹⁹ Vgl. zu der Entwicklung und Zusammensetzung dieser Gruppe junger Kommunisten und für ihre Einordnung in die politische Entwicklung der ČSR die Memoiren von P. Reiman (1966), insbesondere S. 139 ff. und 162 ff.

lang ersehnte Revision der politischen Linie der KPTsch herbeizuführen. Obwohl die junge Garde sich innerhalb der tschechoslowakischen Delegation zunächst in der Minderheit befand, kam ihr der Umstand zugute, daß das EKKI eine gesonderte Kommission zur Klärung der Krise in der KPTsch einrichtete. Gottwald griff in einem gleich zu Beginn der Verhandlungen dieser Kommission vorgelegten Memorandum die Parteiführung offen an und warf ihr opportunistische Rechtsabweichung, politische und ideologische Konzeptionslosigkeit und Isolierung von den Massen vor. In seiner Analyse der innen- und außenpolitischen Situation der ČSR folgte er uneingeschränkt der Interpretation Stalins, daß sich die westliche Welt in einer Periode "der kapitalistischen Rekonstruktion, der Kriegsgefahr, der verschärften Klassenwidersprüche und eines neuen Linksrucks der Massen" befände, was somit "notwendigerweise zu einer Generalüberprüfung der ideologischen und organisatorischen Ausrüstung der Partei, zu einer energischen Beseitigung ihrer Fehler und Mängel und zu einer neuen Phase der Bolschewisierung der Partei führen"¹⁰⁰⁰ müsse. Da diese Sichtweise den politisch-ideologischen Vorgaben der Stalinisten entsprach, kamen Jílek und Bolen, die ihre politische Linie als grundsätzlich richtig verteidigten und lediglich organisatorische Fehler zugaben und auf die Passivität der tschechoslowakischen Massen verwiesen, im Laufe des Kongresses immer mehr in Bedrängnis und verloren schließlich ihre Mehrheit innerhalb der Delegation. Die nachfolgende Resolution des EKKI verurteilte die politische Linie Jíleks, und in einem weiteren offenen Brief an den V. Parteitag verlangte das Präsidium des EKKI nachhaltige politische und personelle Veränderungen in der Partei und unterstützte erstmals explizit die Gottwald-Gruppe¹⁰⁰¹. Auf der ZK-Sitzung Ende September wurde die Resolution Gottwalds zu den Beschlüssen des VI. Kongresses angenommen und Jílek damit bereits *de facto* demontiert¹⁰⁰². Bis zum Jahresende lagen die Führungen sämtlicher Parteibezirke in den Händen der neuen Linken.

Der im Januar 1929 abgehaltene V. Parteitag brachte einen vollständigen Sieg des bolschewistischen Flügels in der KPTsch. Gottwald wurde neuer Generalsekretär der Partei. In das neue, 52 Personen zählende ZK wurden nur sechs der alten Mitglieder von 1927 wiedergewählt, in das 13-köpfige Politbüro lediglich drei. Von der alten Šmeral-Führung konnte nur Antonín Zápotocký einen Sitz im Politbüro erlangen, der seinen politischen Rückhalt vor allem in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung hatte¹⁰⁰³. Daß mit dem V. Parteitag ebenfalls ein konsequenter Generationswechsel vollzogen wurde, läßt sich besonders eindrucksvoll am Durchschnittsalter des neuen Politbüros ablesen. Es betrug nur noch 33 Jahre. Ebenso alt war Gottwald selbst. Die Reihe der neuen tonangebenden Parteitheoretiker und -ideologen war sogar noch jünger¹⁰⁰⁴. Die zweite größere Veränderung, die mit dem personellen Wechsel einherging, war eine numerische Stärkung der nationalen Minderheiten an der Parteispitze. Während die

¹⁰⁰⁰ K. Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften 1925-1952, Berlin (Ost) 1974, S. 49.

¹⁰⁰¹ Vgl. *Za bolševistickou orientaci KSČ*, S. 137-41.

¹⁰⁰² Vgl. Gottwald: *Spisy I*, S. 142-59.

¹⁰⁰³ Vgl. *Přehled o složení nejvyšších orgánů KSČ (1965)*, a.a.O.

¹⁰⁰⁴ Rudolf Appelt (Jg. 1900), Josef Guttman (Jg. 1902), Ludvík Freund (Jg. 1904), Evžen Fried (Jg. 1900), Bruno Köhler (Jg. 1900), Václav Kopecký (Jg. 1897), Paul Reimann (Jg. 1902), Rudolf Slánský (Jg. 1901), Jan Šverma (Jg. 1901).

bisherigen KPTsch-Führungen ihren politischen Rückhalt vor allem aus dem tschechischsprachigen Kernland bezogen hatten, waren in der Gottwald-Gruppe besonders viele deutsche Kommunisten zu finden, und sie verfügte über starke innerparteiliche Bastionen in den östlichen Landesteilen. Mit Evžen Fried war es nun erstmals einem Vertreter der radikaleren ungarischen Kommunisten gelungen, an die Schaltstellen der innerparteilichen Macht vorzurücken.

In den Folgejahren präsentierte sich die Gottwald-Gruppe keineswegs mit einem einheitlichen ideologischen Ansatz. Wie im folgenden noch zu zeigen sein wird, wirkten in den obersten Parteigremien neben den moskautreuen Parteisoldaten auch eine Reihe von Politikern, die sich um eine spezifisch tschechoslowakische Interpretation der Kominternpolitik bemühten, d.h. um eine flexiblere, auf die besondere Situation in der ČSR angepaßte Politik. Waren sie 1928/29 als jugendliche Hitzköpfe in ihre Parteifunktionen gelangt, so entwickelten sie in den neuen Verantwortungspositionen schnell ein individuelles Format sowie Mut und Kreativität in der Formulierung eigener politischer Standpunkte. Zu diesen Persönlichkeiten gehörten z.B. Jan Šverma, Josef Guttman oder Paul Reimann sowie eine Reihe kommunistischer Intellektueller und Redakteure wie Stanislav Budín, Kurt Konrad oder Závěš Kalandra. Zwischen beiden Gruppen bewegte sich Klement Gottwald, der sich sehr geschickt in der Errichtung gegenseitiger Abhängigkeiten zeigte und in Zeiten sich ändernder politischer Verhältnisse abwechselnd die unterschiedlichen Funktionärstypen in den Vordergrund rücken ließ. Auf diese Weise gelang es ihm, das ursprüngliche Führungskonglomerat der Partei vergleichsweise lange einheitlich zu halten¹⁰⁰⁵.

Auf dem V. Parteitag bestand die Hauptaufgabe der Gottwald-Gruppe darin, die bisherige Führung endgültig zu demontieren, indem die Bolschewisierung der KPTsch auch programmatisch abgesichert wurde. Eine zentrale Rolle kam dabei Paul Reimann zu, der das theoretisch konzipierte Referat über das zu verabschiedende Parteiprogramm vortrug. Nach den politischen Referaten Gottwalds und Guttmanns lieferte er ebenfalls ein deutliches Bekenntnis zur neuen Linie der Komintern und den Ergebnissen des VI. Weltkongresses, die für die weitere Entwicklung der KPTsch maßgebend seien. Für den bisherigen Zustand der Partei seien nach Reimann ein niedriges ideologisches Niveau und eine unzureichende theoretische Analyse der proletarischen Politik sowie Opportunismus in allen grundlegenden Fragen des Klassenkampfes charakteristisch¹⁰⁰⁶. In Anlehnung hieran konstatierte der Parteitag in seinen politischen Thesen einen "Provinzialismus und kleinbürgerliche Beschränktheit"¹⁰⁰⁷ bei der bisherigen Parteiführung, da sie nicht von der Komintern lernen wollte. Die Partei sei weiterhin gekennzeichnet durch eine schlechte soziale Zusammensetzung, geringe ideologische Bildung, mangelnde revolutionäre Erfahrung, Passivität sowie reformistische Illusionen über die Stabilität des kapitalistischen Systems. Reimann konkretisierte seine Kritik an der bisherigen politischen Linie, indem er Jílek u.a. beschuldigte, sie hätten nicht an die Kraft der proletarischen Revolution geglaubt

¹⁰⁰⁵ Vgl. Niklíček (1969), a.a.O., S. 124 f.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Protokol V. sjezdu KSČ, S. 340 f.

¹⁰⁰⁷ Ebd., S. 461.

und damit die kommunistische Bewegung zersetzt¹⁰⁰⁸. Dieser Vorwurf des Liquidatorentums fand ebenfalls Eingang in die politischen Thesen, und die bisherige Führung wurde in konkreter Form des organisatorischen Kretenismus, der Entfernung von den Massen und des Fehlens einer revolutionären Perspektive angeklagt¹⁰⁰⁹.

Noch stärker aber richtete sich das Angriffsziel Reimanns gegen den 'Šmeralismus' und Šmeral und Kreibich als dessen Hauptträger. Da sie die geistigen Väter des Neo-Opportunismus der Jílek-Gruppe seien, räumte Reimann der Kritik an ihnen fast die Hälfte seines Referats ein¹⁰¹⁰. Der Šmeralismus sei als spezifisch tschechische Form des Opportunismus davon ausgegangen, daß die tschechoslowakische Staatsgründung eine nationale Revolution gewesen sei und der Staat über den Klassen stünde. Damit befinde sich der Šmeralismus in krassem Gegensatz zu den Lehren Lenins. Er konnte sich in der Partei so lange halten, da die KPTsch aus der Sozialdemokratie entstanden sei und mit deren Kadern auch die sozialdemokratische Ideologie übernommen habe. Aus diesem Grund beschloß der Parteitag als wichtigste innerparteiliche Aufgabe einen einschneidenden Bruch mit der sozialdemokratischen Tradition von Opportunismus und Passivität und einen entschiedenen Kampf gegen rechte und liquidatorische Gefahren und deren Träger in den eigenen Reihen¹⁰¹¹. Diese Vorgehensweise der Gottwald-Gruppe korrespondierte mit der nach dem XV. Parteitag der VKP(b) einsetzenden Praxis, die Komintern vor einer angeblichen 'rechten Gefahr' in ihren eigenen Reihen zu warnen. Als ein Mittel im Kampf gegen Bucharin verwiesen die Anhänger Stalins in der Kominternführung immer wieder darauf, daß die 'Rechte' das Ausmaß der revolutionären Krise und den Revolutionsgrad des Proletariats unterbewerte und zu allzu großen Zugeständnissen gegenüber der Sozialdemokratie bereit sei.

Nach der Beendigung des Parteitags stand die Gottwald-Führung vor dem Problem, den neuen bolschewistischen Kurs auch innerparteilich durchsetzen zu müssen. Dazu bedurfte es einer Veränderung des gesamten bisherigen Systems der Arbeit der kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie des politischen Stils ihrer Funktionäre. Im Januar 1930 präziserte Gottwald im "Rudé právo", daß nun vor allem zwei Dinge für die erfolgreiche Anwendung der Linie des V. Parteitags notwendig seien: Zum einen der Umbau der Parteiorganisationen auf bolschewistischen Prinzipien, denn nur so könne die Partei bei den Massen in den Betrieben, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Sportverbänden maximal präsent sein; zum anderen die bolschewistische Parteidisziplin der Kader, die vor allem die bolschewistische Selbstkritik beinhalte, mit der die Partei die richtige Durchsetzung ihrer Politik sicherstelle und Fehler beseitige. Parallel dazu müsse die Partei ihre Rückkehr zur Massenarbeit beschleunigen¹⁰¹².

Sehr schnell sollte sich jedoch zeigen, daß weite Teile der kommunistischen Bewegung in der ČSR nicht bereit waren, diese politische Kursänderung zu unterstützen. Bereits im März

¹⁰⁰⁸ Vgl. ebd., S. 359.

¹⁰⁰⁹ Vgl. ebd., S. 462.

¹⁰¹⁰ Vgl. ebd., S. 341-52.

¹⁰¹¹ Vgl. ebd., S. 483 ff.

¹⁰¹² Gottwald: Spisy II, S. 37.

1929 hatten 15 der 41 kommunistischen Abgeordneten die Parlamentsfraktion verlassen, bei den Senatoren sogar 14 der 20¹⁰¹³. Der III. kommunistische Gewerkschaftskongreß hatte im Mai 1929 zwar mehrheitlich dem bolschewistischen Kurs zugestimmt, konnte eine erneute Spaltung der Gewerkschaftsbewegung jedoch nicht verhindern. Während die neugegründete ROH (*Revoluční odborové hnutí*) unter der Leitung von Zápotocký, Šverma und Dolanský 88.727 Mitglieder übernahm, machte sich der MVS (*Mezinárodní všeodborový svaz*) unter Führung von J. Hais, A. Muna und V. Houser mit 75.946 Mitgliedern von der bolschewisierten Partei unabhängig und schloß sich Mitte 1930 zu der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation OSČ (*Odborové sdružení Československa*) an¹⁰¹⁴.

Als der folgenschwerste Bruch mit der KPTsch nach dem V. Parteitag wird von der Geschichtswissenschaft aber die Erklärung von sieben Schriftstellern erachtet, die bis dahin gewissermaßen das intellektuelle Aushängeschild der Partei gewesen waren. Am 26. und 27.3.29 erschien in verschiedenen tschechoslowakischen Zeitungen eine Erklärung, die von den Redakteuren des "Rudé právo", Ivan Olbrach und Josef Hora, dem Redakteur des "Reflektor", Jaroslav Seifert, dem Mitarbeiter der "Československá komunistická korespondence", Stanislav Kostka Neumann sowie Marie Majerová, Vladislav Vančura und Helena Malířová unterzeichnet war und große Zweifel an der neuen Parteiführung zum Ausdruck brachte. Eine breitere Begründung ihres 'Manifests der Sieben' lieferte Josef Hora noch im Jahr 1929 in seiner Broschüre "Literatura a politika". Er schrieb darin, daß die kommunistischen Parteien gegen alle möglichen Formen der Abweichung kämpfen, nur nicht gegen den Glauben an die Unfehlbarkeit der Komintern¹⁰¹⁵. Um beide Schriften entwickelte sich unter tschechoslowakischen Intellektuellen eine scharfe Polemik. Ungeachtet ihres weiteren politischen Schicksals und ihrer mehrheitlichen Rückkehr in die KPTsch hatte das Manifest einen nachhaltigen Einfluß auf viele verschiedene Interpretationen der tschechischen Politik- und Kulturgeschichte¹⁰¹⁶.

Die Gottwald-Führung stand diesen offenkundigen Zerfallserscheinungen verhältnismäßig lange machtlos gegenüber. In der ZK-Resolution vom 21.4.29 wurde festgestellt, daß der "feindliche Block Jílek-Bolen-Toužil-Neurath sich mit außergewöhnlichem Tempo zum vollständigen Liquidatorentum in allen wichtigen Fragen der revolutionären Bewegung"¹⁰¹⁷ entwickelte und sie zu diesem Zeitpunkt faktisch bereits eine eigene Führung in der Partei organisiert hätten. Es dauerte jedoch noch bis zum Juni 1929, bevor die auf dem V. Parteitag als opportunistisch disqualifizierte und nun als Liquidatoren beschimpfte ehemalige Führung aus der Partei ausgeschlossen werden konnte.

¹⁰¹³ Vgl. Zinner (1963), a.a.O., S. 50.

¹⁰¹⁴ Vgl. Přehled dějin československého odborového hnutí, Praha 1984, S. 196 ff. und Rudé odbory 1922-1939. Dokumenty, materiály, stati, Praha 1973, S. 282.

¹⁰¹⁵ Vgl. J. Hora: Literatura a politika, Praha 1929.

¹⁰¹⁶ Vgl. zu dieser Meinung z.B. Niklíček (1995), a.a.O., S. 243 f.; und Suda (1980), a.a.O., S. 118.

¹⁰¹⁷ Gottwald: Spisy I, S. 230.

6.1.2 Die Übernahme der Sozialfaschismus-These und der politischen Generallinie der Komintern

Die KPTsch gab mit dem auf dem V. Parteitag verabschiedeten politischen Programm ihre anfänglichen undogmatischen Einstellungen zu den Problemkomplexen Staat, Arbeitereinheit oder Einheitsfront der Arbeiterklasse auf und stellte sich zunächst vollständig in den Dienst der isolationistischen Politik der Komintern. Diese hatte auf ihrem VI. Weltkongreß ihre Sektionen zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und gegen die angeblichen bürgerlichen und sozialdemokratischen Illusionen bzgl. der Fähigkeit des Völkerbundes und der bürgerlichen Systeme zur Friedenssicherung mobilisiert und den Kampf gegen die Kriegsgefahr mit dem unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats verbunden, wohl wissend, daß diese Kombination es den einzelnen kommunistischen Parteien unmöglich machen würde, Verbündete zu finden, die zugleich pazifistisch und revolutionär ausgerichtet waren. Ging die kommunistische Bewegung zu Beginn der zwanziger Jahre noch von der Möglichkeit verschiedener Wege zur sozialistischen Revolution aus, sah der VI. Weltkongreß für die entwickelten kapitalistischen Länder die Errichtung der Diktatur des Proletariats ausschließlich auf dem Weg des unmittelbaren revolutionären Sieges vor. Frühere Konzeptionen einer Arbeiter- und Bauernregierung waren damit ausgeschlossen.

Parallel brachte der VI. Weltkongreß vor dem Hintergrund von Stalins These von der 'neuen revolutionären Krise' auch eine Verschärfung der Sozialfaschismus-Theorie. Hatte der V. Weltkongreß 1924 noch eine vor allem instrumentalistische Faschismusdefinition verabschiedet, wonach der Faschismus ein Kampfinstrument der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat sei und damit die gleiche soziale Funktion wie die Sozialdemokratie einnehme, wurde jetzt die These aufgestellt, daß die Aufgabe der Kommunisten in der nun beginnenden Phase der sich verschärfenden Klassenkämpfe darin bestehen müsse, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterklasse zu brechen, um zur Revolution zu gelangen. Damit wurden die sozialdemokratischen Parteien zum Hauptfeind der Kommunisten erklärt. Den Faschismus definierte der VI. Weltkongreß als Diktatur des reaktionärsten Monopolkapitals. Die Formen des Übergangs von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur könnten dabei variieren. Nach Ansicht der Komintern-Theoretiker greife die Bourgeoisie bei großen Erschütterungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zum Faschismus und nutze dabei die soziale Unsicherheit der bürgerlichen Mittelschichten sowie bestimmter Teile des Proletariats aus, um aus ihnen eine reaktionäre, faschistische Bewegung zu erschaffen und die politische Entwicklung in Richtung auf eine sozialistische Revolution zu verhindern. Dazu versuche sie, alle regierenden Klassen politisch und organisatorisch zu vereinigen und die offene faschistische Diktatur zu verwirklichen. Eine Differenzierung zwischen den einzelnen Gruppen des Monopolkapitals nahm erst das XIII. Plenum des EKKI im November/Dezember 1933 vor und gelangte dabei zu der Definition, daß der 'Faschismus an der Macht' die 'offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Monopolkapitals' sei.

Die entscheidende Schwäche der kommunistischen Faschismustheorie lag nach verbreiteter Meinung vor allem darin begründet, daß sie stets nur "eine der Facetten eines ideologischen Gesamtrahmens"¹⁰¹⁸ darstellte, der eine Vielzahl unterschiedlichster politisch-ideologischer Bezüge aufwies und spätestens ab 1929 nur noch den Herrschaftsmechanismen in der UdSSR und deren außenpolitischen Interessen untergeordnet war. Die Erarbeitung einer genuinen Faschismustheorie durch politische Analyse und Reflexion konkreter Erfahrungen wurde damit ausgeschlossen, und auch die These von einem kontinuierlichen, realitätsbezogenen antifaschistischen Kampf läßt sich nach dem heutigen Forschungsstand nicht länger aufrecht erhalten. Zum zweiten wurde nur nach der sozialen Funktion des Faschismus, jedoch - anders als in der sozialdemokratischen Diskussion - nicht resp. nur nachgeordnet nach der sozialen Basis des Faschismus gefragt. Die hieraus resultierenden theorieimmanenten Probleme schränkten damit auch die Lösungsansätze für die Entwicklung einer antifaschistischen Strategie ein. Denn die Kommunisten konzentrierten sich dabei vollkommen auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für ihren revolutionären Kampf und vernachlässigten die Einbeziehung der gesellschaftlichen Schichten in ihr Konzept, die vom Faschismus besonders angezogen wurden und die bereits 1923 vom Erweiterten EKKI im Kleinbürgertum analysiert worden waren. Ein zweiter zentraler Problemkomplex, der aus der Fokussierung auf die soziale Funktion des Faschismus entstand, war die Betonung des Klassencharakters kapitalistischer Herrschaft, der von den Komintern-Theoretikern an sich schon als faschistisch eingestuft wurde. Dies führte zu einer Inflation in der Verwendung des Faschismusbegriffs und damit auch zu einer gewissen Verharmlosung. Denn wurde z.B. schon die Regierung Brüning aufgrund ihres Klassencharakters als faschistisch gekennzeichnet, konnte es unter Hitler nicht mehr schlimmer werden. Die dritte gravierende Fehleinschätzung bestand in der ebenfalls auf Stalin zurückgehenden These vom Ende der kapitalistischen Stabilisierung, auf deren Grundlage die Existenz faschistischer Diktaturen die politische Entwicklung zur sozialistischen Revolution nicht aufhalten werde. Infolgedessen wurde die Resistenzfähigkeit des 'Faschismus an der Macht', insbesondere in Deutschland, stets unterschätzt und anstatt des Faschismus vor allem die Existenz der Sozialdemokratie als größtes Hindernis auf dem Weg zur Revolution gesehen. Dieser Dogmatismus wurde jedoch erst ab dem Sommer 1934 kritisch hinterfragt und dann auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 partiell revidiert¹⁰¹⁹. Daneben sieht besonders *Luks* aber noch Ursachen für die perspektivischen Fehleinschätzungen, die er dem ideologisch-psychologischen Bereich und der politischen Entwicklung innerhalb der UdSSR zuschreibt: 1. Die Konzentration der Komintern-

¹⁰¹⁸ B.H. Bayerlein.: Faschismus – Politische Theorie und Praxis der Komintern-Politik. Das Faschismusproblem in der "Bolschewisierung-" und "Stalinisierung"-Phase. Einige Forschungsergebnisse und Thesen, in: Grebing/Kinner (1990), a.a.O., 135-45, S. 135.

¹⁰¹⁹ Vgl. zur Problematik der kommunistischen Faschismuskonzeption Schäfer (2000), a.a.O.; Luks (1984), a.a.O.; Wippermann (1981), a.a.O., S. 59-112; H. Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982; N. Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973; M. Hájek: Jednotná fronta. K politické orientaci Komunistické internacionály v letech 1921-1935, Praha 1969; S. Bahne: "Sozialfaschismus" in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History 10 (1965), S. 211-42; H. Brahm: Die bolschewistische Deutung des deutschen "Faschismus" in den Jahren 1923-1928, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 12 (1964), S. 350-65.

Führung auf die innerrussische Entwicklung, in der die Möglichkeit von anderen Ereignisabfolgen eine untergeordnete Rolle spielte, sowie die Faszinationskraft, die vom Erfolg der Russischen Revolution ausging und eine abweichende Taktik und Strategie im Selbstverständnis der Kommunisten ausschloß; 2. die theoretische Sterilität in der Komintern-Diskussion nach der Durchsetzung der Stalinschen Führung, die sich kaum noch bemühte, Unterschiede bei den einzelnen, als faschistisch gekennzeichneten Bewegungen und Regimen herauszuarbeiten und statt dessen eher zu Verschwörungstheorien neigte; und 3. die Unterschätzung der Wirkung des westeuropäischen Kulturpessimismus und der Radikalität der faschistischen resp. nationalsozialistischen Ideologie¹⁰²⁰.

Da auf dem VI. Weltkongreß die Ansicht von der Vereinheitlichung aller politischen Kräfte zur Errichtung einer faschistischen Diktatur überwog, seien folglich auch alle bürgerlichen Parteien als faschistisch zu bezeichnen. Die Komintern ging also nicht länger von politischen Gegensätzen im bürgerlichen Lager aus, sondern sie nahm an, daß alle politischen Kräfte – inklusive der sozialdemokratischen Parteien – an der Faschisierung des politischen Systems mitwirken werden. In den Diskussionen zeigte sich jedoch Skepsis, die Sozialdemokraten ebenfalls als faschistisch zu bezeichnen. Vielmehr sprach die Mehrheit von allgemeinen Tendenzen zur Faschisierung, von ideologischen Ähnlichkeiten, von faschistischen Regierungsmethoden der Sozialdemokratie oder von Keimen des Faschismus in der politischen Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Damit wurde der Standpunkt Bucharins, der die 1924 von Stalin aufgestellte These von der Identität von Sozialdemokratie und Faschismus ablehnte, von der Komintern offiziell bestätigt. Der hier gebrauchte Begriff des 'Sozialfaschismus' bezeichnete demnach lediglich die Tendenzen zur Faschisierung. Die Interpretation des Begriffs im Sinne einer Gleichsetzung setzte sich in der Komintern nach der politischen Niederlage Bucharins im Frühjahr 1929 durch und wurde infolge der Eindrücke der von der SPD getragenen polizeilichen Ausschreitungen gegen die kommunistischen Mai-Kundgebungen im Juli 1929 vom X. Plenum des EKKI sanktioniert. Damit rückte der Sozialfaschismus an die erste Stelle der Feinde der kommunistischen Bewegung. Denn die Sozialdemokratie erfülle in den entwickelten kapitalistischen Ländern die gleiche Funktion wie der 'reine' Faschismus in den ökonomisch rückständigen Staaten. Nun wurde er von den Stalinisten in der Komintern-Führung sogar als gefährlicher eingeschätzt als der 'einfache klassische' Faschismus, da er seinen faschistischen Charakter leugne, durch variable Methoden oftmals verschleierte und deshalb schwerer auszumachen sei. Alle diejenigen, die die These von der Faschisierung der Sozialdemokratie weiterhin bezweifelten, wurden als 'blinde Versöhnler' diffamiert und bekämpft¹⁰²¹.

¹⁰²⁰ Vgl. Luks (1985), a.a.O., S. 189 ff.

¹⁰²¹ Vgl. hierzu ebd., S. 137 ff. Luks zitiert für seine Einschätzung die Äußerungen Kuusinsens und Manuil'skijs auf dem X. Plenum des EKKI. Er weist außerdem auf den innerrussischen Zusammenhang bei der Durchsetzung der Sozialfaschismus-These in der Komintern hin, die nach seiner Meinung ebenfalls gegen die Anhänger Bucharins gerichtet war und begründet dies mit der Konzentration auf russische Interessen in der sowjetischen Außenpolitik nach der Niederlage Bucharins. "Diese Theorie sollte einen zusätzlichen Beweis dafür liefern, daß die 'dritte Periode' sich von der vorangegangenen Periode grundlegend unterscheidet. Die 'Faschisierung' beinahe aller nichtkommunistischen Kräfte, in erster Linie der Sozialdemokratie, war nämlich nach Ansicht der Stalinisten für die 'dritte Periode' ebenso charakteristisch, wie die Radikalisierung des Proletariats. Dadurch versuchten

Statt dessen nahm der VI. Weltkongreß die von den französischen Kommunisten entwickelte 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik als bindend für alle Formen des Massenkampfes in den entwickelten kapitalistischen Ländern an. Diese Taktik korrespondierte mit der Stalinschen These, daß während der 'dritten Periode' der kapitalistischen Entwicklung die inneren Widersprüche des gesellschaftlichen Systems deutlich in Erscheinung treten und sie unwiderruflich zur Wirtschaftskrise, zur Entstehung neuer internationaler Konflikte sowie zum erneuten Anwachsen einer revolutionären Massenbewegung des Proletariats führen werden. Folglich müsse die kommunistische Strategie unmittelbar auf die sozialistische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern abzielen. Zweck und Inhalt der neuen Taktik bestanden in der Mobilisierung der Arbeiterklasse und in ihrer Herauslösung aus dem angeblich bestehenden bürgerlichen Einflußbereich, indem die kommunistischen Parteien das Proletariat im Klassenkampf gegen die sich zusammenschließende Bourgeoisie organisieren und konzentrieren. Da die linken sozialdemokratischen Führer von den Stalinisten als größtes Hindernis bei der Entwicklung des Klassenkampfes erachtet wurden, schlußfolgerte die Komintern, daß der politische Kampf vor allem gegen sie geführt werden müsse. Die Einheitsfront des Proletariats konnte somit nur noch 'von unten' hergestellt werden. Hierzu mußten die kommunistischen Parteien der Arbeiterklasse verdeutlichen, daß sich die Politik der Sozialdemokraten nicht von der der bürgerlichen Parteien unterscheide, um die sozialdemokratische Anhängerschaft dann schrittweise unter den Einfluß der Kommunisten zu bringen.

Diese Taktik wurde in der Folgezeit präzisiert. Das X. Plenum des EKKI gab im Juli 1929 die Taktik der Wirtschaftskämpfe aus, wonach die Sektionen ihre Streiktätigkeit ausdehnen sollten, um auf diese Weise den sozialdemokratischen Gewerkschaften das Wasser abzugraben und deren Mitglieder für sich zu gewinnen. Mittelfristig sollten die Wirtschaftskämpfe dann in politische Kämpfe übergeleitet werden, in deren Verlauf sich die Kommunisten an die Spitze der Arbeiterbewegung setzen und sie zum Endsieg führen.

Die von der KPTsch auf dem V. Parteitag beschlossene politische Strategie zeigt insgesamt, daß die Partei nunmehr vorrangig auf die sozialistische Revolution in der ČSR hinarbeitete. Die Machtübernahme und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, wie es der VI. Weltkongreß von den Sektionen gefordert hatte, wurden zur unmittelbaren Aufgabe der Kommunisten erklärt¹⁰²². Nur die vollständige Unterordnung der KPTsch unter den ideologischen, politischen und organisatorischen Ansatz der Komintern könne die bisherigen Fehler der Partei beseitigen. Die in den zurückliegenden Jahren diskutierten Zwischenformen waren damit rundweg ausgeschlossen.

In seinem Referat teilte Gottwald die Komintern-Analyse des gegenwärtigen Zustands des Kapitalismus und konstatierte gleich zu Beginn seiner Ausführungen, "die Gründe für die Krise

die stalinistischen Theoretiker die These, daß nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der 'kapitalistischen' Welt seit Ende 1927 eine Wende eingetreten sei, zu erhärten." Ebd., S. 138.

¹⁰²² Dazu heißt es in der Einleitung des letzten Teils der politischen Thesen: "Die KPTsch erklärt offen, daß ihre Ziele nur durch den gewaltsamen Sturz der bisherigen Kapitalistischen Gesellschaft, durch den bewaffneten Aufstand, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats beseitigt werden kann." Protokol V. sjezdu KSČ, S. 471.

des Kapitalismus dauern an, sie sind nicht beseitigt, sondern sie weiten sich im Gegenteil noch aus ... Die Entwicklung verläuft dialektisch: Jeder Schritt zur Stabilisierung ruft neue Kräfte hervor, die die erzielte relative Stabilisierung untergraben und bedrohen."¹⁰²³ Dieser Charakter der Stabilisierung führe zur Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus und zur steigenden Gefahr eines imperialistischen Krieges, besonders gegen die UdSSR. Die KPTsch könne ihre historische Aufgabe als Führerin der Massen jedoch nur erfüllen, wenn objektiv eine revolutionäre Situation gegeben sei. "Ohne die kommunistische Partei läßt sich die Bourgeoisie nicht stürzen ... Unsere Partei hat sich bislang noch nicht in eine bolschewistische Partei verwandelt ... Unsere Partei war opportunistisch, während sich die Massen radikalisierten. Sie war passiv, und deshalb blieb sie im Prozeß des Klassenkampfes hinter den Massen zurück."¹⁰²⁴ In Übereinstimmung mit den Vorgaben durch den VI. Weltkongreß sah Gottwald darin auch die Hauptwurzeln der Krise, denn unter der bisherigen Führung sei es weder in der Theorie noch in der Praxis gelungen, sich von der sozialdemokratischen Tradition des Opportunismus und des Revisionismus zu befreien. In der gesamten Tätigkeitsstruktur der Partei hätten solche Meinungen und Arbeitsweisen überdauert, die über eine verbale Radikalisierung hinaus die Beschlüsse des V. Weltkongresses zur Bolschewisierung der KPTsch nicht sicherstellen konnten.

Bei der Beurteilung des tschechoslowakischen Staates betonte der Parteitag, daß die ČSR als Ergebnis des imperialistischen Krieges entstanden sei und sich danach in das imperialistische Staatensystem integriert habe. Sie selbst sei auch als imperialistischer Staat zu qualifizieren, da sie alle entsprechenden Kennzeichen aufweise: Kapitalkonzentration und Monopolbildung, die tschechoslowakischen Kartelle seien international verankert, und die tschechische Bourgeoisie habe sich große Gebiete mit nicht-tschechischer Bevölkerung mit dem erklärten Ziel einverleibt, diese auszubeuten. Auch die ČSR verfolge eine imperialistische, antisowjetische Außenpolitik.¹⁰²⁵

Die Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in der ČSR korrespondierte mit der Beurteilung der Entwicklung der kapitalistischen Länder, wie sie vom VI. Weltkongreß vorgegeben worden war. Demnach sah der V. Parteitag auch in der ČSR eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen dem Anstieg der tschechoslowakischen Wirtschaftskraft und begrenzten Absatzmärkten, was zwangsläufig zu einem Ansteigen des wirtschaftlichen Drucks auf das Proletariat sowie durch den Bedarf an Facharbeitern infolge von Rationalisierung auch zu einer weiteren Klassendifferenzierung führen werde. Außerdem konstatierte der Parteitag eine Beschleunigung staatskapitalistischer Tendenzen durch ein Zusammenwachsen kapitalistischer Organisationen mit den Institutionen des kapitalistischen Staates¹⁰²⁶. Weiterhin wurde in den politischen Thesen eine starke politisch-soziale Polarisierung in der tschechoslowakischen Gesellschaft festgestellt. Die Herrschaft des Finanzkapitals vereinige die unterschiedlichen Gruppen der Großbourgeoisie und ziehe die kulakischen Elemente, die oberen Schichten des Klein-

¹⁰²³ Ebd., S. 36.

¹⁰²⁴ Ebd., S. 47.

¹⁰²⁵ Vgl. ebd., S. 439 f. und 450.

¹⁰²⁶ Vgl. ebd., S. 441-45.

bürgertums sowie die sog. Arbeiteraristokratie unter ihren politischen und sozialen Einfluß. Auf der anderen Seite würden sich das ausgebeutete Proletariat sowie die unterdrückten Bauern, die halbproletarischen Elemente des Kleinbürgertums und die national unterdrückten Arbeiterschichten radikalieren¹⁰²⁷.

Als Hauptkennzeichen der augenblicklichen Situation konstatierte der Parteitag einen ausgedehnten Prozeß der Faschisierung. Bei der Definition des Wesens des Faschismus blieb der Parteitag sehr offen. In den politischen Thesen wurde zwischen älteren, bürgerlich-demokratischen Formen der Diktatur der Bourgeoisie und deren verschärfter Form, dem Faschismus, unterschieden. Ausgehend von der Analyse der internationalen Situation wurde ein dialektischer Zusammenhang zwischen der Verschärfung der Klassegegensätze, der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der imperialistischen Kriegsgefahr und dem Übergang zur offenen faschistischen Diktatur festgestellt. Der Faschismus kennzeichne sich darin durch "die Kombination des verschärften aktiven weißen Terrors mit sozialer Demagogie und Korruption sowie auch im höchsten Maß durch eine angestiegene imperialistische Aggressivität"¹⁰²⁸. Innenpolitisch wurde unter Faschisierung der Generalangriff des bürgerlichen Staates auf die politischen Rechte der arbeitenden Schichten verstanden sowie das Anwachsen nationaler Unterdrückung¹⁰²⁹. Dabei bediene sich die Bourgeoisie parlamentarischer und faschistischer Methoden. Unter den faschistischen Methoden, welche überwogen, wurden die Zentralisierung des Staatsapparates und die Ausweitung seiner Machtbefugnisse sowie Eingriffe in politische Grundrechte (Presse-, Versammlungsfreiheit etc.) und die staatliche Verfolgung revolutionärer Elemente verstanden. Die staatliche Sozialpolitik sei eine Kombination faschistischer und reformistischer Methoden und ziele insgesamt auf den Faschismus¹⁰³⁰. Entsprechend groß wertete der Parteitag dann auch die Gefahr einer faschistischen Massenbewegung in der ČSR. Neben der Finanzbourgeoisie als treibender Kraft sowie der 'Burg-Gruppe' und den reformistischen Parteien als Trägern der Faschisierung existieren kleinere faschistische Gruppen (Gaida) und solche, die die bürgerlich-faschistische Reserve in verschiedenen Massenorganisationen bilden (z.B. Sokol, Orel, Legionärsorganisationen, Turnerverband). Mittels dieser Organisationen züchte die Finanzbourgeoisie in der Bevölkerung eine antikommunistische, faschistische Ideologie und bilde so die sozialen und ideologischen Voraussetzungen für den faschistischen Umsturz¹⁰³¹.

Als treibende Kraft der Faschisierung wurde das tschechische Finanzkapital gekennzeichnet. Aber auch die Bourgeoisie der anderen Nationalitäten habe ein Interesse an der Faschisierung der ČSR¹⁰³². Das Finanzkapital brauche für den faschistischen Umsturz jedoch eine breite soziale Basis und einen wirksamen ideologischen Überbau. Beides finde es in der 'Burg-Gruppe', die nach Ansicht des Parteitags somit mehr und mehr zur Trägerin der Faschisierung werde. Neben dem staatsrechtlichen Einfluß des Präsidenten beherrschten die reformistischen Parteien

¹⁰²⁷ Vgl. ebd., S. 453.

¹⁰²⁸ Vgl. ebd., S. 438.

¹⁰²⁹ Vgl. ebd., S. 452.

¹⁰³⁰ Vgl. ebd., S. 454 f.

¹⁰³¹ Vgl. ebd., S. 456 f.

¹⁰³² Vgl. ebd., S. 450.

und die Legionärsorganisationen diese Gruppe politisch vollständig. Sie sei auch im tschechischen Kleinbürgertum mit ihrem Nimbus der 'nationalen Revolution', der 'nationalen Befreiung' und Masaryks Humanismus stark verankert¹⁰³³. Diese Zuordnung der Faschisierung auf die 'Burg-Gruppe' stellte die einzige Besonderheit in der Anwendung der kommunistischen Faschismustheorie dar. Sie bedeutete aber noch keine Abweichung. Ansonsten folgte die KPTsch in der Theorie und in der Begrifflichkeit wortgenau den jeweiligen Vorgaben durch die Komintern. Auch als infolge der Machtergreifung Hitlers in der KPTsch kritische Stimmen bzgl. der kommunistischen Taktik auftauchten, richteten sich diese damit zwar gegen bestimmte Thesen der Faschismustheorie, jedoch nicht gegen die angewandte Begrifflichkeit.

Besonders scharf verurteilte der Parteitag die Sozialdemokraten, deren Rolle in der ČSR vor allem in der Zerschlagung und Verhinderung der Kampfeinheit des Proletariats läge. Sie seien uneingeschränkte Verbündete der Bourgeoisie und beteiligten sich aktiv an der Festigung des kapitalistischen Systems und an der Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Die Regierungsbeteiligung sei dabei nur eine der möglichen Formen der Zusammenarbeit, nicht aber die wichtigste. Diese läge vielmehr im Zusammenwachsen der reformistischen Organisationen mit dem sich faschisierenden Staatsapparat¹⁰³⁴. Dadurch seien die Sozialdemokraten "selbst Träger faschistischer Tendenzen". Der Reformismus entwickle sich zum Faschismus und sei somit "die gefährlichste Agentur des Finanzkapitals in den Reihen des Proletariats"¹⁰³⁵. Deshalb dürfe, so machte Gottwald in seinem politischen Referat deutlich, der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht nur aus Konkurrenzgründen erfolgen, sondern müsse prinzipieller Natur sein, insbesondere da der Reformismus keine Arbeiterpartei darstelle¹⁰³⁶. Entgegen bisheriger Forschungsmeinungen tauchte die seit 1924 in der Komintern geläufige Titulierung der Sozialdemokraten als 'Sozialfaschisten' in den politischen Thesen des V. Parteitags noch nicht auf. Vielmehr wurde hier und auch in den politischen Referaten stets der Übergangscharakter der Sozialdemokratie über den Sozialfaschismus zum Faschismus betont, was darauf hindeutet, daß sich die neue Parteiführung in dieser Frage nicht festlegen wollte, solange der Machtkampf zwischen Stalin und Bucharin nicht endgültig entschieden war¹⁰³⁷. In bezug zur faschistischen Rolle der 'Burg', unter deren politischer und ideologischer Hegemonie die reformistischen Parteien angeblich standen, verlaufe diese Entwicklung jedoch ungewöhnlich beschleunigt¹⁰³⁸. Guttmann, der sich in seinem politischen Referat am eingehendsten mit der Sozialdemokratie befaßte, bezeichnete die linken sozialdemokratischen Politiker im Einklang mit Stalins These als insgesamt gefährlicher für die zukünftige, an der sozialistischen Revolution orientierte Politik der KPTsch als die rechten Führer, da sie die sich radikalisierenden sozialdemokratischen Arbeiter vom

¹⁰³³ Vgl. ebd., S. 457 f.

¹⁰³⁴ Vgl. ebd., S. 455 f.

¹⁰³⁵ Ebd., S. 456.

¹⁰³⁶ Vgl. ebd., S. 45.

¹⁰³⁷ So sagte Reimann im politischen Referat über das Parteiprogramm: "Die Sozialdemokratie wandelt sich in eine sozialfaschistische Partei und wächst zu einem festen Bestandteil des Faschismus." Protokoll V. sjezdu KSČ, S. 358. Für Guttmann, der den bereits während des Ersten Weltkriegs geprägten Begriff der "Sozialpatrioten" gebrauchte, vgl. ebd., S. 182 f.

¹⁰³⁸ Vgl. ebd., S. 457 f.

Kommunismus fernhielten. Daraus schlußfolgerte er die Notwendigkeit einer Umkehr in der Taktik der KPTsch und forderte die Partei auf, ihren Kampf gegen den Reformismus zu verstärken. Die Unterschiede zwischen dem Kommunismus und dem Reformismus, insbesondere zu dessen linken Flügeln, müßten stärker verdeutlicht und alle Bündnisversuche in Zukunft unterlassen werden. Als politische Strategie bleibe somit nur die 'Einheitsfront von unten'¹⁰³⁹.

Hieraus zog der Parteitag die Schlußfolgerung, daß die wichtigste taktische Aufgabe der KPTsch auf dem Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats nun in der Brechung des Einflusses der Reformisten auf die Massen und in der Verwirklichung der Kampfeinheit des Proletariats unter der Führung der KPTsch liegen müsse. Zur offiziellen Taktik zur Massenmobilisierung wurde die 'Einheitsfront von unten' erkoren "bei Aufrechterhaltung einer klaren bolschewistischen Linie und einer revolutionären Perspektive in allen Tagesfragen des Klassenkampfes"¹⁰⁴⁰. Sie bekam damit erstmals einen explizit destruktiven Charakter. Gegen die als Faschisierung gekennzeichnete Verschärfung der bürgerlichen Diktatur durch die analysierten Angriffe auf die politischen Freiheiten des Proletariats setzte die KPTsch ebenfalls auf Massenmobilisierung und eine propagandistische Ablehnung und Diskreditierung der faschistischen Parolen. "Die Kommunisten müssen den arbeitenden Massen offen erklären, daß sich der Faschismus nicht durch eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, sondern nur durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch den bewaffneten Aufstand des Proletariats, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats besiegen läßt. Die gleichzeitige Ablehnung und Demaskierung des bürgerlichen Parlamentarismus muß deshalb einen untrennbaren grundlegenden Bestandteil unseres Kampfes gegen den Faschismus darstellen."¹⁰⁴¹

Hieran wird deutlich, daß die von der Komintern übernommene Faschismusdefinition die KPTsch dazu veranlaßte, den Faschismus nur als politischen Kampfbegriff zu gebrauchen. D.h. sein übergeordneter Sinn bestand lediglich in der Diskreditierung politischer Gegner und nicht zu Analyse Zwecken. Im Gegenteil orientierte sich die kommunistische Faschismuskritik in dieser Zeit nicht an den antidemokratischen und autoritären Tendenzen in Europa, sondern aus dem Kalkül Stalins heraus vor allem an den vermeintlichen ökonomischen Krisenerscheinungen des Kapitalismus. Darüber hinaus wurde der Faschismusbegriff nur generalisierend gebraucht, und zwar sowohl in der Titulierung aller Gegner als Faschisten als auch in der weitgehenden Gleichsetzung von Faschismus und Kapitalismus.

Als wichtigstes Mittel zur revolutionären Massenmobilisierung bezeichnete der V. Parteitag den Kampf für die tagtäglichen Interessen und Forderungen der Werktätigen in Stadt und Land. Eine zentrale Stelle in der neuen Parteistrategie bekamen deshalb die sog. 'Wirtschaftskämpfe'. In bezug auf die Vorbereitung der sozialistischen Revolution erhielten sie einen qualitativ neuen Charakter. Zum ersten Mal beseitigte der V. Parteitag die traditionelle Unterteilung von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen, indem er die Wirtschaftskämpfe strategisch der unmittelbaren Vorbereitung der sozialistischen Revolution unterstellte. Die Wirtschaftskämpfe blieben

¹⁰³⁹ Vgl. ebd., S. 184 f.

¹⁰⁴⁰ Ebd., S. 471.

¹⁰⁴¹ Ebd., S. 475.

nicht mehr wie in den zwanziger Jahren Angelegenheit der Gewerkschaften, sondern wurden integraler Bestandteil der strategisch-taktischen Linie der Partei. Dies erforderte natürlich eine Überarbeitung der Streikfrage nach der Beendigung des Parteitags und ihre Eingliederung in die Struktur der Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Dies bedeutete also eine vollständige Veränderung der Gewerkschaftsarbeit. Da die Kommunisten zu der Ansicht gekommen waren, daß der derzeitige Entwicklungsstand des Kapitalismus vorhandene Widersprüche verschärfe und die Bedeutung der Wirtschaftskämpfe somit steige, mußten die Partei und die Roten Gewerkschaften ihre Streiktätigkeit derart organisieren, daß sie zukünftig auf die grundlegenden Ziele der Partei ausgerichtet waren¹⁰⁴².

Die Strategie und Taktik der Wirtschaftskämpfe wurde auf der Grundlage der Analyse der jetzigen Etappe der kapitalistischen Entwicklung, wie sie von Gottwalds Referat und den politischen Thesen vorgegeben wurde, in bezug auf die Vorbereitung, die Art der Führung, die Durchführung der Streiks, der Bildung von Kampforganen der Arbeiter etc. konkretisiert. Einen gesonderten Teil widmete man der Beziehung der Partei zu den Gewerkschaften und drückte in dessen Zusammenfassung völlig eindeutig die gesamte Struktur des komplexen Zugangs der Partei zur sozialistischen Revolution aus¹⁰⁴³.

6.2 Die politische Taktik der KPTsch in den Jahren 1929-1932

Für die politische Arbeit der KPTsch hatte der V. Parteitag im Januar 1929 im wesentlichen drei Problembereiche herausgestellt: 1. den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der UdSSR, 2. die Verteidigung der politischen Rechte der Arbeiterklasse gegen deren Gefährdung durch eine faschistische Diktatur und 3. die sog. 'Wirtschaftskämpfe'. In der politischen Praxis wurden die beiden letzten Punkte miteinander verbunden, so daß auch der Kampf gegen den Faschismus über den gesamten Zeitraum bis zum Herbst 1934 strategisch mit dem Kampf um den Sturz der bürgerlichen Demokratie verknüpft blieb. Organisatorisch lag der Schwerpunkt der Parteiarbeit in den Jahren 1929 bis 1932 jedoch auf den Wirtschaftskämpfen, die in eine Streikbewegung, eine Arbeitslosenbewegung und in eine Protestbewegung des Agrarproletariats in den östlichen Landesteilen aufgegliedert war. Mittels der Einheitsfronttaktik unter der Maßgabe des 'Klasse-gegen-Klasse'-Ansatzes sollten in ihnen möglichst viele Arbeiter aus ihrer traditionellen Parteibindung an die Sozialdemokratie gelöst und die Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung zum Sturz des kapitalistischen Systems mobilisiert werden. Diese Taktik erwies sich in den Folgejahren als dogmatischer Fehler, denn sie wirkte zum einen 'sektiererisch' und brachte die kommunistische Bewegung zum anderen auf ihrem angestrebten Weg keinen Schritt voran. Im Rahmen der Faschismuskussion formierten sich zu Beginn der dreißiger Jahre schließlich auch aus dieser Einsicht heraus Meinungen, die versuchten, die ob-

¹⁰⁴² Vgl. ebd., S. 508-9.

¹⁰⁴³ Vgl. ebd., S. 521.

ektiv erfolglose strategische Konzeption der Komintern zu überwinden und sich einen neuen theoretischen Zugang zu der Problematik faschistischer Bedrohung zu erarbeiten. Diese umfaßte sowohl die Notwendigkeit neuer Kampfmethoden gegen die angebliche bürgerliche Reaktion in der ČSR als auch die Perspektive eines gemeinsamen Vorgehens mit den Sozialdemokraten auf der Führungsebene und die Zusammenarbeit verschiedener demokratischer Kräfte im antifaschistischen Kampf. Dennoch blieb ungeachtet der abweichenden Meinungen der Ausgangspunkt Stalins von der Wesensgleichheit von Sozialdemokratie und Faschismus sowie von der Notwendigkeit, den Hauptangriff gegen die bürgerliche Demokratie richten zu müssen, auch bei diesen Ansätzen bis 1934 im wesentlichen gültig.

Der taktische Ansatzpunkt des V. Parteitags zeigt aber auch eindeutig, daß es der Parteiführung im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren nicht länger nur um die Propagierung der sozialistischen Revolution, sondern um deren unmittelbare Vorbereitung durch die Verbindung verschiedener Arbeitsbereiche ging. Denn die KPTsch hatte ebenfalls deutlich gemacht, daß sie mit den Wirtschaftskämpfen das Ziel verfolgte, diese einerseits von der Betriebsebene zu lösen und auf ganze Industrieregionen auszuweiten und sie andererseits schrittweise in politische Kämpfe zum Sturz des politischen und ökonomischen Systems auszuweiten. Hierzu sollten der Parteiführung vordergründig die verheerenden sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise zugute kommen, die sich vortrefflich für diese Strategie instrumentalisieren ließen. Denn sie brachten zum einen die katastrophale Lebenssituation der unteren Gesellschaftsschichten vordringlich auf die Agenda aller Arbeiterparteien, zum anderen sah die KPTsch hier den geeigneten Ansatzpunkt, um ihren Einfluß unter der pauperisierten Bevölkerung auszuweiten und sie erfolgreich in eine reale, schlagkräftige politische Kraft zu transformieren.

Organisatorisch neuartig war die Arbeitslosenbewegung, obwohl erste Überlegungen, die Arbeitslosen strategisch in die Zielvorstellungen der KPTsch zu integrieren und der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung anzugliedern, bereits auf die Zeit des IV. Parteitags zurückgingen¹⁰⁴⁴. In den zwanziger Jahren kam es aber zu keiner Institutionalisierung der Arbeitslosenbewegung. Alle Proteste blieben regional begrenzte, vom Konjunkturverlauf der tschechoslowakischen Wirtschaft abhängige Einzelaktionen. Erst die Beschlüsse des ZK im Januar 1930 veranlaßten die Partei und die Roten Gewerkschaften, zur Beschleunigung des Prozesses der Bolschewisierung auch eine eigenständige Massenbewegung der Arbeitslosen ins Leben zu rufen und zu organisieren. Eine passende Organisationsform für diese Bewegung wurde in den eigenständigen Aktionskomitees gefunden, die im Geist der proletarischen Demokratie gewählt wurden und die Arbeitslosen unabhängig von ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit repräsentieren sollten¹⁰⁴⁵. Nach dem VI. Parteitag im März 1931 wurde die Bewegung organisatorisch der ROH angegliedert. Nach den Angaben Rudolf Appelts auf der Prager Internationalen Arbeitslosenkonferenz vom September 1931 waren 1930/31 in 1.100 Aktionsausschüssen

¹⁰⁴⁴ Vgl. A. Zápotocký, *Boj o jednotu odborů*, Praha 1949, S. 54.

¹⁰⁴⁵ Vgl. die Resolution des ZK der KPTsch vom 6.1.1930, in: Gottwald: *Spisy II*, S. 13-35.

150.000 Arbeitslose registriert. Auf diese Weise wählte die KPTsch 40% der tschechoslowakischen Arbeitslosen in ihrem politischen Einflußbereich¹⁰⁴⁶.

Die politischen Forderungen der Arbeitslosenbewegung richteten sich in erster Linie gegen das Genter System der Arbeitslosenversicherung, das durch die Praxis der staatlichen Unterstützung aller Arbeitslosen ersetzt werden sollte. Die KPTsch ließ jedoch zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran aufkommen, daß die Arbeitslosenbewegung für sie vor allem ein Mittel im revolutionären Klassenkampf sei, durch das sie dieses gesellschaftliche Segment für den Kampf gegen das kapitalistische System und für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen suchte. Mit großem finanziellen und agitatorischen Aufwand veranstaltete die ROH in der Zeit zwischen 1930 und 1932 im Namen der Arbeitslosenbewegung sog. Hungerkongresse und Massenkundgebungen und verlegte zwei spezielle Zeitschriften, den "Nezaměstnaný dělník" und "Der Arbeitslose".

Da eine Massenmobilisierung der Arbeitslosen dem Selbstverständnis der beiden sozialdemokratischen Parteien und der ihnen politisch nahestehenden Gewerkschaftsorganisationen widersprach und daher von ihnen als politisches Manöver der KPTsch strikt abgelehnt wurde¹⁰⁴⁷, blieb die Arbeitslosenbewegung eine exklusive Angelegenheit der Kommunisten. Die führenden Kader der Bewegung bildeten Funktionäre der KPTsch und der Roten Gewerkschaften. Politisch und gewerkschaftlich nicht organisierte Personen waren nur in den Aktionskomitees der unteren Ebenen anzutreffen. Es lassen sich auch keine verlässlichen Hinweise dafür finden, daß untere Parteiorganisationen der ČSD und der DSAP oder der sozialdemokratischen Gewerkschaften an den Aktionen der Arbeitslosenbewegung partizipierten. Aus diesem Grund mußten die Kommunisten hier auch keine Korrekturen an ihrer Einheitsfront- oder der 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik vornehmen. Die tatsächlichen Ergebnisse erfüllten jedoch nicht die politischen Hoffnungen, die die Parteiführung in die Arbeitslosenbewegung gesetzt hatte. Die KPTsch hatte hier zwar ein radikal-revolutionäres Medium kreiert, doch gelang es ihr zu keinem Zeitpunkt, die Arbeitslosenbewegung mit den anderen Formen der Wirtschaftskämpfe politisch und organisatorisch in Einklang zu bringen. Außerdem konnte das immense agitatorische Engagement der Kommunisten nicht verhindern, daß sich weite Teile der von den sozialen Folgen der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen unteren Schichten, insbesondere unter der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe, von den traditionellen Arbeiterparteien ab- und den radikal-nationalistischen Organisationen zuwandten. Die Arbeitslosenbewegung erreichte ihren politischen Höhepunkt bereits im Winter 1931/32. Im Februar 1933 konnte sie noch einmal kurzzeitig revitalisiert werden, ging dann jedoch durch die Einbeziehung antifaschistischer Inhalte schnell in den anderen kommunistischen Aktionsformen auf¹⁰⁴⁸.

Im Gegensatz zur Arbeitslosenbewegung kam die KPTsch mit ihrer Streikbewegung, die für das strategische Selbstverständnis der Partei den höchsten Stellenwert in den Wirtschaftskämpf-

¹⁰⁴⁶ Vgl. zu den Angaben Appelts K. Kořalková: Hnutí nezaměstnaných v Československu v letech 1929-1933, Praha 1962, S. 178.

¹⁰⁴⁷ Vgl. die gemeinsamen Erklärungen von ČSD und DSAP, in: Právo lidu und Sozialdemokrat, 22.2.1931 und 7.2.1932. Vgl. auch die Ausführung des DSAP-Vorstands, in: Bericht an den Parteitag (1932), a.a.O., S. 54 ff.

¹⁰⁴⁸ Vgl. zur Entwicklung der Arbeitslosenbewegung ausführlich Kořalková (1962), a.a.O.

fen einnahm, in eine Situation, in der sie die Existenz der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen nicht ignorieren konnte, sondern zumindest mit den lokalen Organisationen Kontakt suchen mußte. Die Mitgliederbasis der sozialdemokratischen Gewerkschaften war von den sozialen Folgen der Wirtschaftskrise ebenso betroffen wie die Kommunisten. Auch können wir sicherlich ein ähnliches Maß an Radikalisierung voraussetzen. Diese bedeutete jedoch in der Praxis allenfalls eine grundlegende Kritik an den Gewerkschaftsfunktionären, die nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Lösungsmechanismen des industriellen Konflikts in der ČSR auf die Anwendung von Flächenstreiks seit den frühen zwanziger Jahren faktisch ganz verzichtet hatten¹⁰⁴⁹, oder an der in der Regierung durch die beiden sozialdemokratischen Parteien verfolgten Politik, jedoch keinesfalls eine Akzeptierung des kommunistischen Standpunktes, da sie zum Erhalt von Arbeitslosenunterstützung im Genter System in ihren Gewerkschaftsorganisationen verbleiben mußten. Hatte die KPTsch 1929 mit großem Elan damit begonnen, Streiks vom Zaun zu brechen, mußte sie alsbald die Erfahrung machen, daß sie hiermit wenig Erfolg hatte und daß sich auf der Grundlage der 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik die Einheit der Arbeiterklasse nicht herstellen ließ. Im Gegenteil kam es vereinzelt sogar soweit, daß die KPTsch in einigen ihrer Hochburgen ihre politische Vormachtstellung verlor¹⁰⁵⁰. Außerdem gab es linke Übertreibungen in der Anwendung der Wirtschaftskämpfe, wie bei der Fried-Gruppe, die die These vom permanenten Streik ausgab. Obwohl Gottwald im September 1930 gegenüber der Komintern die bisherige Erfolglosigkeit der Wirtschaftskämpfe und insbesondere der Streikbewegung eingestehen mußte, empfahl diese deren Fortsetzung unter Beibehaltung der bisherigen Taktik. Die Gründe für das Versagen der KPTsch wurden in Moskau in der jungen und unerfahrenen Parteiführung sowie in linkem Sektierertum und rechtem Opportunismus in der Partei vermutet¹⁰⁵¹.

Die Gottwald-Führung mußte sich dieser Sichtweise beugen und machte in der Folgezeit weiterhin die Erfahrung, daß sich sozialdemokratische Arbeiter, die von der offiziellen Parteirhetorik als Sozialfaschisten diffamiert wurden, nicht für die Einheitsfront unter kommunistischer Führung gewinnen ließen. Im März 1932 trat das ZK der KPTsch auf seinem IV. Plenum daher die Flucht nach vorne an und erklärte, daß die Partei mit kleinen, isolierten Streiks ihren politischen Zielen nicht näher komme, sondern daß diese nunmehr flächendeckend organisiert und die Propaganda für die 'Einheitsfront von unten' ausgedehnt werden müsse. Ferner müsse die bisherige Taktik an einigen Punkten flexibler gestaltet werden, um die Streiktätigkeit real ausführen zu können¹⁰⁵². Dieses Vorhaben gelang zumindest partiell während des Moster Bergarbeiterstreiks im März und April 1932, der von den Kommunisten ausgerufen und organisiert worden war, ohne die offizielle Einheitsfronttaktik wortgenau anzuwenden und obwohl sie hier zahlenmäßig in der Minderheit waren. Neben sozialdemokratischen Arbeitern aus der Region schlossen sich diesem Streik auch kleinere und mittlere Funktionäre sowie mehrere Organi-

¹⁰⁴⁹ Vgl. zur Problematik der Bindung des industriellen Konflikts an die Betriebsebene besonders Heumos (1989), a.a.O.

¹⁰⁵⁰ Vgl. dazu ausführlich L. Vejnar: *Revoluční nástup rudých odborů 1929-1930*, Praha 1962.

¹⁰⁵¹ Vgl. Pokorná (1964), a.a.O., S. 33.

¹⁰⁵² Vgl. die Resolution des IV. Plenums "Proti imperialistické válce – za proletářské východisko z krise", in: Gottwald: *Spisy III*, S. 175-201.

sationsgruppen sozialdemokratischer Gewerkschaften an¹⁰⁵³. Der Verlauf dieses Streiks war aber das Maximum, das sich mit der 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik erreichen ließ, solange hiermit nur die Möglichkeit verbunden wurde, die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführungen zu diskreditieren und deren Mitglieder auf die Seite der Kommunisten zu ziehen.

Dessen ungeachtet werteten sowohl die KPTsch als auch die Komintern den Streikverlauf als großen Erfolg und als Bestätigung ihrer taktischen Linie. Doch stellten die Erfahrungen des Moster Streiks die Frage der Einheit der Arbeiterklasse in einen neuen, inhaltlich und theoretisch weiter gefaßten Zusammenhang. Dies galt insbesondere für die Möglichkeit einer Übertragung der praktischen Erfahrungen mit der Einheitsfront auf den Kampf gegen den Faschismus sowie die bislang tabuisierte Variante einer 'Einheitsfront von oben'. In den Diskussionen während des V. Plenums des ZK der KPTsch wurde daher Anfang Juli 1932 erstmals eine dahingehende Korrektur der 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik in Erwägung gezogen, daß künftig auch mit den sozialdemokratischen Führungen über ein gemeinsames Vorgehen verhandelt werden könnte. Gottwald faßte diese Absicht in die prägnanten Worte, notfalls auch "mit dem Teufel gemeinsame Sache"¹⁰⁵⁴ machen zu wollen, wenn dies nur den Herrschenden schade. Es bestand für niemanden ein Zweifel daran, daß hiermit die Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien gemeint waren. In seiner Resolution machte das V. Plenum des ZK explizit deutlich, daß die Einheitsfronttaktik nicht mehr nur ein Mittel zur Diskreditierung der sozialistischen Führer sein dürfe, sondern daß es der KPTsch in erster Linie um die Einheitsfront "mit denjenigen Arbeiterschichten [geht], die bislang noch nicht zur Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins gelangt sind, die durch ihre Klassenstellung und klassenbedingte Unterdrückung zu einer bestimmten Form der antikapitalistischen Aktion getrieben sind, die aber noch viele Illusionen haben, die an die reformistischen Parteien und Gewerkschaften, die bürgerliche Demokratie etc. glauben, die noch keine Kommunisten sind, aber die genau wie die Kommunisten von den Kapitalisten unterdrückt werden, denen der Schuh an der gleichen Stelle drückt"¹⁰⁵⁵. Hiermit wurde faktisch die Existenz sowie eine Existenzberechtigung der Nicht-Kommunisten anerkannt, und die Partei eröffnete sich die Möglichkeit zu einem erweiterten Verständnis ihrer Einheitsfronttaktik, obwohl die gewagte These Gottwalds aufgrund ihrer politischen Brisanz nicht in die Resolution aufgenommen wurde. Wenige Tage später führte er in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Arbeiter aus: "Wir Kommunisten reichen allen Menschen mit gutem Willen die Hand, allen die wirklich für Brot und Arbeit, für die Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse, gegen den Faschismus und gegen den bürgerlichen Terror kämpfen wollen, allen, die dem entgegenwirken wollen, was sich heute in Deutschland ereignet [gemeint war hiermit der Staatsstreich in Preußen, C.S.] ... Wir schlagen vor, verbindet Euch in den Orten und in den Fabriken mit den Kommunisten, setzt Euch mit ihnen an einen Tisch, steckt die Köpfe zusammen und überlegt gemeinsam, was zu tun ist und wie gemeinsam gekämpft werden kann ... Und was die Führer betrifft: Wir sagten bereits, daß wir uns, wenn nötig, auch

¹⁰⁵³ Vgl. zum Streikverlauf ausführlich L. Vebr: *Mostecká stávká 1932*, Praha 1955.

¹⁰⁵⁴ Zit. nach Pokorná (1964), a.a.O., S. 41.

¹⁰⁵⁵ Gottwald: *Spisy III*, S. 265.

mit dem Teufel zusammentun, wenn dies den Herren schaden und der Arbeiterschaft nützen sollte. Und wir sagen Euch offen: Wenn sich Eure Führer auch nur für einen Augenblick von der Allianz mit der Bourgeoisie lösen, wenn sie auch nur in einem einzigen Punkt gegen die Herren gehen würden, so würden wir dies begrüßen und die Sache unterstützen."¹⁰⁵⁶

Diese Haltungsänderung und wahrscheinlich auch ein gewisser Stimmungsumschwung an der Parteibasis, die politische Einheit der Arbeiterklasse nicht aufgeben zu wollen, setzten die Sozialdemokraten unter Handlungsdruck. Jaroslav Koudelka hatte sich 1932 in einer umfangreichen Studie mit den objektiven und subjektiven Gründen für die politische Spaltung der politischen Arbeiterbewegung in der ČSR auseinandergesetzt und war, da er keine reale Möglichkeit sah, diese Spaltung zu überwinden, zu dem politisch geschickten Vorschlag eines 'Nichtangriffspakts' zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gelangt¹⁰⁵⁷. Denn auf diese Weise ließe sich sowohl die Konzessionsbereitschaft der KPTsch ausloten als auch bei einer Nichtannahme des Vorschlags die politische Taktik der Kommunisten vorführen. Mit diesem Vorschlag trat der Chefredakteur des "Právo lidu" an den Weihnachtsfeiertagen 1932 an die politische Öffentlichkeit. Er vertrat in seinem Artikel die These, daß wenn die UdSSR darüber diskutiere, einen Nichtangriffspakt mit Frankreich und Polen abzuschließen, die ČSD und die KPTsch dies auch tun und vereinbaren könnten, "daß sich keine der beiden politischen Parteien in die inneren Angelegenheiten und die Taktik der anderen Partei einmischte und daß beide Parteien von jeglicher agitatorischer und propagandistischer Aktion gegen die andere absehen"¹⁰⁵⁸. Mit diesem Schachzug hatte die ČSD den Spieß der politischen Angriffe umgedreht, und Gottwald konnte nur entgegnen, daß ein solcher Nichtangriffspakt einen Pakt zum gemeinsamen Angriff auf die Arbeiterklasse darstelle. Denn er sei nichts anderes als ein Blankoscheck für die sozialdemokratische Politik, um auch weiterhin mit den bürgerlichen Parteien zu paktieren, die Sozialleistungen zu kürzen, die Konsumbesteuerung auszuweiten und die Streikbewegung zu isolieren¹⁰⁵⁹. Im März 1933 bestätigte das VII. Plenum des ZK der KPTsch diese Haltung. Es könne in der jetzigen Situation nicht um eine Zurückhaltung der Arbeiterklasse gegenüber der bürgerlichen

¹⁰⁵⁶ Gottwald: Spisy IV, S. 26 und 31.

¹⁰⁵⁷ Vgl. J. Koudelka: Rozkoly v socialismu. V čem záleží štěpení i tvůrčí integrační síla socialistického hnutí, Praha 1933.

¹⁰⁵⁸ Právo lidu, 25.12.1932.

¹⁰⁵⁹ "Schon die Konfrontierung dieser Dinge genügt, um klar zu sehen, daß die Sozialdemokraten uns Kommunisten eigentlich einen Pakt des gemeinsamen Angriffs auf die Taschen, die Gesundheit und die Existenz des werktätigen Volkes anbieten. Glauben die Sozialdemokraten vielleicht, daß wir diesen Pakt eines gemeinsamen Angriffs auf das werktätige Volk annehmen? Keinesfalls. Ihnen geht es darum, die Arbeiter, vor allem die in ihrer eigenen Partei, zu verwirren und den Prozeß der Kampfvereinigung der Arbeiterschaft zu erschweren." Rudé právo, 1.1.1933. Vgl. auch die Leitartikel im Rudé právo, 15.1.1933 und 9.2.1933. Etwas differenzierter wurde in den theoretischen Organen der KPTsch argumentiert. So sah Gustav Breitenfeld den Nachteil von Koudelkas Vorschlag darin, daß bei seiner Annahme auch weiterhin verschiedene Organisationen in der politischen Arbeiterbewegung mit verschiedenen taktischen Vorgehensweisen bestehen bleiben würden und die einzige Neuerung darin bestünde, daß sie das Vorgehen der anderen akzeptieren würde und nicht mehr kritisieren dürfte. Der Nichtangriffspakt sei somit kein Weg zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, sondern konserviere vielmehr die Gegensätze im linken Lager. Dies sei aufgrund der Gefahr durch den Faschismus jedoch nicht hinnehmbar. Vgl. G. Breitenfeld: Pakt o společném útoku, in: Tvorba 8 (1933), S. 97-98. Auch Reimann argumentierte in einem Leitartikel im "Vorwärts", daß es angesichts des "Hunger- und Terrorfeldzugs der Bourgeoisie" anstelle eines Nichtangriffspaktes vielmehr eines proletarischen Angriffspaktes bedürfe, dessen Zielsetzung nur in der Beseitigung des Kapitalismus liegen könne. Vorwärts, 3.1.1933.

Politik gehen, sondern es müsse in der Einheitsfront gemeinsam gegen diese gekämpft werden¹⁰⁶⁰.

6.3 Die politische Taktik der KPTsch in den Jahren 1932 bis 1934: Erste Abweichungen von der politischen Linie der Komintern, der Kampf gegen den Opportunismus und der Weg in die innenpolitische Isolation

Ende August 1932 war die KPTsch-Führung voller Optimismus nach Moskau gereist, um auf dem XII. Plenum des EKKI den soeben auf dem V. Plenum des ZK formulierten Standpunkt zur Einheitsfronttaktik vorzutragen. Klement Gottwald, der zusammen mit dem deutschen Kommunisten Ernst Thälmann ein Koreferat hielt, konzentrierte sich in seinen Ausführungen ganz auf die Frage der Einheitsfronttaktik und das Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten. Mit den Ergebnissen eines deutlichen Mitgliederzuwachses der KPTsch, der Konsolidierung und Ausweitung der Parteiarbeit sowie den erfreulichen Erfahrungen aus dem Moster Bergarbeiterstreik auf der Habenseite hob er mehrere Gründe für die zurückliegenden Erfolge seiner Partei hervor: Entscheidend war für ihn dabei, daß es der KPTsch in den Wirtschaftskämpfen gelungen sei, ihre Beziehungen zu den Arbeitermassen insgesamt zu verbessern. Übertragen auf den Klassenkampf in allen entwickelten kapitalistischen Ländern könne dies nur bedeuten, daß sich die Sektionen der Komintern darüber im klaren sein sollten, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse zumindest zeitweilig bürgerlichen Einflüssen unterlegen gewesen sei und daher noch heute in der 'dritten Periode' Illusionen über die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie unterliege. Diese Einsicht wiederum müsse zwangsläufig eine theoretische Neubewertung der Einheitsfronttaktik nach sich ziehen, und zwar dahingehend, daß die allgemeine Akzeptanz des kommunistischen Standpunkts nicht die Voraussetzung für die 'Einheitsfront von unten' darstellen könne, sondern daß es als das Ziel der kommunistischen Taktik gesehen werden müsse, die bislang ohne ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein in den Reihen der Sozialdemokratie befindlichen Arbeiter im Verlauf der gemeinsam geführten Wirtschaftskämpfe von der Richtigkeit der kommunistischen Programmatik zu überzeugen. Linkes Sektierertum sei diesem Ziel aber ebenso abträglich wie die Bevormundung dieser andersdenkenden Arbeiter. Gerade der Verlauf des Moster Streiks habe der KPTsch gezeigt, daß sich der Erfolg für die Kommunisten nur einstellt, wenn es ihnen gelingt, ein freundschaftliches Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen und sie dann in der 'Einheitsfront von unten' im Sinne der richtigen Politik der Partei anzuleiten. Auch dürften die Streiks nicht um ihrer selbst willen geführt werden, sondern müßten das Erreichen sozialer Teilforderungen zum Ziel haben, um auf die sozialdemokratischen Arbeiter glaubhaft zu wirken. Darüber hinaus hätten die Erfahrungen aus dem Moster Streik deutlich gemacht, daß sich die

¹⁰⁶⁰ Rozviňme velký zápas za sjednocení dělnictva proti fašismu, hlad a válce. Resoluce VII. plenárního zasedání ÚV KSC ze dne 11., 12., 13.III.1933, Praha o.J.[1933], S. 17 f.

Bemühungen der Kommunisten nicht nur auf einzelne Arbeiter beschränken dürften, sondern auf ganze sozialdemokratische Organisationseinheiten ausgeweitet werden müßten. Hierzu sei es ferner klug, zum jetzigen Zeitpunkt die aggressive Rhetorik gegenüber den sozialdemokratischen Führungen aufzugeben. Statt dessen sollte nach Gottwalds Ansicht den sozialdemokratischen Arbeitern die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Tatsache aus eigener Anschauung zu reflektieren und zu erkennen, welche große Diskrepanz zwischen der Basis und der politischen Führung in der Sozialdemokratie bestehe. Die Anwendung dieser Taktik habe im Moster Streik dazu geführt, "daß den sozialdemokratischen Führern das Wort 'Verräter' von den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter entgegengeschleudert wurde"¹⁰⁶¹. Gottwald machte aber zugleich deutlich, daß dies für ihn keinesfalls eine Politik der Blockbildung mit den Sozialdemokraten bedeute.

Die zweite brisante These in Gottwalds Referat besagte, daß es taktisch unklug sei, die führende Rolle der Kommunisten zur Voraussetzung für die Schaffung der Einheitsfront zu machen. Denn die kommunistische Führung werde sich sowieso *via facti* auf dem Weg der proletarischen Demokratie durchsetzen. Diese These wurde von dem Diskussionsbeitrag Jan Švermas auf dem XII. Plenum gestützt, der aus der Perspektive der tschechoslowakischen Wirtschaftskämpfe die Ansicht vertrat, daß das politische und organisatorische Potential der Roten Gewerkschaften zu schwach sei, um die Mehrheit der mit ihrer politischen Vertretung unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen. Er verteidigte außerdem die Meinung Gottwalds, daß die Kommunisten in der Lage seien, im Verlauf der Einheitsfront deren politische Linie zu bestimmen¹⁰⁶².

Den größten Widerstand löste beim EKKI jedoch der Redebeitrag Josef Guttmanns aus, dem in der KPTsch-Delegation die Aufgabe zugetragen worden war, die Argumente Gottwalds durch direkte Hinweise auf angebliche Defizite in der praktischen Umsetzung der Einheitsfronttaktik seitens der KPD zu untermauern. Guttmann vertrat auf dem XII. Plenum daher die These, daß die relative Rückständigkeit der revolutionären Bewegung in Deutschland keinesfalls nur auf die innenpolitischen Nachwirkungen der Versailler Nachkriegsordnung, die den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigten, zurückzuführen sei, sondern daß im Gegenteil die subjektive Empfindung sozialer Benachteiligung und nationaler Unterdrückung die geeignete Grundlage für den revolutionären Klassenkampf bilde. Um diesen zu entwickeln, bedürfe es jedoch einer richtigen Politik der Avantgarde der Arbeiterklasse, und die habe die KPD nicht betrieben. Insbesondere die Ereignisse im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Staatsstreich von Papens im Juli 1932 habe verdeutlicht, daß es die KPD während der Zeit der Präsidialkabinette versäumt hätte, die sozialdemokratischen Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen für sich zu gewinnen und somit die Voraussetzungen für die Schaffung der 'Einheitsfront von unten' herzustellen. Während des Staatsstreiches in Preußen besaß sie deshalb keine Möglichkeit, z.B. in Form eines Generalstreiks auf diesen als faschistisch gekennzeichneten Angriff auf die Rechte

¹⁰⁶¹ Inprekor 13 (1933), 230-35, S. 231.

¹⁰⁶² Inprekor 13 (1933), S. 457-58.

und die Freiheiten der Arbeitermassen politisch zu reagieren¹⁰⁶³. Die Ursachen für diese Unfähigkeit erachtete Guttman – und diese These war zweifelsohne zuvor mit Gottwald abgesprochen worden – in der zu eng gesteckten taktischen Konzeption der KPD, die zum einen die Einheitsfront in den zurückliegenden Jahren nur als 'rote' Einheitsfront aufgefaßt und in ihr nur "Zersetzungsarbeit"¹⁰⁶⁴ betrieben hat. Zum anderen habe sie die Kapitaloffensive unter der Regierung Brüning ihrerseits nicht mit "der nationalen Frage und der Frage der Befreiung Deutschlands von den Ketten der Versailler Sklaverei verbunden". Infolgedessen blieb die Einheitsfront in Deutschland nur eine Angelegenheit der Kommunisten, so daß alle politischen Hindernisse und Gegensätze in den jeweiligen Auffassungen zwischen ihnen und den sozialdemokratischen sowie den christlich-sozialen Arbeitern bestehen blieben. Somit zeigte sich die KPD einerseits unfähig, über größere Wirtschaftskämpfe ihren Einfluß in den Betrieben und auf die anderen Gewerkschaftsorganisationen auszubauen und andererseits "einen breiten Massenwiderstand gegen die Vorbereitung der faschistischen Diktatur zu organisieren"¹⁰⁶⁵.

Diese selbstbewußt vorgetragenen Standpunkte der KPTsch-Führung trafen innerhalb des EKKI auf wenig Gegenliebe. Auch wenn sie nicht offiziell und unmittelbar zurückgewiesen wurden, ist davon auszugehen, daß sie in den folgenden zwei Wochen hinter den Kulissen des XII. Plenums intensiv diskutiert wurden. In die Resolution des Plenums wurde keine der Thesen aufgenommen, so daß es insgesamt auch keine Fortschritte in der entscheidenden Frage gab, wie die Sektionen auf dem Weg der Schaffung von Einheitsfronten vorankommen sollten. Kuusinen vertrat vielmehr die These, daß die Einheitsfront nur ein unmittelbares taktisches Mittel des augenblicklichen Klassenkampfes, jedoch nicht die Grundlage der kommunistischen Strategie sein könne. Und auch Gottwald wurde aufgefordert, sich von den Positionen Švermas und Guttmanns zu distanzieren und seine zu Beginn des Plenums vorgetragenen Standpunkte zu relativieren¹⁰⁶⁶. Bezogen auf die Entwicklung in Deutschland vertrat das EKKI hingegen die These, daß sich der Kampf gegen die Sozialdemokratie vom Kampf gegen die bürgerliche Reaktion und gegen den Faschismus dahingehend unterscheiden sollte, daß der Hauptangriff der Kommunisten den Sozialdemokraten gelten müsse. Es entwickelte jedoch kein strategisches Konzept, wie der Nationalsozialismus in Deutschland und vergleichbare Gefahren in weiteren europäischen Staaten aufgehalten werden könnten. Insgesamt hielt das Plenum an der bisherigen Strategie und Taktik fest, daß die Einheitsfront nur von unten hergestellt werden könne und es keinesfalls zu Verhandlungen mit den Sozialdemokraten auf Organisationsebene kommen dürfe¹⁰⁶⁷. Diese Entscheidung war somit auch für die Politik der KPTsch bindend, bei der das EKKI trotz der Anerkennung der zurückliegenden Erfolge für die Partei die Gefahr ausmachte, daß sie den grundlegenden Charakter des kommunistischen Kampfes gegen die Sozialdemo-

¹⁰⁶³ "Man hat die Straße ohne Führung gelassen, die Masse nicht zu Demonstrationen aufgerufen, in vielen Betrieben haben auch unsere Genossen auf die Entscheidung des ADGB gewartet und haben nicht versucht, den politischen Streik selbstständig zu organisieren." *Inprekor* 13 (1933), 384-86, S. 384 f.

¹⁰⁶⁴ Ebd., S. 386.

¹⁰⁶⁵ Ebd., S. 384.

¹⁰⁶⁶ "In jedem Fall erklären wir: Wir sind solidarisch mit der KPD und ihrer Führung." Gottwald: *Spisy* IV, S. 82.

¹⁰⁶⁷ Vgl. hierzu besonders E.H. Carr.: *The Twilight of the Comintern, 1930-1935*, London 1982, S. 64 ff.

kraten aus den Augen verliere. Der Vorwurf des 'Opportunismus' stand damit im Raum, und die Politik der KPTsch sollte von nun an argwöhnisch von der Komintern beobachtet und bei sich abzeichnenden Abweichungen sollte sofort interveniert werden.

In Anbetracht der politischen Entwicklung in Deutschland entschied sich die KPTsch-Führung im Januar 1933, die Wirtschaftskämpfe wieder zu intensivieren und deren einzelne Trägergruppen zu vereinheitlichen¹⁰⁶⁸. Die sozioökonomischen Forderungen ihrer Massenorganisationen sollten von nun an jedoch mit dem Kampf gegen politische Verfolgung, gegen die Beschränkungen politischer Freiheiten und gegen den Faschismus verbunden werden. Nach den Vorstellungen des Sekretariats des ZK sollte auf diese Weise eine breite Volksbewegung initiiert werden, die über lokale Anfänge bis zum Frühjahr 1933 in einer zentralen Organisationsform zusammenzuführen sei. Trotz der politischen Vorgaben durch das XII. Plenum des EKKI wurde die Möglichkeit einer Kooperation mit den Basisorganisationen der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften nicht explizit untersagt¹⁰⁶⁹. Dennoch lassen sich in den Folgemonaten keine Anzeichen erkennen, daß es auf diese Weise zu Fortschritten bei den Einheitsfrontplänen der Kommunisten kam. Im Gegenteil kann vermutet werden, daß die schnelle Ablehnung des Angebots eines Nichtangriffspaktes zwischen ČSD und KPTsch durch Gottwald sowie die bislang noch ungeklärte oder indifferente Haltung der KPTsch in ihrer Beziehung zur tschechoslowakischen Staatlichkeit und zur bürgerlich-demokratischen Staatsform dazu beitrug, daß die intensivierten Bemühungen der Kommunisten auf diesem Gebiet nicht zum beachteten Erfolg führten. Somit erwies sich die Idee, daß es möglich sei, die sozialdemokratischen Arbeiter nur aufgrund ihrer Erfahrungen aus den Wirtschaftskämpfen zum Bruch mit ihrer eigenen Partei und zum Eintritt in die KPTsch zu bewegen, als insgesamt unrealistisch, wie die Parteiführung schließlich intern eingeräumen mußte¹⁰⁷⁰. Dies galt umso mehr, da infolge der von der Machtergreifung Hitlers auf die ČSR ausgehenden Bedrohung mit der nationalen Landesverteidigung und der zunehmend entscheidender werdenden Nationalitätenproblematik Fragen in den Mittelpunkt rückten, für die die Partei bisher keine oder nur unzureichende Positionen formuliert hatte. Statt dessen wurde in der ersten Reaktion des ZK auf die Machtergreifung Hitlers die "schändliche Haltung" der SPD angeprangert, die zuerst 1918 die Arbeiterklasse verraten hatte und sie nun "zur feigen, kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus zu bewegen versucht"¹⁰⁷¹. Wie Guttmann Mitte März auf dem VII. Plenum des ZK der KPTsch deutlich machte, werde es Hitler nicht gelingen, auch nur ein einziges Problem seines Landes zu lösen. Denn er wurde von der deutschen Großbourgeoisie lediglich als Agent eingesetzt, um den niedergehenden Kapitalismus vor der proletarischen Revolution zu retten. Deshalb bestehe seine einzige Aufgabe in der weiteren Versklavung des deutschen Proletariats. Hitlers Angriff auf die Arbeiterklasse bedeute jedoch nicht das Ende der Klassenkämpfe, sondern deren stetige Verschärfung bis zur Revolution. Gleichzeitig führe die Errichtung einer faschistischen Diktatur in

¹⁰⁶⁸ Protokolle der Sitzungen des Sekretariats vom 25.1. und 28.2.1933. SÚA, AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 614, l. 5 und a.j. 616, l. 9.

¹⁰⁶⁹ Vgl. die Resolution "Bohatým vzít – chudým dát", Rudé právo, 29.1.1933.

¹⁰⁷⁰ Protokoll der Sitzung des Sekretariats vom 4.7.1933. SÚA, AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 620, l. 2.

¹⁰⁷¹ Rudé právo, 31.1.1933.

Deutschland aber auch zu einer Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, in die die ČSR über das französische Sicherheitssystem und die Kleine Entente vollständig eingebunden sei. Die beste Hilfe für das deutsche Proletariat bestehe nach Ansicht Guttmanns daher darin, in der ČSR gegen die Faschisierung und die imperialistische Kriegsgefahr zu kämpfen. Dies gelinge den Kommunisten jedoch nur über ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterklasse auf der Basis einer 'Einheitsfront von unten'¹⁰⁷².

Dessen ungeachtet nahm das VII. Plenum des ZK der KPTsch am 13.3.1933 eine Resolution an, die nun erstmals auch die beiden sozialdemokratischen Parteienführungen und die tschechischen Nationalen Sozialisten aufrief, sich im Kampf gegen den Faschismus einer gemeinsamen Aktion mit der KPTsch anzuschließen. Als unmittelbares Ziel setzte sich das VII. Plenum die Errichtung einer breiten proletarischen Bewegung in der ČSR, die in der Lage wäre, unter Führung der KPTsch durch "revolutionären Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung und für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung"¹⁰⁷³ gegen den Faschismus und die imperialistische Kriegsgefahr zu streiten. Im Gegensatz zu der von Josef Guttmann in Moskau formulierten Position konstatierte das VII. Plenum jedoch im Einklang mit der vom EKKI vertretenen Linie, daß die Politik der KPD richtig gewesen sei und einzig der Verrat der SPD die Machtergreifung Hitlers ermöglicht habe. Die Verschärfung des Klassenkampfes und der imperialistischen Gegensätze, deren politischer Ausdruck die fortdauernde Wirtschaftskrise und die Januar-Ereignisse in Deutschland seien, zeigten der Parteiführung eindeutig, daß die gesamte Entwicklung auf einen Zusammenstoß der Klassen hinauslaufe, so daß auch die KPTsch innerhalb kürzester Zeit einer revolutionären Situation gegenübergestellt sein könnte. Deshalb mußten sowohl die Wirtschaftskämpfe als auch die politischen Kämpfe unter strikter Anwendung der Einheitsfronttaktik weitergeführt werden. Aus diesen widersprüchlichen Ausführungen wird deutlich, daß die KPTsch ungeachtet der politischen Vorgaben durch die Komintern ihre Einstellung zur Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt zumindest partiell revidiert hatte. Obwohl die sozialdemokratische Parteistrategie und die reformistische Ideologie nach wie vor strikt abgelehnt wurden und die Sozialfaschismus-These weiterhin uneingeschränkte Gültigkeit behielt, galten die beiden sozialdemokratischen Parteien nun als potentielle Bündnispartner der Kommunisten.

Am 16.3.1933 erging das erste Angebot zur Bildung einer Einheitsfront an die Parteivorstände der ČSD, der DSAP und der Nationalen Sozialisten. Hierin hieß es einleitend, daß im Land von Marx und Engels jetzt "die reaktionärsten Landsknechte des Großkapitals, der Junker und Monarchisten"¹⁰⁷⁴ das Wort hätten und die politische Arbeiterbewegung nunmehr vollständig liquidieren wollten. Da diese Gefahr auch der Arbeiterklasse in der ČSR drohe und die tschechische Reaktion angesichts der Wirtschaftskrise weitere Anschläge auf die Rechte und die Lebensmöglichkeiten des Proletariats vorbereite, sei die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten nunmehr unausweichlich. Deshalb biete die KPTsch den Sozialisten "den

¹⁰⁷² Rundschau 2 (1933), S. 152 f.

¹⁰⁷³ Rozviňme velký zápas (1933), a.a.O., S. 47.

¹⁰⁷⁴ Gottwald: Spisy IV, S. 175.

gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und die Offensive des Kapitals, den gemeinsamen Kampf für die dringendsten, unaufschiebbarsten Forderungen der Arbeiterklasse" an. Konkret sollte dies bedeuten: Gemeinsamer Besuch der Kundgebungen von 'Hakenkreuzlern' und tschechischen Faschisten durch Kommunisten und Sozialdemokraten, gemeinsame antifaschistische Kundgebungen und Agitation, "Entwaffnung und Auflösung der faschistischen und halbfaschistischen Formationen, der Schutzvereine, nationalen Garden u.ä." , gemeinsamer Widerstand der beiden Parteien gegen die Beschneidung politischer Freiheiten der organisierten Arbeiterbewegung, gemeinsame Unterstützung deutscher Flüchtlinge, gemeinsamer Widerstand gegen Rüstungsexporte sowie gegen Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen, für eine gerechtere Besteuerung von Kapitalvermögen und Spitzeneinkommen. Es waren in diesem Angebot also keine unmittelbaren Eingriffe in das Wirtschaftssystem und die privaten Besitzverhältnisse vorgesehen, um die Ablehnung durch die sozialistischen Parteien nicht schon von vornherein zu provozieren. Die Durchbrechung der bürgerlichen Herrschaft als Voraussetzung von Verteilungsgerechtigkeit und politischer Freiheit wurde zwar perspektivisch genannt, doch die KPTsch-Führung erklärte sich bereit, "tiefe Differenzen grundsätzlichen Charakters ... im Interesse der Arbeiterklasse"¹⁰⁷⁵ zurückzustellen.

Trotz dieses Entgegenkommens wurde das Angebot von den Vorständen der drei Parteien einmütig abgelehnt. Neben dem langjährigen Mißtrauen gegenüber den Kommunisten¹⁰⁷⁶ wird hierfür wohl entscheidend gewesen sein, daß die organisatorische Ausgestaltung dieses Bündnisses nach den Prinzipien der proletarischen Demokratie vollzogen werden sollte, d.h. nach freien Übereinkünften von Arbeitern auf der Betriebsebene und nicht als Ergebnis politischer Verhandlungen zwischen den Parteiführungen. Vor allem verdeutlichte jedoch der offensichtliche Widerspruch zwischen der Tatsache des Kooperationsangebots und der eigentlichen Haltung gegenüber seinen Adressaten einmal mehr den Konflikt zwischen dem Willen der Kommunisten, in Anbetracht der inneren und äußeren Bedrohung eine realistische Politik betreiben zu wollen, und dem engen Handlungsspielraum, den die Vorgaben durch die Komintern für die KPTsch bot. Die ČSD begründete ihre ablehnende Haltung in einem offenen Brief an die KPTsch damit, daß es in der ČSR bereits eine sozialistische Front gegen den Faschismus gebe. Diese werde aus den beiden sozialdemokratischen Parteien und den Nationalen Sozialisten gebildet. Die KPTsch sei eingeladen, dieser Front beizutreten. Dazu müsse sie allerdings die politischen Spielregeln der parlamentarischen Demokratie akzeptieren. Ferner wurde auf das Scheitern der Verhandlungsinitiative der SAI verwiesen, die sich am 19.2.1933 mit dem Vorschlag an die Komintern gewandt hatte, mit den Kommunisten im Kampf gegen den Nationalsozialismus kooperieren zu wollen¹⁰⁷⁷. Auch der zum linken Flügel der tschechischen Sozialdemokratie gehörende junge Theoretiker Václav Osvald brachte im März 1933 zum Ausdruck, daß die Bil-

¹⁰⁷⁵ Ebd., S. 177.

¹⁰⁷⁶ So war bislang die These allgemein akzeptiert, daß die Einheitsfrontpolitik lediglich ein taktisches Manöver sei, da es der KPTsch nicht um eine Gleichwertigkeit zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten, sondern nur um eine stillschweigende Unterstützung ihrer Politik sowie um die Führung der Arbeiterklasse gehe. Vgl. z.B. Zd. Smetáček; Otázka jednotné fronty, in: Čin 4 (1932/33), S. 30-35.

¹⁰⁷⁷ Právo lidu, 23.3.1933 und 26.3.1933.

dung einer Einheitsfront wohl für den antifaschistischen Kampf in Deutschland wünschenswert sei. Für die ČSR mache sie hingegen derzeit keinen Sinn, da beide sozialdemokratischen Parteien in der Regierung vertreten seien. Die politischen Umstände würden erst dann die Bildung einer Einheitsfront in Betracht kommen lassen, wenn die tschechische Bourgeoisie die politische Praxis aus Deutschland übernehmen und die Sozialisten aus der Regierung drängen würde. Doch selbst dann sei an eine organisatorische Zusammenarbeit nur unter der Voraussetzung zu denken, daß die KPTsch ihre Einstellung zur politischen Demokratie grundlegende revidiere¹⁰⁷⁸. Andere Autoren in den sozialdemokratischen Diskussionsforen wollten diese Absage jedoch nicht als endgültigen Schritt verstanden wissen, sondern sie sahen hierin vielmehr den Beginn eines Dialogs zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung¹⁰⁷⁹.

Der Inhalt des Angebots an die drei sozialistischen Parteien zeigt aber auch, daß die KPTsch zu diesem Zeitpunkt entschieden war, in der ČSR eine vergleichbare politische Entwicklung wie in Deutschland unter allen Umständen zu verhindern. Hieraus mußte zwangsläufig ein weiterer Konfliktpunkt mit der Komintern entstehen, der aufbrach, als Gottwald Anfang April nach Moskau telegraphierte, das EKKI möge trotz der gerade erfolgten Zurückweisung des Vorschlags Verhandlungen mit der SAI aufnehmen. Denn nur ein solcher Schritt könnte die Argumentation der Einheitsfrontgegner untergraben. Dieser Standpunkt wurde vom EKKI jedoch als unangemessen abgelehnt, denn er stehe im klaren Gegensatz zur Position der Komintern. Diese betrachtete die SAI bereits als organisatorisch gescheitert und wollte diese Institution zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht durch offizielle Gespräche aufwerten. Deshalb wurde die Initiative der SAI als taktisches Manöver eingeschätzt und einzig die Politik der SPD für die Machtergreifung Hitlers verantwortlich gemacht¹⁰⁸⁰. Etwa zeitgleich verdeutlichten die Ereignisse im Präsidium des EKKI, daß die Handlungsspielräume für die KPTsch in einer möglichen Kooperation mit den Sozialdemokraten zukünftig noch enger werden sollten. Die Vertreter der KPD vertraten hier die These, daß die Machtergreifung Hitlers die Massen endgültig aller demokratischen Illusionen berauben und somit vom Einfluß der Sozialdemokraten lösen werde. Darum werde die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland die Gesellschaft auf dem Weg zu einer proletarischen Revolution voranbringen. Diese These wurde vom Präsidium des EKKI bestätigt und der KPD ferner bescheinigt, sie habe sich sowohl im Vorfeld der Machtergreifung Hitlers als auch danach korrekt verhalten¹⁰⁸¹. Gottwald war nunmehr gezwungen, sich dieser Interpretation anzuschließen. In einer Parlamentsrede wiederholte er am 27.4.1933 die Beschuldigungen an die SPD, sie habe durch ihre Politik der zurückliegenden Jahre die Machtergreifung Hitlers vorbereitet und sei nun darin begriffen, offen ins faschistische Lager überzuwechseln. Entsprechend harsch fiel auch seine Beurteilung der sozialdemokratischen Politik in der ČSR aus, denn

¹⁰⁷⁸ Vgl. V. Osvald: Bude jednotná fronta?, in: Čin 4 (1932/33), S. 625-27.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Zd. Kojecký: K otázce jednotné fronty, in: Nová svoboda (1933), S. 220-21.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Carr (1982), a.a.O., S. 91 und 109. Vgl. auch den Aufruf des EKKI, in: Rundschau 2 (1933), S. 91 f. Auf der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPTsch vom 6.3.1933 wurde beschlossen, zum EKKI-Aufruf einen eigenen Standpunkt zu formulieren, so daß wir davon ausgehen können, daß es nicht unbedingt eine volle Zustimmung hierzu in der Parteiführung gab. SÚA, AÚD KŠČ, f. 19/5, a.j. 617, 1. 2.

¹⁰⁸¹ Vgl. Carr (1982), a.a.O., S. 90 ff.

"im Gegensatz zu Deutschland wollen die sozialistischen Regierungsparteien die Rolle der faschistischen Diktatoren spielen"¹⁰⁸². Aus diesem Grund könne sich die Diktatur der Bourgeoisie in der ČSR sehr schnell in eine offene faschistische Diktatur verwandeln. Mit derartigen Anschuldigungen ließen sich jedoch keine Fortschritte in der Kooperation mit den diffamierten Sozialdemokraten erzielen.

Vor dem Hintergrund des sich schnell konsolidierenden nationalsozialistischen Regimes in Deutschland äußerten sich jedoch im Frühjahr und Sommer 1933 in den theoretischen Organen der KPTsch und in der Tagespresse Stimmen, die trotz der soeben von der Komintern bekräftigten Haltung in der deutschen Frage hierzu differenzierendere Positionen einnahmen, welche an die zurückgewiesenen Thesen der KPTsch-Delegation auf dem XII. Plenum des EKKI anknüpften. So wurde darauf verwiesen, daß die Errichtung einer faschistischen Diktatur keine politische Notwendigkeit im Sinne des Historischen Materialismus darstelle und es somit Aufgabe der Kommunisten sein müsse, einer Faschisierung des politischen Systems entgegenzuwirken. Dies bedeutete faktisch eine gewisse Abkehr von der verabsolutierten Gleichsetzung von faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie in der Komintern¹⁰⁸³ sowie eine Relativierung der bisherigen einseitigen Schuldzuweisungen an die SPD, die Hauptverantwortung für den Sieg des Faschismus zu tragen¹⁰⁸⁴. Denn nach Ansicht Gustav Beuers hätten die März-Wahlen in Deutschland gezeigt, daß es "Verschiebungen des Kräfteverhältnisses der Klassen" gegeben habe, in deren Folge "die faschistische deutsche Bourgeoisie heute wesentlich stärker ist als vor einem Monat"¹⁰⁸⁵. Ebenso griff Beuer die These Guttmanns auf, die Machtergreifung Hitlers hätte sich verhindern lassen, wenn die KPD zuvor während der Wirtschaftskämpfe in Deutschland eine andere Einheitsfrontpolitik betrieben und sich nicht ausschließlich passiv verhalten hätte. Reimann gab in seiner Funktion als Leiter der Agitprop-Abteilung unter Rückgriff auf die These Gottwalds auf dem XII. Plenum zur Revision der Einheitsfronttaktik zu bedenken, daß es aus diesem Grund sinnvoll sei, sich gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern auch in der verwandten Begrifflichkeit zu mäßigen und in der politischen Agitation nicht länger die Begriffe 'Sozialfaschismus' und 'Diktatur des Proletariats' in den Vordergrund zu rücken. Strittig war ferner die Frage, wie eine oppositionelle Bewegung innerhalb der Sozialdemokratie zu organisieren sei. Während Guttmann dazu aufrief, den Führungsanspruch der Kommunisten nicht zur Voraussetzung für die Errichtung der Einheitsfront zu machen¹⁰⁸⁶, vertrat Gottwald den Standpunkt, daß es nicht zwei parallele Organisationen geben dürfe und die KPTsch daher

¹⁰⁸² Gottwald: Spisy IV, S. 242.

¹⁰⁸³ So vertrat Guttmann Anfang Juni 1933 die These, daß Aufgrund der Hinwendung der tschechoslowakischen Politik zur 'silná demokracie' die innenpolitischen Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der ČSR analog verlaufen. Er schränkte jedoch ein, daß nur vom Klassenstandpunkt aus kein Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie und einer faschistischen Diktatur bestehe, da in beiden Systemen die Bourgeoisie regiere und sie beide Diktaturen des Kapitals seien. Es bestünden jedoch Unterschiede in den Regierungsmethoden, auch wenn diese zunehmend verschwänden. In der bürgerlichen Demokratie besitze die Arbeiterklasse ferner bestimmte politische Rechte und Freiheiten, die ihr in der faschistischen Diktatur vorenthalten seien. Vgl. J. Guttmann: Pod vlajkou demokracie zaváděj fašismus, in: Tvorba 8 (1933), S. 337-38.

¹⁰⁸⁴ Vgl. P. Reiman: Hitlerova diktatura v Německu, in: Komunistická revue 8 (1933), S. 73-75.

¹⁰⁸⁵ Vorwärts, 8.3.1933.

¹⁰⁸⁶ Rudé právo, 25.1.1933.

bestrebt sein müsse, die abtrünnigen Sozialdemokraten in die KPTsch zu integrieren¹⁰⁸⁷. Schließlich wurden den Lesern der "Komunistická revue" die Schriften Čecháček zum Faschismus nähergebracht und hierbei weitgehend auf eine tendenziöse Kritik verzichtet¹⁰⁸⁸.

Die Komintern-Führung wurde auf diese Entwicklungen jedoch vor allem durch den Umstand aufmerksam, daß das "Rudé právo", dessen Chefredakteur Guttman war, die Resolution des Präsidiums des EKKI erst am 20.4.1933 veröffentlichte. Es entstand offenbar nicht zu Unrecht der Eindruck, Guttman halte diese von ihm als falsch eingeschätzten Schlußfolgerungen des EKKI vor der Parteiöffentlichkeit zurück. Am 21.4.1933 forderte das politische Sekretariat des EKKI die KPTsch deshalb ausdrücklich auf, ihre Anstrengungen mit der Perspektive einer proletarischen Revolution zu verstärken, denn die internationale sowie die wirtschaftliche Situation des Landes deute ebenfalls in diese Richtung. Hierbei solle die KPTsch – so die bindende Empfehlung – eine national-revolutionäre Position einnehmen, da sich sowohl die nationalen als auch Klassengegensätze in der ČSR verschärfen würden. Während sich die Stellung der Bourgeoisie abschwäche, werde sie ihre faschisierenden Tendenzen gleichzeitig verschärfen. Aus diesem Grund sei nach Ansicht des EKKI davon auszugehen, daß die ČSR die gleiche Entwicklung durchlaufen werde wie Deutschland und daß dies die Chancen einer sozialistischen Revolution verbessere. Folglich seien die konsequente Anwendung der 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik und der Sozialfaschismus-These richtig und sollten unter allen Umständen fortgesetzt werden¹⁰⁸⁹.

Die KPTsch-Führung setzte auch diese Vorgabe rhetorisch um. Anlässlich der ersten Ermächtigungsgesetze in der ČSR gab das Politbüro der KPTsch am 16.6.1933 eine Resolution heraus, in der die Sozialdemokraten wegen ihrer Zustimmung zu dieser außerordentlichen Verfügungsgewalt für die Regierung erneut als 'Sozialfaschisten' angeklagt wurden. Doch nach Ansicht des Politbüros würden die Ermächtigungsgesetze nicht ein einziges Problem lösen, sondern die Wirtschaftskrise im Gegenteil weiter verschärfen. "In der Tschechoslowakei gibt es bislang noch keine faschistische Diktatur. Aber mit dieser Maßnahme vollzieht die tschechische Bourgeoisie einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur faschistischen Diktatur in der Tschechoslowakei."¹⁰⁹⁰ Von der Notwendigkeit zur Herstellung einer proletarischen Einheitsfront war in diesem Positionspapier keine Rede mehr, so daß wir davon ausgehen können, daß die KPTsch wieder offiziell auf die Linie der Komintern einschwenkte. Im August 1933 wurde von der Parteiführung beschlossen, eine groß angelegte Kampagne gegen die Notverordnungspraxis zu starten¹⁰⁹¹.

Offensichtlich reichten der Komintern diese politischen Meinungsänderungen nicht aus, denn Anfang August warf Smoljanskij in einer Analyse der Situation innerhalb der KPTsch der

¹⁰⁸⁷ Rudé právo, 13.7.1933.

¹⁰⁸⁸ Vgl. F. Šimsa: J. Čecháček a spol, společnost na zastírání podstaty fašismu, in: Komunistická revue 8 (1933), S. 94-99.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Hradilák (1968), a.a.O., S. 652 f.

¹⁰⁹⁰ Gottwald: Spisy IV., S. 256. Vgl. auch den Leitartikel Guttmans, Rudé právo, 11.6.1933.

¹⁰⁹¹ Protokolle der Sitzungen des Sekretariats vom 16. und 25.8.1933. SÚA, AÚD KSC, f. 19/5, a.j. 621, l. 6 und 9.

Partei vor, sie lasse in ihrer Politik noch immer die revolutionäre Perspektive vermissen. Sie zeige den Massen nicht, daß die proletarische Revolution auch in der ČSR unmittelbar bevorstehe und weise nicht ausreichend genug auf die verräterische Rolle der beiden sozialdemokratischen Parteien im Prozeß der Faschisierung der ČSR hin. Daher sei es der KPTsch auch ein Jahr nach dem XII. Plenum des EKKI nicht gelungen, die "in den Massen des Proletariats wirklich wachgerufenen neuen Kräfte in entsprechender Weise in die Bahnen wirklicher Massenaktionen zu lenken. Vor allem aber ist es nicht gelungen, die Wut der werktätigen Massen der Tschechoslowakei gegen das immer mehr zunehmende Tempo der Faschisierung des tschechoslowakischen Staates zu entfachen." Damit bleibe sie hinter den objektiven Verhältnissen und ihren objektiven Möglichkeiten zurück. Dies wiederum sei auf jene "Opportunisten" und "Kapitulanten" in der Partei zurückzuführen, die den "Glauben an die Entfaltung der inneren Kräfte der proletarischen Revolution in Deutschland verloren haben, der Kommunistischen Partei vorwerfen, sie habe vor dem Regierungsantritt Hitlers nicht zum Aufstand gerufen"¹⁰⁹².

Um diese Vorwürfe zu erhärten und um jegliche weiteren abweichenden Bestrebungen ein für allemal zu ersticken, wurden mit Gottwald, Hruška, Köhler, Šverma und Zápotocký fünf der führenden Parteifunktionäre am 21.8.1933 nach Moskau zitiert, um dort Selbstkritik bzgl. ihrer früheren Haltung zur Politik der KPD zu üben. Ferner wollte das EKKI detaillierte Auskünfte über die Kräfteverhältnisse im Politbüro der KPTsch erhalten. Um den Schaden zu begrenzen, war Gottwald gezwungen, mit Guttmann den 'zweiten Mann' in der Partei zu opfern. Obwohl dessen Pressekampagne von den übrigen Politbüromitgliedern ganz offensichtlich toleriert worden war, teilte Gottwald mit, daß nur Guttmann sich gegen die Haltung des EKKI stelle. Daraufhin wurde die KPTsch vom EKKI beschuldigt, rechtsopportunistische Auffassungen sowohl in den Fragen der Einheitsfronttaktik und der Beziehung zu den Sozialdemokraten (Bezeichnung der sozialdemokratischen Parteien als Arbeiterparteien anstelle von sozialfaschistischen Parteien, Bezeichnung der Einheitsfront als Kampfbündnis mit der Sozialdemokratie) als auch über die Zusammenhänge zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus (fehlende Gleichsetzung dieser Systeme) sowie zur Kriegsgefahr (Fehlschlag des Anti-Kriegs-Tages in der ČSR am 1.8.1933) verbreitet zu haben. Explizit habe Guttmann die politische Linie des EKKI sabotiert, und Reimann sei nicht ausreichend wachsam gewesen, indem er als Chefredakteur der "Komunistická revue" diesen Diskussionen publizistischen Raum gegeben habe. Daher seien Guttmann und Reimann ihrer Ämter in der Parteiführung und in der Parteipresse zu entheben und durch Kopecký und Köhler zu ersetzen. Weiterhin seien sie nach Moskau zur Verfügung der Komintern zu entsenden, um dadurch endgültig mundtot gemacht zu werden¹⁰⁹³.

¹⁰⁹² G. Smoljanski: Was ist gegenwärtig das stärkste Hemmnis der Arbeit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Rundschau 2 (1933), 1049-52, S. 1050 f. Kritik mit ähnlichen Schwerpunkten üben auch K. Neumann (Ps. f. B. Köhler): Die Lehren des 1. August in der Tschechoslowakei, in: Rundschau 2 (1933), S. 1179-80; und A. Kellermann (Ps. f. S. Nógrádi): Über die rechtsopportunistischen Fehler der "Komunistická revue", in: Rundschau 2 (1933), S. 1271-75. Eine große Bedeutung wurde in diesem Beitrag der angeblich kritischen Wiedergabe der sozialdemokratischen Faschismustheorie durch Čecháček beigemessen.

¹⁰⁹³ Vgl. zu diesen Vorgängen Hradilák (1968), a.a.O., S. 656 f.

Wenige Tage später begann die KPTsch ihre breit angelegte politisch-ideologische Kampagne gegen den 'Opportunismus', die recht bald als eine Parteisäuberung zu erkennen war. Im September und Oktober wurden eine hohe Anzahl von Funktionären und Zeitungsredakteuren ausgetauscht. Es wurde mit der "Jasnou frontu proti oportunismu" auch eine eigene Schriftenreihe herausgegeben, deren Ziel es war, die KPTsch wieder ideologisch und taktisch ins Fahrwasser der Komintern zurückzuführen. Am 14.9.1933 mußten Guttman, Reimann und Šverma im Politbüro Selbstkritik üben. Anfang Oktober erklärte das ZK der KPTsch, "die Regierung Malypetr-Meissner-Beneš-Czech wird eine Regierung der Vorbereitung einer offenen faschistischen Diktatur"¹⁰⁹⁴. Das VIII. Plenum des ZK der KPTsch, dessen Aufgabe es war, die 'opportunistischen' und 'halb-opportunistischen' Einstellungen zur Sozialdemokratie aus der Partei zu verbannen, sprach Ende Oktober 1933 gar von der Existenz einer faschistischen Diktatur in der ČSR, an deren Errichtung sich die Sozialdemokraten beteiligt hätten. Auch wurde die prinzipielle Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus wieder programmatisch erneuert und die Rückkehr zur 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik auch programmatisch vollzogen. Die Aufgabe der KPTsch wurde in dieser Situation darin gesehen, die Massen in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Partei auf den Entscheidungskampf zwischen der faschistischen Diktatur und der Diktatur des Proletariats vorzubereiten¹⁰⁹⁵.

Seinen ideologischen Höhepunkt fand der 'Kampf gegen den Opportunismus' mit einem Artikel Gottwalds in der "Rundschau" Ende Oktober 1933, in dem er eine umfassende Revision der bisherigen Taktik nach den Vorgaben der Komintern-Linie aussprach. Demnach müsse die Partei das Klassenbewußtsein ins Proletariat hineinragen und dürfe nicht darauf warten, daß dieses dort spontan entstehe. Dies bedeutete, daß es zukünftig keine Anpassung taktischer Forderungen der Partei an die Anschauungen und Interessen der rückständigen Teile des Proletariats mehr geben werde. Weiterhin werde die Führungsrolle der Partei in der Einheitsfront nicht länger dem Zufall überlassen, sondern stelle die Voraussetzung für deren Errichtung dar. Schließlich sollten zukünftig die revolutionären Ziele beim Kampf um Teilforderungen nicht mehr vernachlässigt und nicht vergessen werden, daß diese lediglich ein taktisches Mittel zur Gewinnung der Arbeiter für den revolutionären Kampf seien¹⁰⁹⁶. Diese Festlegung bedeutete zweifellos eine grundlegende Aufgabe der Thesen Gottwalds auf dem XII. Plenum und die uneingeschränkte Applikation des 'sektiererischen' Kurses der Komintern für den Klassenkampf in der ČSR. In einem daraufhin verfaßten offenen Brief an die sozialdemokratischen Arbeiter wurden deshalb die angeblich faschistischen Führungen der ČSD und der DSAP direkt angegriffen und die Arbeiter aufgefordert, sich der "Einheitsfront des Kommunismus" anzuschließen, um gemeinsam gegen die "Einheitsfront des Faschismus" in der ČSR kämpfen zu können¹⁰⁹⁷. Auch

¹⁰⁹⁴ Gottwald: Spisy V, S. 14.

¹⁰⁹⁵ Resolution "Proti fašistické diktatury - za diktaturu proletariátu", in: Gottwald: Spisy V, S. 32-64; und SÚA, AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 70, l. 5-12.

¹⁰⁹⁶ K. Gottwald: Klare Front gegen den Opportunismus, in: Rundschau 2 (1933), S. 1549-52. Der Artikel erschien zuvor ebenfalls in: Komunistická revue 8 (1933), S. 212-20.

¹⁰⁹⁷ Rundschau 2 (1933), S. 1580-81; und SÚA, AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 71, l. 1-2. Dieser Brief basierte ideologisch auf der Resolution des VIII. Plenums des ZK sowie auch auf dem Aufruf des ZK vom 6.11.1933, in dem es heißt, "die Regierung des Hungers und der Faschisierung [greift] zur offenen faschistischen Diktatur. Deshalb

in einer nachfolgenden Resolution des Politbüros vom 21.11.1933, an dem hochrangige Mitglieder der Kominternführung teilgenommen hatten, war von der Bildung einer Einheitsfront keine Rede mehr. Vielmehr wurde in dem Dokument jedoch die angeblich "opportunistische Unterschätzung der revolutionären Perspektiven" in den Reihen der KPTsch angeprangert und die Vorbereitung auf die bevorstehende Arbeit in der Illegalität bekannt gegeben¹⁰⁹⁸.

Politisch erreichte der 'Kampf gegen den Opportunismus' seinen Höhepunkt am 31.12.1933 mit dem Ausschluß Josef Guttmanns aus der KPTsch. Da Guttmann zu diesem Zeitpunkt bereits keine innerparteilichen Machtpositionen mehr besaß, bedeutete dieser Schritt einerseits nichts anderes als ein 'Bauernopfer' im Zuge einer dogmatisierten Politik, andererseits wirft der 'Fall' Guttmann insgesamt ein erhellendes Licht auf die Funktionsmechanismen in einer stalinierten Partei¹⁰⁹⁹. Die Führungsspitze der KPTsch war gezwungen, sich an dieser modernen Form von Hexenjagd zu beteiligen, da die bislang nachweislich vorgenommenen personellen und politisch-programmatischen Korrekturen der Partei in den Augen der Komintern nicht ausreichend erschienen und der Konflikt deshalb auf dem XIII. Plenum des EKKI im November/Dezember 1933 fortgesetzt wurde. Gottwald, Reimann und Šverma setzten hier ihre Selbstkritik fort und machten ausschließlich Guttmann für die angeblichen 'opportunistischen' Fehler in der Parteitaktik verantwortlich¹¹⁰⁰. Guttmann, der sich der Selbstkritik auf dem XIII. Plenum durch den Antritt einer kurzen Haftstrafe entzog, ließ diese Zuspitzung der Kritik und Selbstkritik auf seine Person nicht über sich ergehen, sondern versuchte in einem Brief an das ZK der KPTsch vom 7.12.1933 noch einmal seine Position zu erläutern und zu rechtfertigen¹¹⁰¹. In diesem 'Memorandum' verurteilte er die strategische Konzeption des VIII. Plenums des ZK der KPTsch, da sie seiner Meinung nach auf einer fatalistischen Überzeugung basiere und einen realistisch geführten Kampf gegen den Faschismus unmöglich mache, indem sie es faktisch aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter für die antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen.

beschreitet die Regierung, in der sieben sozialfaschistische Noskes und Zörgiebels sitzen, den blutigen Weg Hitlers ... Die Parteien der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten und die Partei der tschechischen Nationalisten – das sind die sozialen Hauptstützen der faschistischen Diktatur in der Tschechoslowakei. Diese Parteien verüben und betreiben täglich fürchterlichen Hochverrat an den Interessen des tschechoslowakischen und internationalen Proletariats." Rundschau 2 (1933), S. 1537.

¹⁰⁹⁸ Rundschau 2 (1933), S. 1944-45; und SÚA, AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 170, l. 1-3.

¹⁰⁹⁹ Vgl. die eingehende Darstellung bei Hradilák (1968), a.a.O. Der Autor diskutiert den 'Fall' Guttmann vor allem als den persönlichen Konflikt eines Politikers zwischen dem erforderlichen Realitätssinn, um als Spitzenfunktionär im Stalinismus überleben zu können, und der persönlichen Courage, für seine politischen Überzeugungen und Gewissensentscheidungen einzutreten.

¹¹⁰⁰ So sagte Gottwald: "Zu ihrem Sprecher im Politbüro der KPTsch wurde leider Genosse Guttmann, der schon auf dem XII. Plenum die richtige Einheitsfronttaktik der KPD vom opportunistischen Standpunkte aus kritisiert hatte. Es muß jedoch betont werden, daß Genosse Guttmann im Politbüro der KPTsch mit seinen Auffassungen in der deutschen Frage ganz isoliert blieb. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß sich in der Führung der KPTsch Sprecher der opportunistischen, kleinbürgerlichen Stimmungen zeigen konnten. Die Genossen begriffen nicht, daß der Bankrott der Sozialdemokratie in Deutschland ein historischer Beweis des Bankrotts der ganzen Politik der II. Internationale ist, daß wir gerade unter dem Eindruck der deutschen Ereignisse und mit ihren Lehren am besten an die sozialdemokratischen Arbeiter herangehen, ihnen die Richtigkeit der Politik der Komintern nachweisen und in die Reihen der sozialfaschistischen Parteien breite Breschen schlagen können." Rundschau 3 (1934), S. 174. Die Redebeiträge Reimanns und Švermas sind abgedruckt in Rundschau 3 (1934), S. 283-85 und S. 389-99.

¹¹⁰¹ Das Memorandum Guttmanns ist abgedruckt in Hradilák (1968), a.a.O., S. 673-79; und auszugsweise in Niklíček (1965), a.a.O., S. 49-53.

Er wiederholte seinen Standpunkt, daß die Einheitsfront immer einen Kompromiß zwischen den Kommunisten und den sozialdemokratischen Arbeitern darstelle. Diese Position könne jedoch nicht als opportunistisch bezeichnet werden, da auch er deutlich ausspreche, daß die sozialdemokratischen Parteiführungen Sozialfaschisten seien und in einer gemeinsamen Front mit der Bourgeoisie stünden. Um den Kampf gegen den Faschismus und gegen die bürgerliche Reaktion jedoch erfolgreich führen zu können, müßten die Kommunisten einsehen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter Klassenbrüder seien, obwohl ihnen bislang die Einsicht fehle, daß die sozialistische Revolution den einzigen Ausweg biete. Auch wenn Guttmanns Kritik also nur Teilbereiche der Einheitsfronttaktik berührte und keineswegs die politische Strategie der kommunistischen Bewegung infrage stellte, war er aufgrund des massiven Drucks aus der Komintern nun auch nicht länger als Parteimitglied tragbar. Das Politbüro bezeichnete Guttmann am 20.12. als den Hauptträger opportunistischer, trotzkistischer und konterrevolutionärer Ansichten in der Partei¹¹⁰² und verfügte am 31.12.1933 seinen Ausschluß aus der KPTsch¹¹⁰³.

Mit diesem Richtungswechsel begab sich die KPTsch in eine vollständige politische Isolation, die ihren Höhepunkt im Sommer 1934 erreichte und der Partei noch einmal etwa die Hälfte ihrer Mitglieder kostete. Insbesondere mit den Sozialdemokraten gab es auf dieser Basis keine Möglichkeit mehr, um zu einer Übereinkunft im Kampf gegen die innere und äußere Bedrohung durch den Faschismus zu gelangen. Infolge der erneut härteren Gangart gegen die Sozialdemokraten bildete sich innerhalb der ČSD offensichtlich eine Gruppe um Rudolf Bechyně, die nunmehr auch eine Auflösung der KPTsch in Betracht zog¹¹⁰⁴. Ansonsten hatte die ČSD auf ihrem XVII. Parteitag im Oktober 1933 zum Ausdruck gebracht, daß sie die Politik der Regierungsbeteiligung als beste Gewähr für die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates gegen die politischen Angriffe von links und von rechts hielt. Sie hatte sich unmißverständlich dafür ausgesprochen, diese Politik unter allen Umständen fortsetzen zu wollen. Auf diesem Parteitag war aber darüber hinaus auch deutlich geworden, daß die Errichtung einer Einheitsfront für die ČSD unter keinen Umständen eine Alternative zum jetzigen politischen Kurs der Partei darstellte. Im Gegenteil bewertete Hampl die Situation dahingehend, daß die ČSD durch die Ablehnung der kommunistischen Einheitsfrontangebote ihre politische Vormachtstellung im linken Lager der Gesellschaft ausbauen konnte und daß der Konzentrationsprozeß der proletarischen Massen unter dem Mantel der Sozialdemokratie anhalten oder sogar zunehmen werde. Als Beweis hier-

¹¹⁰² Rundschau 3 (1934), S. 30.

¹¹⁰³ Zur Begründung heißt es in der Resolution: "Guttmanns schneller Übergang von der Position opportunistischer Abweichung zur Position des offenen Konterrevolutionärs und Feindes des Kommunismus ist die Tat eines kleinbürgerlichen Feiglings, der durch den Faschismus erschreckt, die Perspektive der proletarischen Revolution nicht begreift, den Glauben an die revolutionäre Kraft des Proletariats verloren hat und in einem Moment zum Feind überläuft, in dem wir vor großen Klassenkämpfen stehen, als uns die verschärfte Weltlage dicht an die zweite Periode von Revolutionen und Kriegen heranführt. Nach dem Muster aller Renegaten verhüllt Guttmann seinen eigenen ideologischen und politischen Bankrott und seine Feigheit hinter Angriffen auf die Partei und die Komintern. An Guttmanns Fall ist klar zu sehen, wie schnell in der heutigen Situation ein Verharren auf opportunistischen Ansichten zum Bruch mit dem Kommunismus führt." Gottwald: Spisy V, S. 66. Vgl. auch das Positionspapier Gottwalds "Auf der anderen Seite der Barrikade", in: Rundschau 3 (1934), S. 219-21; und Gottwald: Spisy V, S. 67-77.

¹¹⁰⁴ Vgl. Nikliček (1968), a.a.O., S. 136. Der Autor bezieht sich hierbei auf einen Brief des Ministers an Edvard Beneš.

für diene dem Parteivorsitzenden der Übertritt weiterer Teile der kommunistischen Opposition zur ČSD, die für die wichtigste bevorstehende Aufgabe der Partei, nämlich der Verteidigung der Demokratie, eine große moralische und politische Bedeutung erhalten werde¹¹⁰⁵.

Die KPTsch-Führung hätte, wenn sie sich die Option einer 'Einheitsfront von oben', wie sie bis zum Frühjahr 1933 mehrfach angedeutet worden war, offen halten wollte, auf diese Grundsatzentscheidung der Sozialdemokraten politisch reagieren müssen. Dies gilt umso mehr, als - wie wir gesehen haben - etwa zeitgleich die Gruppe in der *Dělnická akademie* im Gegensatz zur Parteiführung eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten unter bestimmten Voraussetzungen nicht für ausgeschlossen hielt. Statt dessen wertete Gottwald den Parteitagsbeschuß der ČSD zur Landesverteidigung in seinem Referat auf dem XIII. Plenum des EKKI als einen Beitrag der Sozialdemokraten zur Vorbereitung eines imperialistischen Krieges. Das Bekenntnis der ČSD zur Verteidigung der Demokratie bedeute nichts anderes als die Durchführung der faschistischen Diktatur, und der sozialdemokratische Wirtschaftsplan zeige, daß die ČSD nur ein Interesse daran habe, die Fortexistenz der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse sicherzustellen¹¹⁰⁶. Auch Stanislav Budín, der ab dem Herbst 1934 zu einem der wichtigsten Repräsentanten des Reformflügels innerhalb der KPTsch zählte, vertrat in dieser problematischen Phase des von außen induzierten Kampfes gegen den Opportunismus die Ansicht, daß der Parteitag auf keine der dringenden Fragen der Zeit – Krieg, Faschismus, Hunger – eine Antwort gefunden, dafür aber einmal mehr gezeigt habe, daß die ČSD eine sozialfaschistische Partei sei. Dies äußere sich in ihrer defensiven Außenpolitik, in ihrer offensiven Innenpolitik und in ihrer kapitalistenfreundlichen Wirtschaftspolitik, die allesamt den Kapitalismus stützen und die faschistische Diktatur vorbereiten helfen¹¹⁰⁷.

Indem sich die KPTsch in dieser Situation nicht vom Einfluß der dogmatischen Komintern-Politik zu lösen vermochte und weder auf die ablehnende Haltung der ČSD-Führung reagierte noch auf die oppositionellen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie zugeing¹¹⁰⁸, vergab sie sich jegliche Möglichkeit, aus der selbstverschuldeten Isolation herauszugelangen. Im Gegenteil sollte sich dieser Zustand in den Folgemonaten noch weiter verschärfen. Auf der am 30.1.1934 illegal in Prag abgehaltenen Reichskonferenz nahm die KPTsch die Beschlüsse des XIII. Plenums des EKKI an und konstatierte mit einer rhetorischen Schärfe, die alles bislang gesagte übertraf, daß die nationalen und Klassengegensätze sowie die aus dem tschechischen Imperia-

¹¹⁰⁵ Vgl. Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 10 f.

¹¹⁰⁶ Rundschau 3 (1934), S. 174.

¹¹⁰⁷ Vgl. St. Budín: Bilance sociálně demokratického sjezdu, in: Tvorba 8 (1933), S. 710-11.

¹¹⁰⁸ Am 8.12.1933 erging eine Anweisung des Sekretariats an alle Betriebszellen, daß jegliche Versuche oppositioneller Sozialdemokraten zur Bildung antifaschistischer Blöcke abzulehnen seien. Hierzu sollte folgendermaßen argumentiert werden: "Gegen den Faschismus zu kämpfen, bedeutet zu kämpfen gegen das heutige Regierungsregime und alle seine Angriffe. Gegen den Faschismus zu kämpfen, bedeutet zu kämpfen gegen die sozialfaschistischen Führer und ihre Politik, welche im Reichsmaßstabe und im Betriebe die Hauptstütze der sich errichtenden faschistischen Diktatur bildet. Gebt Ihr das zu? Wollt Ihr dadurch gegen den Faschismus kämpfen, indem Ihr sofort zur Organisierung von Kampfaktionen gegen das Regierungsregime schreitet, indem Ihr Euren Führern, der ganzen sozialfaschistischen Politik und Ideologie den Kampf ansaget, auch der Politik, die Ihr im Einvernehmen mit der Betriebsverwaltung im Betriebe macht? Wenn nicht, dann sprecht nicht von einem antifaschistischen Block, da Ihr selbst an der Seite Eurer Führer einen Block mit der faschistischen Bourgeoisie bildet." SÚA, AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 644, l. 1.

lismus resultierenden internationalen Gegensätze es der Bourgeoisie nicht ermöglichten, ihre Klassenherrschaft in der bisherigen Form aufrecht zu erhalten. Sie werde deshalb innenpolitisch auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur hinarbeiten und außenpolitisch einen imperialistischen Krieg vorbereiten. Um dies zu verhindern, wurden in der politischen Resolution die Aufgaben der KPTsch dahingehend definiert, das tschechoslowakische Proletariat endgültig vom zersetzenden Einfluß der Sozialdemokratie zu befreien, indem "die Massen der sozialdemokratischen und nicht-organisierten Arbeiter nicht nur für den Kampf um die unmittelbaren, drängenden wirtschaftlichen und politischen Forderungen, sondern auch für den Kampf um die Macht"¹¹⁰⁹ gewonnen werden. Damit war der kompromißlose Konfrontationskurs der KPTsch nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen das herrschende politische System festgeschrieben worden. Dieser politische Kurs erreichte seinen Höhepunkt, als die Partei im Mai 1934 ein Flugblatt verteilen ließ, in dem sie die Bürger zur Demonstration gegen die Wiederwahl Masaryks zum Staatspräsidenten aufrief, "da Masaryk gerade jetzt mit seiner Autorität den schlimmsten Angriff der Bourgeoisie gegen das Volk – die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur – decken und erleichtern soll"¹¹¹⁰. Mit dieser Aktion wurde die Toleranzschwelle der Regierungsparteien endgültig durchbrochen, und es ergingen umgehend Haftbefehle gegen Gottwald, Kopecký sowie gegen zwei weitere Abgeordnete.

6.4 Der Strategiewechsel der KPTsch unter der Führung Jan Švermas (September 1934 bis Januar 1936) und die Reaktionen der Sozialdemokraten

Infolge der Haftbefehle waren Gottwald und Kopecký gezwungen, im September 1934 das Land zu verlassen, um bis zur Generalamnestie vom Januar 1936 bei der Komintern in Moskau zu wirken. Unmittelbar nachdem sie die ČSR verlassen hatten, gewannen mit Jan Šverma, Rudolf Slánský, Oto Synek, Bohumír Šmeral und Stanislav Budín eine Gruppe von gemäßigeren Politikern Einfluß auf die Parteiführung. Zur zentralen Figur des ersten Versuchs zu einer reformorientierten Politik in der bolschewisierten Partei wurde jedoch Šverma als politischer Se-

¹¹⁰⁹ Gottwald: Spisy V, S. 84.

¹¹¹⁰ "Er war es, der bei der Errichtung dieser kapitalistischen Republik an der Spitze stand. Er machte sich am meisten an der Verbreitung der Illusion, die Republik sei eine Volksrepublik und für das Volk da, verdient, also verdient an der Zerschlagung des revolutionären Kampfes um die Macht gleich nach dem Kriege. Er war es, der seit dieser Zeit bei der Festigung der bürgerlichen Herrschaft an der Spitze stand. Er unterschrieb alle Gesetze, durch welche die Rechte des werktätigen Volkes geraubt und es geknebelt, durch welche der Lebensstandard der Arbeitenden herabgesetzt, die sozialen Errungenschaften abgebaut und dem Klerus und der Kriegsvorbereitung Milliarden in den Rachen geworfen wurden. Er unterschrieb den Gehaltsabbau für die Staatsangestellten und die Dienstentlassungen. Er steht an der Spitze der Faschisierung. Er unterschrieb alle Ermächtigungsgesetze und trägt die Verantwortung für alle faschistischen Notdiktate. Er trägt die Verantwortung für die Persekution der revolutionären Bewegung und der Arbeiterkämpfe, jawohl – er trägt auch die Verantwortung für das Vergießen von Arbeiterblut, zu dem es in dieser Republik oft kam. Er ist verantwortlich für die unerhörte nationale Unterdrückung der besetzten Gebiete seitens der tschechischen Bourgeoisie. Er ist der Patron der Kriegsvorbereitungen und dazu berufen, bei der Durchführung der offenen faschistischen Diktatur an der Spitze zu stehen." Das Flugblatt "Ne Masaryk, ale Lenin" ist abgedruckt in: Rundschau 3 (1934), S. 1214.

ekretär des ZK der KPTsch. Er war als Absolvent der Internationalen Lenin-Schule in Moskau ein umfassend geschulter marxistischer Theoretiker und ein erfahrener Parteipolitiker aus der Zeit der Wirtschaftskämpfe. Im Gegensatz zu Guttmann hatte er nach seinem Konflikt mit der Komintern 1933 nicht innerlich mit dem Kommunismus gebrochen, sondern er hatte den persönlich erniedrigenden Weg der Selbstkritik gewählt und somit seine Funktionen in der Partei behalten können. Ab dem Herbst 1934 versuchte die neue Parteiführung, den von ihr angesichts der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland realisierten Gegensatz zwischen der 'sektiererischen' Linie der kommunistischen Bewegung und den nationalstaatlichen Interessen der ČSR zu lösen, und implementierte gegen den Widerstand der Dogmatiker in der Komintern und in der eigenen Partei schrittweise eine Politik, die über ein verstärktes Engagement im antifaschistischen Kampf dazu beitrug, die politische Isolation der KPTsch allmählich zu durchbrechen und die Partei wieder zu einer einflußreichen Akteurin im politischen System der ČSR zu machen. Die wichtigsten Inhalte dieses neuen Kurses der KPTsch waren eine veränderte, positive Einstellung zur nationalstaatlichen Unabhängigkeit der ČSR und die Anerkennung der Möglichkeit von Zwischenstufen auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats, von der aus schließlich auch die vom Faschismus bedrohte Staatsform der bürgerlichen Demokratie als ein im Interesse kommunistischer Politik schützenswertes politisches System erachtet werden konnte. Im Herbst 1935 bekannte sich die Šverma-Führung dann nachdrücklich zur militärischen Verteidigung der ČSR gegenüber dem Faschismus, unterstützte im Parlament einige Bereiche der Regierungsarbeit und schloß hierzu ebenfalls eine Übernahme von Regierungsverantwortung nicht aus, was den Kommunisten insgesamt ein gewisses Maß an politischer Autorität in der demokratischen Öffentlichkeit bescherte.

Der politische Richtungswechsel der KPTsch war zu einem Großteil auch von äußeren Faktoren bestimmt, die zuvor ein positives Klima für eine Veränderung der politischen Strategie geschaffen hatten. Hierzu zählte zum einen der außenpolitische Kurswechsel der UdSSR, die sich nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 das Scheitern ihrer bisherigen Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die bis zum XVII. Parteitag von der Absicht bestimmt war, sich nicht in die innerdeutschen Entwicklungen einmischen zu wollen, eingestehen mußte. Seit dem Frühjahr 1934 zeigte sich die UdSSR zunehmend bereit, mit den westlichen Demokratien zur Eindämmung der nationalsozialistischen Bedrohung zusammenzuarbeiten, und trat im September 1934 dem Völkerbund bei¹¹¹¹. Zum anderen konnten die Ereignisse in Österreich zu Beginn des Jahres 1934 auch dahingehend interpretiert werden, daß das Proletariat bereit sei, mit Waffengewalt gegen den Faschismus zu kämpfen. Parallel hierzu hatten sich in Frankreich die Beziehungen innerhalb der politischen Linken deutlich verbessert, und Ende Juli 1934 hatten Sozialisten und Kommunisten eine Vereinbarung für eine politische Aktionseinheit im Kampf gegen den Faschismus getroffen. Aufgrund dieser Erfah-

¹¹¹¹ Vgl. zum Paradigmenwechsel in der sowjetischen Außenpolitik vor allem D.S. McMurray: Deutschland und die Sowjetunion 1933-1936. Ideologie, Machtpolitik und Wirtschaftsbeziehungen, Köln-Wien 1979; und T. Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970.

rungen konnte auch in der ČSR wieder über Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nachgedacht werden. Denn nach dem sog. 'Röhm-Putsch' im Juni 1934 mußte auch den notorischsten Optimisten klar geworden sein, daß es wenig aussichtsreich war, weiterhin auf einen innenpolitischen Umschwung oder gar einen revolutionären Sturz des NS-Regimes zu hoffen. Schließlich begannen im Sommer 1934 innerhalb der Komintern die Diskussionen, die vor allem mit dem Namen Georgi M. Dimitroff verbunden waren und mehr Flexibilität in der Einheitsfronttaktik anmahnten sowie zu einer Umkehr im Verhältnis der Kommunisten zur Sozialdemokratie durch die Aufgabe der Sozialfaschismus-These rieten¹¹¹².

Ein treibendes Moment für die Veränderung des antifaschistischen Kurses der KPTsch stellte auf der innenpolitischen Bühne das Manifest der Tschechoslowakischen Schriftstellervereinigung dar. In ihm hatten tschechische und slowakische Schriftsteller aus unterschiedlichen politischen Lagern angesichts der deutschenfeindlichen Ausschreitungen im nationalistischen Kampf um die Zugehörigkeit der Insignien der Prager Karlsuniversität vom Herbst 1934 zum gemeinsamen Widerstand aller demokratischen Kräfte gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Kulturreaktion aufgerufen. Auf diese Weise trugen sie dazu bei, ein gewisses Solidaritätsgefühl unter den verschiedenen antifaschistischen Kräften in der politischen Szenerie der ČSR zu schaffen, das durchaus als Grundlage für eine gemeinsame politische Aktion hätte dienen können. Zumindest beeinflusste es den theoretischen Diskurs in den einzelnen Parteien¹¹¹³.

Entscheidend für den Erfolg der Šverma-Führung mußte aber die Frage sein, ob es ihr gelingen konnte, bei den beiden sozialdemokratischen Parteien den Eindruck zu erwecken, daß es sich hierbei nicht nur um eine neue taktische Variante der alten 'sektiererischen' Politik handelte, sondern tatsächlich um einen politischen Richtungswechsel. Am 15.7.1934 hatte sich die KPTsch nach 16 Monaten wieder mit einem Einheitsfrontangebot an die sozialistischen Parteien gewandt¹¹¹⁴. Im Gegensatz zu den Angeboten aus dem Jahr 1933 erklärte die Parteiführung nun aber, daß das Angebot zum einen ungeachtet seiner Ablehnung durch die sozialdemokratischen Parteivorstände bestehen bleibe und daß die KPTsch zum anderen gewillt sei, über einzelne inhaltliche Punkte zu verhandeln¹¹¹⁵. Es läßt sich also feststellen, daß die KPTsch bereits am Höhepunkt ihrer politischen Isolation dazu überging, eine flexiblere Taktik zu implementieren, welche die Diktatur des Proletariats nicht mehr rhetorisch in den Vordergrund rückte, sondern sich vielmehr darauf konzentrierte, einen gangbaren Weg zu einer revolutionären Politik zu finden. Um die Sozialdemokraten hierfür zu gewinnen, war es allerdings auch notwendig, sich ein neues Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat und zum tschechoslowakischen Nationalstaat zu

¹¹¹² Vgl. hierzu ausführlich Luks (1985), a.a.O., S. 174 ff.

¹¹¹³ Vgl. zum antifaschistischen Manifest der Schriftsteller besonders I. Pfaff: První protifašistický manifest českých intelektuálů, in: ČČH 91 (1993), S. 247-67; und Niklíček (1965), a.a.O., S. 78 ff.

¹¹¹⁴ Vgl. Gottwald: Spisy V, S. 287 ff.

¹¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 302. Vgl. auch den Kommentar V. Kopeckýs in: Rudé právo, 20.7.1934. Da sich das Politbüro schon vor den offiziellen Antworten der Sozialdemokraten und Nationalen Sozialisten entschloß, sich in einem weiteren offenen Brief an die sozialistischen Arbeiter zu wenden, kann davon ausgegangen werden, daß für die KPTsch-Führung alles andere als eine Ablehnung eine große Überraschung gewesen wäre. Protokoll der Sitzung des Politbüros v. 17.7.1934. SÚA. AÚD KSC, f. 19/5, a.j. 175, l. 3.

erarbeiten, die bisherigen Hegemonieansprüche in der zu bildenden antifaschistischen Einheitsfront zu revidieren und ideologisch auch andere gesellschaftliche und politische Ordnungsmodelle des Sozialismus zuzulassen, die nicht mit dem sowjetischen System identisch waren.

Hierfür bekam die Šverma-Führung auch von Gottwald Unterstützung, der sich innerhalb der Komintern dem Dimitroff-Flügel anschloß. Er reflektierte in seinem Moskauer Exil die bisherige enttäuschende Entwicklung der kommunistischen Politik in der ČSR und schrieb in einem Artikel im Oktober 1934, daß die Einheitsfronttaktik "kein Manöver darstellt, sondern daß es uns wahrhaftig um die Mobilisierung all derer geht, die gegen den Faschismus und die Angriffe des Kapitals kämpfen wollen"¹¹¹⁶. Er beschäftigte sich in diesem Artikel mit der Frage, warum es den Kommunisten bislang nicht gelungen war, wenigstens einen Teil der sozialdemokratischen Basis für die Einheitsfront zu gewinnen. Eine wesentliche Ursache sah er in der taktischen Bewegungslosigkeit der KPTsch, die allzu oft die politische Initiative den Sozialisten überließ und sich nicht in die Wünsche und das Denken der sozialdemokratischen Arbeiter einversetzen konnte. Das zweite Problem bestand für ihn in dem Umstand, daß sich die KPTsch zu sehr darauf verlassen hatte, daß der Verrat und der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Politik nach den Ereignissen in Deutschland und Österreich einem jeden Arbeiter offenkundig seien und schon reine Agitation ausreichen müßte, um die sozialdemokratischen Arbeiter aus ihrer Parteibindung zu lösen. Gottwald räumte ein, daß es zwar notwendig gewesen sei, den politischen Verrat der Sozialdemokraten aufzudecken, doch die kommunistische Taktik müsse sich von nun an vor allem auf konkrete politische Forderungen wie die Entwaffnung der faschistischen Organisationen oder den Schutz der politischen Freiheiten konzentrieren und dürfe sich nicht in "abstrakten Diskussionen über das Problem der bürgerlichen Demokratie und der Diktatur des Proletariats"¹¹¹⁷ verlieren. Als zweite Schlußfolgerung vertrat er die These, daß die Kommunisten nicht immer alle ihre politischen Ziele mit ihren jeweiligen Forderungen für die Einheitsfront verbinden sollten, um nicht abschreckend zu wirken, sondern daß die erhobenen Forderungen auch immer mit der jeweiligen Situation, in der sie gestellt werden, korrespondieren müßten. D.h. es müsse die Forderung nach Lohnerhöhungen nicht notwendigerweise mit der Forderung nach der Diktatur des Proletariats genannt werden. Um gegenüber der Sozialdemokratie bestehen und dann die Einheitsfront bilden zu können, bedürfe es argumentativer Klarheit, eines starken Auftretens und einer flexibleren Taktik. Nur so könne die sozialdemokratische Taktik durchkreuzt werden, die den Arbeitermassen mit einigem Erfolg verdeutlicht habe, es sei den Kommunisten egal, ob Masaryk oder Gajda regiere. "Die faschistische Diktatur in Deutschland und in Österreich erwuchs aus der bürgerlichen Demokratie. Deshalb kann der Kampf gegen die Gefahr einer faschistischen Diktatur nicht durch 'die Verteidigung der Demokratie' geführt werden, sondern nur als Kampf gegen alle Formen bürgerlicher Herrschaft. Das ist zweifellos eine wahre Formel, aber es ist – eine algebraische Formel. Wir haben in der Tschechoslowakei lange genug mit dieser Formel argumentiert, ohne daß wir unsere Aufmerksamkeit darauf gerichtet haben, sie jedem sozialdemokratischen Arbeiter begreifbar zu erklä-

¹¹¹⁶ Gottwald: Spisy VI, S. 32.

¹¹¹⁷ Ebd., S. 36.

ren."¹¹¹⁸ Es wird also deutlich, daß Gottwald unter flexiblerer Taktik hier sowohl eine überzeugendere und beweiskräftigere Argumentation für den kommunistischen Standpunkt als auch eine flexiblere Politik auf einer sich ständig verändernden Bewertung tagesaktueller Entwicklungen und einer differenzierteren Analyse der Beziehung zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur sowie einer Neubestimmung für den perspektivischen Kampf der kommunistischen Bewegung für die Errichtung des Sozialismus verstand.

Den wichtigsten Schritt für die politische Umsetzung dieser sich innerhalb der Komintern abzeichnenden Ideen und für die Reflexion der internationalen Ereignisse stellte die Resolution des X. Plenums des ZK der KPTsch Mitte November 1934 dar, die im wesentlichen von Jan Šverma konzipiert worden war. Sie brachte einen vollständigen Richtungswechsel der bisherigen Politik der KPTsch und ging weit über die von Gottwald und Dimitroff angestellten Überlegungen hinaus. In ihrer ursprünglichen Form war in der Resolution des X. Plenums die Parole von der Bildung einer 'Sozialistischen Kampfgemeinschaft für den Kampf gegen den Faschismus und das Erreichen des Sozialismus' ausgerufen worden. Damit verschrieb sich die KPTsch erstmals der Schaffung eines sozialistischen Blocks, der sofort zu errichten sei, ohne zuvor die sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Zielsetzung überzeugt zu haben. Der Kernpunkt dieses Vorschlages war die Ersetzung der derzeitigen Regierungskoalition durch eine Arbeiter- und Bauernregierung, bestehend aus der KPTsch, den drei sozialistischen Parteien und den Bauernorganisationen. Damit sollte die 'sozialistische Kampfgemeinschaft' eine Einheitsfront aller Parteien und politischen Organisationen in der ČSR bilden, die sich zum Antifaschismus und zum Sozialismus bekennen. Ihre politische Zielsetzung war also eng mit dem Kampf gegen den Faschismus verbunden und richtete sich gegen die bürgerliche Hegemonie im allgemeinen. Die einzelnen Etappen dieses Kampfes waren allerdings noch nicht so weit differenziert wie in den späteren Konzeptionen der Volksfrontregierung. Ein derartiges Bündnis sollte jedoch in der Lage sein, durch ein gemeinsames Vorgehen die drängenden sozialen und politischen Forderungen der Gesellschaft einzulösen, und es sollte damit eine Zwischenstufe auf dem Weg zum Sozialismus darstellen. Das Kalkül dieser Konzeption war darauf ausgerichtet, daß es der 'sozialistischen Kampfgemeinschaft' auf diese Weise gelingen sollte, auch die gesellschaftlichen Mittelschichten zu beeinflussen und über seine antifaschistische Ausrichtung von der Bourgeoisie abzutrennen. Auf dieser Grundlage war es vorgesehen, die politische Stellung der Bourgeoisie so weit zu schwächen, daß schließlich ein gemeinsamer Kampf zum Sturz des Kapitalismus entfacht werden könnte¹¹¹⁹.

Zum zentralen Problem wurde für die KPTsch-Führung damit die Frage, ob es möglich sei, den Faschismus in einer anderen Form als durch den unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats zu eliminieren. Insgesamt blieb in der Resolution zwar noch sehr vage, ob und inwieweit sich die Kommunisten bei der Verteidigung der demokratischen Republik engagieren

¹¹¹⁸ Ebd., S. 45.

¹¹¹⁹ Vgl. zu der Entwicklung und den politischen Inhalten der Resolution des X. Plenums vor allem Zd. Hradlák/J. Novák: Z bojů o nové pojetí protifašistické jednotné fronty. K historii a významu X. pléna ÚV KSČ v listopadu 1934, in: Příspěvky 5 (1965), S. 41-63; sowie im internationalen Kontext Hájek (1969), a.a.O., S. 238 ff.

wollten, und in ihr wurden die Organisationsform und die Funktionsweise der Arbeiter- und Bauernregierung nicht näher spezifiziert, doch sie gelangte immerhin zu der These, daß nicht die bürgerliche Demokratie und auch nicht die sie stützenden Sozialdemokraten der Hauptfeind im Kampf gegen den Faschismus seien. Vielmehr könnten neben den Sozialdemokraten auch bestimmte Teile des bürgerlich-demokratischen Lagers zu Verbündeten werden, so daß festgestellt werden kann, daß sich die KPTsch offensichtlich auch nicht länger als die einzige Widersacherin des Faschismus betrachtete. Die Sozialfaschismus-These war hiermit faktisch außer Kraft gesetzt worden. Ebenso wurde in der Verteidigung politischer Freiheiten im demokratischen Rechtsstaat keine Abweichung vom politischen Endziel gesehen. Die KPTsch vertrat zwar weiterhin die Ansicht, "daß die Gefahr des Faschismus nur durch den vereinigten Kampf des revolutionären Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie definitiv abgewehrt"¹¹²⁰ werden könnte, von der 'Diktatur des Proletariats' als einziger sozialistischer Herrschaftsform war jedoch an keiner Stelle der Resolution die Rede. Eine weitere Neuerung bestand in der Auffassung, daß es auf dem Weg zum Sozialismus auch Zwischenstufen geben könne. D.h. die von der KPTsch angestrebte Arbeiter- und Bauernregierung wurde als eine Organisationsform der antifaschistischen Einheitsfront und als politisches Instrument im revolutionären Klassenkampf betrachtet, aber keinesfalls als Synonym für die Diktatur des Proletariats. Mit diesen Thesen gab die KPTsch ihre bisherige politische Strategie und Taktik auf, die nach dem XIII. Plenum des EKKI vor allem zu einer selbstgerechten Verteidigung des dogmatischen Standpunktes der Komintern verkümmert war. Sie wurde mit der Resolution ihres X. Plenums wieder politisch aktiv, um ins Konzert der innenpolitischen Machtfaktoren in der ČSR zurückzukehren und die Sozialdemokraten mit einer erstmals politisch begründeten antifaschistischen Politikkonzeption aufzufordern, aus der bestehenden Regierungskoalition auszutreten.

In den Augen der Komintern ging eine derartige Konzeption jedoch eindeutig zu weit. Ende November 1934 nahm das politische Sekretariat des EKKI eine Resolution an, in der es feststellte, die KPTsch habe die "Einheitsfronttaktik kompromittiert" und drohe, "den grundlegenden Unterschied zwischen der Kommunistischen Partei und der Position der Sozialdemokratie"¹¹²¹ zu verwischen. Auch die These, daß eine militante Partnerschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung führen könnte, wurde als unvereinbar mit der Programmatik und der Taktik der Komintern bezeichnet. Schließlich wurde die Arbeiter- und Bauernregierung wieder als Synonym für die Diktatur des Proletariats gekennzeichnet, die ausschließlich durch einen gewaltsamen, revolutionären Akt unter Führung der KPTsch errichtet werden könnte.

Infolgedessen mußte die Resolution des X.Plenums, die bereits veröffentlicht worden war, zurückgenommen und korrigiert werden. In der zweiten Resolution fand sich zwar der Begriff der 'sozialistischen Kampfgemeinschaft' wieder, doch er stand nicht länger im Zusammenhang mit der Arbeiter- und Bauernregierung als ihrem politischen Ausgangspunkt, sondern wurde als Form der Einheitsfront 'von unten' verstanden. Neben der Massenmobilisierung wurde ihre

¹¹²⁰ Zit. nach Hradilák/Novák (1965), a.a.O., S. 53.

¹¹²¹ Zit. nach ebd., S. 59.

Hauptaufgabe erneut darin gesehen, die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß der reformistische Politikansatz nicht zum Kampf gegen Hunger und Faschismus geeignet sei. Weiterhin wurde der Kampf gegen den Faschismus wieder in ein deutliches Verhältnis zum Kampf um die Macht gestellt und betont, daß "sich der tatkräftige Kampf gegen den Faschismus nicht auf der Plattform der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, auf der Plattform der Illusionen über die bürgerliche Demokratie und in der Demokratisiertheit der bürgerlichen Parteien führen läßt, sondern nur auf der Plattform des Kampfes zum Sturz des ganzen kapitalistischen Systems, auf der Plattform für die proletarische Demokratie – für die Diktatur des Proletariats"¹¹²². Doch auch in der korrigierten Version machte das ZK der KPTsch deutlich, daß die nationalstaatliche Unabhängigkeit der ČSR keinen Gegenstand der Indifferenz für die Partei darstellen würde und daß der Faschismus als größte Gefahr hierfür zu betrachten sei.

Bei den tschechischen Sozialdemokraten lösten diese ersten programmatischen Revisionen bei der KPTsch und die Einheitsfrontdiskussionen auf internationaler Ebene im Herbst 1934 eine lebhaft geführte Debatte aus. Zu ihr wurde mit Stanislav Budín auch erstmalig ein Vertreter des Reformflügels eingeladen, um in der "Dělnická osvěta" den Standpunkt der KPTsch in der Einheitsfrontfrage zu erläutern. Budín betonte hierbei in einer ungewohnt moderaten Weise, daß aus Sicht der KPTsch derzeit lediglich ein gemeinsames Vorgehen von Kommunisten und Sozialdemokraten auf der Grundlage der Einheitsfrontpolitik möglich sei. Er lehnte den innerhalb der ČSD immer wieder vorgebrachten Vorschlag einer Rückkehr der Kommunisten unter das gemeinsame Dach einer sozialdemokratisch bestimmten Arbeiterpartei hingegen ab. Da die politischen und ideologischen Unterschiede zwischen beiden Flügeln der Arbeiterbewegung zu groß seien, werde es seiner Ansicht nach in absehbarer Zeit somit nicht zu einem neuen Einigungsparteitag nach dem Vorbild des Hainfelder Parteitags kommen. Dies solle Kommunisten und Sozialdemokraten jedoch nicht davon abhalten, dem Gebot der Stunde zu folgen und gemeinsam gegen die faschistische Bedrohung zu kämpfen¹¹²³.

Im Verlauf der Debatte vom Herbst 1934 wurde vor allem deutlich, daß die ČSD zum einen nicht gewillt war, sich in den Entscheidungen über ihre Parteistrategie von Außenstehenden beeinflussen zu lassen, und daß zum anderen der 1918 gefällte politische Grundsatz der Regierungsbeteiligung nicht zur Disposition stand. So strich z.B. Josef Stivín in einem Leitartikel im "Právo lidu" heraus, daß die SAI, in deren Reihen die ČSD als eine der entschiedensten Gegnerinnen der Einheitsfrontpolitik galt, nicht das Recht besitze, das Verhältnis ihrer Mitgliedsparteien zu den Kommunisten zu bestimmen¹¹²⁴. Sein Redaktionskollege Vladimír Görner verwehrte sich gegen die wohlgemeinten Belehrungen - vor allem seitens der österreichischen Exulanten in der ČSR – zu vermeintlichen Fehlern im politischen Kurs der ČSD. Vielmehr sei seiner Ansicht

¹¹²² Na obranu republiky proti fašismu a válce. Sborník dokumentů k dějinám KSČ v letech 1934-1938 a k VI., VII. a VIII. svazku spisů Klementa Gottwalda, Praha 1954, S. 25. Das Dokument ist ebenfalls erschienen in: Rundschau 3 (1934), S. 3081-87.

¹¹²³ Vgl. St. Budín: O některých námitkách proti jednotné frontě, in: Dělnická osvěta 20 (1934), S. 308-11. Demgegenüber stellten die Kommentare V. Kopeckys eine reine Polemik gegen die Sozialdemokraten dar. Rudé právo, 13.11.1934, 16.11.1934, 20.11.1934.

¹¹²⁴ "Dies ist ausschließlich unsere Sache, und niemand kann uns zwingen, den vor Gesundheit strotzenden Körper unserer Partei an den bolschewistischen Leichnam anzuhängen." Právo lidu, 21.10.1934.

nach "das Vorgehen der tschechoslowakischen, der holländischen, der schwedischen und der dänischen Sozialdemokraten das einzig Richtige und antwortet den Interessen der Arbeiterklasse"¹¹²⁵. Daneben zeigte sich Görner skeptisch in der prinzipiellen Frage nach der Übertragbarkeit von Einheitsfronterfahrungen aus anderen Ländern, in denen die sozialistischen Parteien nicht so lange an der Regierung beteiligt waren wie die ČSD und auch nicht über einen derart großen politischen Einfluß verfügten. Insbesondere das Scheitern der Sozialisten in Deutschland und Österreich verlief unter vollkommen anderen Begleitumständen als in der ČSR¹¹²⁶, so daß er zu dem Ergebnis kam, daß starke Kräfte in beiden Parteien nunmehr ihre politischen Niederlagen als ein Scheitern des Reformismus interpretierten und nur aus diesem Grund eine Rückkehr zu einer revolutionären Taktik verfolgten. Sie würden die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse als Voraussetzung hierfür sehen und strebten daher aus der Illegalität heraus die Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront an. Da weder die Legalität der ČSD verloren noch ihre reformistische Strategie gescheitert sei, könne diese Argumentation nicht als Vorbild für die tschechischen Sozialdemokraten dienen. Dies träfe seiner Ansicht nach auch auf die Versuche der zurückliegenden Monate zur Errichtung von Einheitsfronten in Belgien und Frankreich zu. In Belgien seien sie zum einen nur die Angelegenheit "der jungen Garde", zum anderen vollzögen sie sich unter ganz anderen Kräfteverhältnissen als in der ČSR, denn dort stünden 73 sozialistischen Abgeordneten nur drei kommunistische gegenüber. In Frankreich seien sie lediglich vor dem Hintergrund einer besonders starken organisatorischen Zersplitterung der politischen Linken möglich. Dies führte Görner zu vier Thesen: "1. Überall dort, wo die Kommunisten sich der Sozialdemokratie annähern, zersetzen sie diese. 2. Selbst sind sie nicht zu planmäßiger Arbeit fähig, um die Verluste der Sozialdemokratie auszugleichen. 3. Ein gemeinsames Vorgehen mit einer Partei, die eine Fürsprecherin der Diktatur ist, führt zur Fasisierung der Groß- und Kleinbourgeoisie. 4. Die Einheitsfront ruft Kräfte gegen sich selbst auf den Plan, die sie nicht beherrschen kann."¹¹²⁷ Andere Stimmen, die ebenfalls eine negative Haltung in der Frage einer proletarischen Einheitsfront vertraten, argumentierten realpolitisch. So machte Emanuel Švejda, ein Parteifunktionär aus Beroun, deutlich, daß sich seiner Meinung nach die Frage nach einem gemeinsamen Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten nicht stelle, solange die bestehende Regierungskoalition handlungsfähig sei, und daß die Diskussion hierüber lediglich ein Zeitverlust sei, wenn die KPTsch nicht ihre negative Einstellung zum Staat aufgebe. Denn die Bildung einer Einheitsfront würde den unmittelbaren Ausschluß der Sozialdemokraten aus der Regierung nach sich ziehen. Da der Faschismus in seinen Augen

¹¹²⁵ VI. Görner: Od dobrečkové politiky k jednotné fronty, in: Dělnická osvěta 20 (1934), 258-62, S. 262.

¹¹²⁶ Er benannte für die politische Niederlage der SPD folgende Gründe: 1. Die Verantwortung für die Kriegsniederlage wurde den Sozialdemokraten zugeschoben. 2. Es existierte in Deutschland ein monarchistischer Staatsapparat. 3. Es fehlte ein starker Wille der demokratischen Kräfte zur Machtausübung. 4. Die SPD beging bei der Auflösung der Weimarer Koalition einen unnötigen und schwerwiegenden taktischen Fehler. 5. eine "unsinnige Politik" der Kommunisten. Das Problem der österreichischen Sozialdemokratie bestand seiner Ansicht nach darin, daß sie dem neuen Staatswesen von Anbeginn an wenig Überlebenschancen eingeräumt und statt dessen den Anschluß an Deutschland gesucht hatte. "Das fehlende Interesse am Staat führte zum Desinteresse an seiner Verwaltung." Ebd. S. 260 f.

¹¹²⁷ Ebd., S. 262.

nur eine Reaktion auf den Kommunismus darstelle, würde sie eine bürgerlich-faschistische Front und die weitere Faschisierung der bürgerlichen Parteien zur Folge haben¹¹²⁸.

Auch diejenigen Autoren, die sich um eine ausgewogenere Sichtweise bemühten, kamen schließlich auf dieses Argument zurück. So vertrat Eugen Červinka die These, daß auf einer programmatischen und auf der Regierungsebene derzeit keine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten möglich und auch nicht wünschenswert sei. Angesichts der Bedrohung des Staates durch den Faschismus sei lediglich ein gemeinsames Vorgehen auf der Ebene der antifaschistischen Agitation denkbar¹¹²⁹. Jaroslav Štraus mahnte an, daß die politische Arbeiterbewegung in der ČSR ihre politische und organisatorische Desintegration schleunigst überwinden müsse, wolle sie nicht ein ähnliches Schicksal wie die Sozialisten in den Nachbarstaaten erleiden. Zugleich verwies er darauf, daß das Problem der Einheitsfront in der ČSR aufgrund der nationalen Gegensätze, der lange andauernden Feindschaft und der politischen und ideologischen Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie der unterschiedlichen Vorstellungen über die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung einer Einheitsfront derart kompliziert sei, daß es nicht nur von einem theoretischen Standpunkt aus gelöst werden könne. Er empfahl deshalb, sich zuerst mit konkreten taktischen Fragen der antifaschistischen Politik zu beschäftigen, bevor sich die Sozialisten auf ein gefährliches Spiel einließen, dessen Konsequenzen unkalkulierbar seien. Denkbar sei daher allenfalls, die Frage der Einheitsfront auf ein politisch eher neutrales Feld zu beschränken. Dies könnte z.B. im Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung bestehen¹¹³⁰. Jiří Franta betrachtete eine erste Phase der gedanklichen Annäherung zwischen beiden Flügeln der politischen Arbeiterbewegung als nunmehr abgeschlossen, so daß jetzt eine erste Bilanz gezogen werden könnte. Sollte die KPTsch ihren Plan einer Annäherung ernsthaft weiterverfolgen wollen, müßte sie jedoch mehrere Aspekte bedenken, die mit dem geforderten Regierungsaustritt verbunden wären. Erstens würde als nächster Schritt eine bürgerlich-national ausgerichtete und antisozialistisch agierende Beamtenregierung eingesetzt werden, die die vorhandenen Tendenzen zu ständisch oder gar faschistisch orientierten Lösungsmodellen sicherlich verstärkten. Zweitens würde ein Regierungsaustritt zu diesem Zeitpunkt die Chancen auf einen hohen Wahlerfolg der Sozialdemokraten deutlich schmälern. Beides könne jedoch nicht im Interesse der KPTsch sein. Da die Bildung einer Einheitsfront aus diesen Gründen nicht möglich sei, müsse der Inhalt der nächsten Phase des Dialogs der Abschluß eines Nichtangriffspaktes, damit keine der beiden Seiten unnötige Kräfte vergeude, sowie die Vorbereitung der politischen Voraussetzungen für parallele Aktionen zur Verteidigung der Demokratie sein. Würden Kommunisten und Sozialdemokraten diesen Umstand nicht begreifen, würden sie später unter verschärften innen- und außenpolitischen Bedingungen hierzu gezwungen sein¹¹³¹.

¹¹²⁸ Vgl. Em. Švejda: Socialistické sjednocení, in: *Dělnická osvěta* 20 (1934), S. 306-08.

¹¹²⁹ Vgl. E. Červinka: Společný postup socialistů a komunistů?, in: *Dělnická osvěta* 20 (1934), S. 344.

¹¹³⁰ Vgl. Jar. Štraus: Obtíže dělnického sjednocení v ČSR, in: *Dělnická osvěta* 20 (1934), S.302-06.

¹¹³¹ Vgl. J. Franta: K dalšímu vývoji diskuse o jednotné frontě, in: *Dělnická osvěta* 20 (1934), S. 345-47.

Innerhalb der DSAP gab es eine ganz ähnliche Einschätzung zur kommunistischen Einheitsfrontpolitik. Einmal mehr wird aber deutlich, daß der argumentative Ansatzpunkt ein anderer war als bei den Theoretikern der ČSD. Hofbauer bezog sich in seiner Behandlung der Einheitsfrontfrage nämlich nicht auf die Veränderungen in der antifaschistischen Taktik der KPTsch – auf diese ging er nicht einmal ein – , sondern er antwortete ausschließlich auf Vorwürfe österreichischer Exulanten, die sozialdemokratischen Parteien in der ČSR seien 'Rechtssozialisten', da sie sich gegen die Einheitsfrontangebote der Kommunisten aussprächen. Ähnlich wie Stivín und Görner argumentierte auch Hofbauer, daß sich die Erfahrungen und Notwendigkeiten der deutschen und österreichischen Sozialisten nicht auf die tschechoslowakischen Verhältnisse übertragen ließen. "Denn für die Genossen dieser Länder ist durch die – derzeitige – Vereinfachung des Problems die bejahende Antwort leichter als für die Genossen anderer Länder!"¹¹³² Die DSAP wünsche sich nichts sehnlicher als die Einheit der Arbeiterklasse, die 1920/21 von den Kommunisten zerstört worden sei, und sie habe in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, daß sie sowohl im außerparlamentarischen Bereich als auch in der Opposition sozialistische Politik zu betreiben verstehe. Doch wäre es "wahrhaft revolutionäre und sozialistische Politik, wenn die Sozialdemokraten der Tschechoslowakei selber dafür sorgten, daß alle staatliche Macht – in dieser Zeit! – in die Hände der Bourgeoisie käme, oder liegt es nicht vielmehr im Interesse des gesamten europäischen Sozialismus, daß wir durch die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Gruppen die tschechoslowakische Demokratie zu erhalten versuchen?"¹¹³³ Unter diesen Umständen dürfe nicht die Frage gestellt werden, ob die DSAP die Einheitsfront wolle, sondern sie müsse lauten, ob diese zum einen möglich und zum anderen im Interesse der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sinnvoll sei. Die Schlüsselprobleme hierfür werden nach Hofbauers Meinung einerseits die Einsicht sein, daß die sozialdemokratische Strategie der Regierungsbeziehung keinen Gesinnungskompromiß und damit keinen Verzicht auf sozialistische Endziele darstelle, und andererseits die Frage, ob die Kommunisten die Staatsform der bürgerlichen Demokratie anerkennen und bereit sein werden, auf das "Diktatur-Schlagwort" zu verzichten und die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Doch die Beantwortung dieser letzten zentralen Frage werde nicht von der KPTsch vorgenommen, sondern von der Komintern, die noch immer versuche, "die proletarische Politik aller Länder in das bolschewistische Prokustesbett"¹¹³⁴ zu zwängen.

Nachdem die Interventionen der Komintern einmal mehr die engen Grenzen einer möglichen taktischen Neuorientierung der KPTsch aufgezeigt hatten und an den überwiegend skeptischen Reaktionen der Sozialdemokraten deutlich geworden war, daß zunächst keine Fortschritte in der Einheitsfrontfrage zu erzielen waren, nutzte die Šverma-Führung die folgende Phase bis zum Sommer 1935 zur Konsolidierung ihrer parteieigenen Korporationen. Diese Parteiorganisationen, die sich im Jahr zuvor in die Halbbillegaltät zurückgezogen hatten, wurden aufgefordert, wieder politisch aktiv zu werden. Die Mitgliederbasis konnte schrittweise erweitert und der poli-

¹¹³² J. Hofbauer: Internationale und Einheitsfront, in: Der Kampf 1 (1934), 273-93, S. 276.

¹¹³³ Ebd., S. 275.

¹¹³⁴ Ebd., S. 278.

tische Einfluß unter allen Nationalitätengruppen – mit Ausnahme der Sudetendeutschen – ausgeweitet werden. Bei den Parlamentswahlen vom Mai 1935 konnte die KPTsch ihre Verluste aus dem Jahr 1929 wieder ausgleichen und erreichte mit einem Zuwachs von über 96.000 Stimmen eine Wählerzustimmung von 10,3%¹¹³⁵.

Diese Erfolge waren nur möglich geworden, da sich die KPTsch um eine andere Art der Vermittlung ihrer politischen Inhalte bemüht hatte. So traten in der offiziellen Rhetorik zunehmend partielle, weniger radikal formulierte Lösungsmodelle an die Stelle der bolschewistischen Alternative zum Kapitalismus. Die KPTsch sah zwar weiterhin tiefgreifende Einschnitte in die strukturelle Entwicklung der tschechoslowakischen Gesellschaft vor, jedoch sollten diese den Eindruck vermitteln, auch ohne den unmittelbaren Umsturz der sozialen und politischen Ordnung realisierbar zu sein. Auf diese Weise sollte die Partei in die Lage versetzt werden, sich aus ihrer bislang defensiven Situation zu befreien und die notwendigen politischen Kräfte sammeln zu können, um schließlich einen wirklich offensiven Kampf zu beginnen.

Eine zweite Voraussetzung für die Konsolidierung der KPTsch bildete die Einsicht der Parteiführung, eine neue Position in der Frage der Sicherheit und Souveränität der unabhängigen ČSR formulieren zu müssen, wie dies bereits in der ersten Resolution des X. Plenums angeklungen war. Hierzu mußte die Partei einen Weg finden, mit dem Patriotismus und den begründeten Ängsten der Tschechen vor der nationalsozialistischen Aggression umzugehen, der sich zudem mit der offiziellen Haltung der Kommunisten zur Nationalitätenfrage, wie sie vom VI. Weltkongreß der Komintern vorgegeben und auf dem VI. Parteitag der KPTsch im März 1931 festgelegt worden war, programmatisch vereinbaren ließ. Denn zu Beginn der dreißiger Jahre hatte sich die KPTsch politisch auf die nationalen Minderheiten konzentriert, die ČSR 1929 als einen "Völkerkerker"¹¹³⁶ bezeichnet und demzufolge das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis zur territorialen Abtrennung gefordert, was zwangsläufig die Perspektive einer Zerstörung der Staates einschloß¹¹³⁷. Diese negativistische Haltung basierte auf dem Kalkül, unter den nationalen Minderheiten infolge der sozioökonomischen Krisenerscheinungen und der subjektiv als nationale Unterdrückung empfundenen Alltagserfahrungen ein explosiveres revolutionäres Potential zu finden als bei den Tschechen¹¹³⁸. Hinzu kam, daß aufgrund der Sozialstruktur unter der tschechischen Arbeiterschaft der Anteil an Facharbeitern deutlich überwog, die national be-

¹¹³⁵ Vgl. Statistisches Jahrbuch (1934), S. 266 und (1937), S. 279.

¹¹³⁶ Gottwald: Spisy II, S. 245.

¹¹³⁷ So erklärte Kopecký am 27.3.1931 im Abgeordnetenhaus: "Wir tschechischen Kommunisten ... erklären ... , daß wir ... das Selbstbestimmungsrecht bis zur Abtrennung der vom tschechischen Imperialismus unterdrückten Teile des deutschen Volkes bis zur letzten Konsequenz wahren und durchsetzen wollen. Wir erklären weiter, daß wir in gleicher Entschlossenheit das Recht schützen und durchsetzen werden, alle Teile des deutschen Volkes in einem Staat zu vereinigen." Zit. nach Habel (1984), a.a.O., S. 177.

¹¹³⁸ Diese Taktik basierte auf der Annahme, daß auch die nationale Frage Teil der sozialen Frage sei und somit erst nach dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Sozialismus gelöst werden könne. "Die nationale Unterdrückung ist ihrem Wesen nach eine besondere Form der sozialen Unterdrückung, und somit ist auch die nationale Frage ihrem Wesen nach eine soziale Frage." P. Reimann: Grundfragen des Marxismus-Leninismus, 2 Bde., Prag 1932, Bd. 2, S. 118. Für die Implementierung der revolutionären Minderheitenstrategie in das Kominternprogramm auf dem VI. Weltkongreß vgl. G.W. Strobel: Nationalitätenprobleme in Ostmitteleuropa, Räte-Großdeutschland und Grenzfragen als Mittel kommunistischer Revolutionsstrategie, in: H. Hecker/S. Spieler (Hrsg.): Nationales Selbstverständnis und politische Ordnung. Abgrenzungen und Zusammenleben in Ost-Mitteleuropa bis zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991, 113-73, S. 140 ff.

wuß und politisch an die ČSD gebunden und somit im Rahmen der Wirtschaftskämpfe kaum zu erreichen waren. Mit dieser negativistischen Konzeption und der Instrumentalisierung der sudetendeutschen Problematik in der revolutionären Gesamtstrategie ging die KPTsch folglich noch einen Schritt weiter als der radikale Nationalismus, der die Existenz eines tschechoslowakischen Nationalstaates niemals grundsätzlich infrage stellte. Diese Haltung bewirkte zum einen die Isolierung der Kommunisten vom politischen Lager der Tschechen. Zum anderen bewegte sich die KPTsch aber auch losgelöst von den Alltagsproblemen der nationalen Minderheiten, so daß es nicht verwundert, daß die Partei trotz ihrer nationalistischen Rhetorik insbesondere unter der sudetendeutschen Minderheit ihre politische Position nicht weiter ausbauen konnte, sondern infolge der reichsdeutschen Entwicklung Boden an die SHF/SdP verlor.

Diese Einsicht beförderte bei der Šverma-Führung die Überzeugung, auch dem tschechischen Patriotismus ein überzeugendes Politikprogramm anbieten zu müssen, das sich von der Leninschen Konzeption unterscheiden sollte, wonach die eigene Regierung im Falle eines imperialistischen Krieges durch einen revolutionären Akt zu stürzen sei. Deshalb kann schon die erste Variante der Resolution des X. Plenums als ein Versuch verstanden werden, auch die nationalen und demokratischen Zielsetzungen, die mit dem antifaschistischen Kampf verbunden waren, als einen revolutionären Faktor zu begreifen. Solange die Komintern an ihrer Position festhielt, der Nationalsozialismus in Deutschland werde durch eine sozialistische Revolution beseitigt werden, hatten derartige Überlegungen jedoch wenig Aussicht auf eine nachhaltige Resonanz und Durchsetzbarkeit. So wurde in der überarbeiteten Resolution des X. Plenums festgeschrieben, die KPTsch solle in den Minderheitsgebieten auch weiterhin mit der Parole vom "Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Lostrennung" agieren und für eine Lösung der drängenden nationalpolitischen Forderungen eintreten. Im Gegensatz zu früheren Positionen sollte die KPTsch aber jetzt darauf verweisen, "daß der Erfolg dieses Kampfes in erster Linie von dem engen Bündnis der unterdrückten Nationen mit den werktätigen Massen der tschechischen Nation abhängt. Gleichzeitig müssen die Kommunisten mit aller Entschiedenheit gegen alle Versuche auf sofortigen Anschluß der Gebiete der unterdrückten Nationen an Deutschland, Polen und Ungarn auftreten. Sie müssen zeigen, daß diese Bestrebungen der Exponenten des deutschen, ungarischen und polnischen Imperialismus nichts Gemeinsames mit der nationalen Befreiung der unterdrückten Nationen haben, sondern daß ihre Verwirklichung in der heutigen Situation bedeuten würde, das werktätige Volk dieser Gebiete dem deutschen, ungarischen und polnischen Faschismus auszuliefern." Im Gegenzug müsse den tschechischen Arbeitern dargelegt werden, daß die existierende nationale Unterdrückung lediglich ein "unwürdiges Werkzeug" in den Händen der faschistischen Bourgeoisie sei, mit dem der revolutionäre Klassenkampf unterdrückt und der Boden für den Irredentismus bereitet werde. Hiergegen könne nur die Teilnahme des tschechischen Proletariats am internationalistisch organisierten Kampf gegen den "nationalen Chauvinismus" weiterhelfen. Einschränkend mußte jedoch hinzugefügt werden, nur "die Regierung der Sowjets gibt allen Nationen das Selbstbestimmungsrecht und schafft so das brüderliche Bündnis aller befreiten Nationen. Nur sie ist die Garantie der Selbständigkeit der tschechischen Nation. Nur sie gibt die Möglichkeit der breitesten kulturellen Entfaltung des

tschechischen Volkes."¹¹³⁹ Im Februar 1935 beschloß das Politbüro der KPTsch, die Einheitsfrontkampagne im tschechischen und im deutschen Sprachgebiet mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu führen und zu intensivieren¹¹⁴⁰. Anlässlich der parlamentarischen Aussprache zur Regierungserklärung vom 19.5.1935 erklärte Šverma dann bereits, daß die bürgerliche Demokratie nach Ansicht der Kommunisten die beste Staatsform im Kapitalismus sei, da sie es erlaube, den revolutionären Klassenkampf zu organisieren. Aus diesem Grund – so die Ankündigung – werde die KPTsch alle Maßnahmen unterstützen, die sich gegen den Faschismus richten¹¹⁴¹. Diese Haltung bestätigte Šverma im Juli 1935 noch einmal in einem von ihm unterzeichneten Flugblatt¹¹⁴². Der Eintritt in eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien wurde zu diesem Zeitpunkt aber noch strikt abgelehnt, wie Šmeral am 24.6.1935 im Senat deutlich machte¹¹⁴³. Trotz ihrer stalinistischen Rhetorik wird an diesen Positionierungen deutlich, daß sich der Fokus der kommunistischen Politik der tschechischen Problematik zuwandte, deren zentrale Frage die nationalstaatliche Unabhängigkeit der ČSR darstellte. Um sich hiermit nicht dem Verdacht auszusetzen, als Verteidiger der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung identifiziert werden zu können, vermied es die Šverma-Führung aber zunächst, einen explizit positiven Standpunkt zur militärischen Landesverteidigung einzunehmen.

Eine politische Verstärkung erfuhren diese Tendenzen innerhalb der KPTsch mit dem VII. Weltkongreß im Juli und August 1935, auf dem sich die Komintern auf der Grundlage der Realisierung des ungebremsten Aufstiegs faschistischer Parteien in Europa und einer subjektiv empfundenen Verbesserung der Beziehung zu den Sozialdemokraten entschloß, ihre Taktik mit den politischen Rahmenbedingungen des antifaschistischen Kampfes abzugleichen. Die Verabschiedung des Konzepts der Einheits- und Volksfrontregierung stellte eine Wiederbelebung der Einheitsfrontpolitik der frühen zwanziger Jahre dar. In die Volksfront, deren Basis die proletarische Einheitsfront bilden sollte, müßten alle werktätigen Bevölkerungsschichten und politischen Kräfte integriert werden, deren politische Vorstellungen sich mit den antifaschistischen und antiimperialistischen Interessen des Proletariats deckten. Eine solche Volksfrontregierung würde zwar wichtige Maßnahmen zur Sicherung demokratischer Freiheiten gegen den Faschismus und gegen einen weiteren Sozialabbau einleiten. Als eine Regierung vor der Räterevolution seien dies jedoch keine sozialistischen Maßnahmen, so daß die Kommunisten ihre Volksfrontangebote auch nicht mit der Perspektive eines gemeinsamen Kampfes für den Sozialismus verbinden müßten. Folglich konnten die potentiellen Partner einer Volksfront aber auch nur temporäre Verbündete auf dem nächsten Schritt zur sozialistischen Revolution sein. Auf dem Kongreß wurde die These vertreten, daß die Sozialdemokraten in einigen europäischen Staaten nicht länger als Hauptstützen der bürgerlichen Herrschaft zu betrachten seien, und damit die Sozialfa-

¹¹³⁹ Rundschau 3 (1934), S. 3085 f.

¹¹⁴⁰ Protokoll der Sitzung des Politbüros v. 21.2.1935. SÚA. AÚD KSCĚ, f. 19/5, a.j. 182, l. 5.

¹¹⁴¹ Vgl. Klepetář (1937), a.a.O., S. 385.

¹¹⁴² SÚA. AÚD KSCĚ, f. 54, a.j. 17, l. 63-71.

¹¹⁴³ Rudé právo, 27.6.1935. Vgl. auch die Wahlkampfreden Bruno Köhlers, in: Rote Fahne, 28.5.1935; und Šverma vertrat die These, daß ein Regierungseintritt der KPTsch in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien im Gegenteil die politische Position des Proletariats verschlechtern würde. Rudé právo, 17.9.1935.

schismus-These außer Kraft gesetzt. Der VII. Weltkongreß forderte deshalb seine Sektionen auf, sich auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen um gemeinsame Aktionen mit allen als antifaschistisch eingeschätzten Organisationen zu bemühen. Hierbei könne es sich sowohl um kurze Aktionen als auch – wie bei der Bildung der Volksfront in Frankreich im Juli 1935 – um langfristig angelegte Vereinbarungen handeln. Weiterhin sollten die Sozialdemokraten in den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt waren, nicht mehr zum Regierungsaustritt als Voraussetzung für die angestrebte politische Zusammenarbeit aufgefordert werden. Die politisch-ideologische Grundlage für diese Veränderungen bildete eine Relativierung der Beziehung zur bürgerlichen Demokratie, welche die bislang proklamierte Gleichsetzung mit dem Faschismus aufgab und statt dessen die Bedeutung politischer Freiheiten für den Klassenkampf und den antifaschistischen Kampf hervorhob, und die kommunistischen Parteien wurden für den Fall des Ausbruchs eines imperialistischen Krieges aufgefordert, für die nationalstaatliche Unabhängigkeit einzutreten. Obwohl die Komintern hierdurch ihre taktischen Spielräume im antifaschistischen Kampf deutlich erweitern konnte, hielt sie an der Faschismusdefinition des XIII. Plenums des EKKI fest und bezeichnete den Faschismus damit weiterhin als unmittelbare Macht des Finanzkapitals, der einen Rachezug gegen das Proletariat führe. Auf der Grundlage dieser Definition verkannte die Komintern noch immer die politische Selbständigkeit des Faschismus¹¹⁴⁴.

Bei den Sozialdemokraten herrschte eine verbreitete Verunsicherung und Ungläubigkeit, ob es sich bei den Thesen des VII. Weltkongresses um eine ernsthafte Bemühung der Komintern handelte, das Verhältnis von Demokratie und Kommunismus neu zu definieren, oder ob der alte Glaube an das sowjetische Modell des Sozialismus auch weiterhin für die Politik der einzelnen Sektionen bestimmend bleiben würde. Da der Kongreß im Machtsystem des Stalinismus gleichzeitig auch eine Huldigung an den 'Führer' der kommunistischen Weltbewegung darstellte, waren die Zweifel derjenigen berechtigt, die die Frage aufwarfen, ob die Komintern mit den Ergebnissen des VII. Weltkongresses nicht nur zu den zurückliegenden Veränderungen der sowjetischen Außenpolitik aufholte und bei veränderten weltpolitischen Verhältnissen nicht wieder einen Rückzug auf alte Positionen vornehmen werde¹¹⁴⁵. Während - wie *Niklíček* und *Hrbata* zeigen - bei der Mitgliederbasis der sozialdemokratischen Parteien infolge des VII. Weltkongresses eine gestiegene Bereitschaft festzustellen war, erneut Versuche in Richtung einer Wiederherstellung der organisatorischen und politischen Einheit der Arbeiterklasse zu unternehmen, was sich nicht zuletzt an den zahlreichen gemeinsamen antifaschistischen Kundgebungen und Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten im September und Oktober 1935 ausmachen läßt, gab es in der ČSD-Führung eine sehr unterschiedliche Rezeption und Interpretation der Veränderungen: Rudolf Bechnyně zeigte in einem Beitrag in der "Přítomnost" vom 2.10.1935 eine unumschränkt ablehnende Haltung zu den kommunistischen Angeboten und bezweifelte, daß sich das Land mit einer Einheits- und Volksfront regieren ließe. Daher bekräf-

¹¹⁴⁴ Vgl. zur Einordnung des VII. Weltkongresses in die Diskussionen der Komintern um ihren Faschismusbegriff und die Einheitsfronttaktik besonders Luks (1985), a.a.O., S. 174 ff.; und Hájek (1969), a.a.O., S. 248 ff.

¹¹⁴⁵ Vgl. zur Rezeption des VII. Weltkongresses in der SAI z.B. Hájek (1969), a.a.O., S. 260 f.

tigte er die Notwendigkeit, auch weiterhin mit der Agrarpartei zusammenzuarbeiten. Denn nur so lasse sich die Demokratie verteidigen und die Ausbreitung des Faschismus in der ČSR eindämmen. Auch Antonín Hampl wandte sich gegen die Aktionseinheit, erneuerte jedoch im Herbst 1935 sein Angebot, die KPTsch möge sich organisatorisch wieder der sozialdemokratischen Partei anschließen. Und die Intellektuellen rieten einmütig zu einer abwartenden Haltung, da sich erst herausstellen müsse, wie die Umsetzung der neuen Politik in der Praxis aussehen werde¹¹⁴⁶.

Für den DSAP-Vorstand führte Robert Wiener im November 1935 aus, daß die sudeten-deutschen Sozialdemokraten nicht der Ansicht seien, die Ergebnisse des VII. Welkongresses seien ein taktisches Manöver, sowie sie auch von der Nachhaltigkeit des außenpolitischen Kurswechsels der UdSSR überzeugt seien. Wiener äußerte jedoch Zweifel an der Aufrichtigkeit der Politik der KPTsch, der es seiner Meinung nach noch immer darum gehe, ihre politische Position auf Kosten der Sozialdemokraten auszubauen¹¹⁴⁷. Entscheidend war für ihn jedoch, daß die kommunistische Auffassung der Einheits- und Volksfrontpolitik an den tatsächlichen Problemen in der ČSR vorbeigehe. So setze die KPTsch derzeit alles daran, die politische Öffentlichkeit von der Einheit der Arbeiterklasse zu überzeugen, sie umgehe aber nach wie vor die Notwendigkeit, sich mit der Sozialdemokratie über zentrale Fragen der politischen Taktik zu verständigen¹¹⁴⁸. Nach Wieners Ansicht bestünden jedoch nur wenige Anhaltspunkte, in der ČSR zu einer derartigen Übereinkunft zu kommen, so daß das französische Modell hier keine Aussicht auf Erfolg haben könnte. Dies liege zum einen an der ideologischen, organisatorischen und nationalen Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung sowie der Gewerkschaften, die ein elementares Hindernis auf dem Weg zur Aktionseinheit darstelle. Zum anderen habe der VII. Weltkongreß die kommunistischen Sektionen angewiesen, die sozialdemokratische Taktik der Regierungsbeteiligung auch weiterhin als Betrug an den politischen und sozialen Interessen des Proletariats zu entlarven. "Während die Kommunisten in Frankreich in die Koalition drängen, haben die Kommunisten in der Tschechoslowakei den Wunsch, die Sozialdemokratie aus der Koalition hinauszumanövrieren. Die Sozialdemokratie muß aber, im Interesse der Demokratie, sich gegen alles wehren, was ihre Stellung in der Koalition gefährden oder schwächen könnte. Welchen Sinn hat es also, über Aktionseinheit zu reden, solange der angestrebte Zweck der Aktion für jeden Partner ein gegensätzlicher ist ... Dienen wir Sozialdemokraten der wahren Einheit des Proletariats nicht viel besser, wenn wir die wirklichen Probleme aufzeigen und die Voraussetzungen der politischen Geschlossenheit suchen, als die Kommunisten, die nur darauf aus sind, eine nicht bestehende Einheit vorzutäuschen?"¹¹⁴⁹

¹¹⁴⁶ Vgl. Niklíček (1969), a.a.O., S. 130 f.; ders. (1965), a.a.O., S. 100 ff.; und Hrbata/Niklíček (1965), a.a.O., S. 675 f.

¹¹⁴⁷ "Das ist kein Dienst am Proletariat und kein Schutz der Demokratie. Das ist das alte kommunistische Parteimanöver." R. Wiener: Voraussetzungen der proletarischen Einheit, in: Der Kampf 2 (1935), 495-500, S. 499.

¹¹⁴⁸ "Solange Sozialdemokraten und Kommunisten Verschiedenes wollen oder das gemeinsame Ziel auf verschiedenen Wegen erreichen wollen, hat es wenig Sinn und keine Wirkung nach außen, wenn sie in einem Saal sitzen oder auf der gleichen Straße marschieren." Ebd., S. 496.

¹¹⁴⁹ Ebd., S. 499.

Doch auch vielen Kommunisten war im Sommer 1935 nicht klar, ob es sich bei den Ergebnissen des VII. Weltkongresses tatsächlich um eine neue Politik handelte oder lediglich um einen zeitlich begrenzten Rückzug von der früheren Konzeption, die mit Stalins These von der 'dritten Periode' in der Entwicklung des Kapitalismus verbunden war, und somit nur eine veränderte Variante der alten Politik darstellte. Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß sich der Politikwechsel innerhalb Komintern verhältnismäßig schnell vollzog und eine grundlegende Kritik am bisherigen taktischen und strategischen Kurs weitgehend ausblieb. Er wurde nur als eine Änderung der kommunistischen Taktik deklariert, und nicht als ein Strategiewechsel¹¹⁵⁰. Die Reformkräfte innerhalb der KPTsch verstanden den VII. Weltkongreß jedoch als Startschuß, um den Kontakt und die Zusammenarbeit mit allen Parteien und Gruppierungen zu suchen, denen es nach ihrer Einschätzung ernsthaft um die Verteidigung der ČSR vor der inneren und äußeren Bedrohung durch den Faschismus ging. Ihnen mußte vermittelt werden, daß sich mit dem Paradigmenwechsel zur Einheits- und Volksfrontpolitik auch die kommunistische Einstellung zur bürgerlichen Demokratie geändert habe und die KPTsch nun eine primär auf den Staats- und Systemerhalt ausgerichtete Politik betreiben werde¹¹⁵¹. Daß es die Šverma-Führung mit dieser Absicht durchaus ernst meinte, zeigte sich bereits im Oktober 1935 während der Reichskonferenz der Roten Gewerkschaften, als eine von Zápotocký initiierte Resolution angenommen wurde, die sich für einen politischen Zusammenschluß aller antifaschistisch eingestellten Gewerkschaften ohne politische Vorbedingungen aussprach¹¹⁵².

Um die Beschlüsse des VII. Weltkongresses programmatisch und ideologisch angemessen auf die politische Situation in der ČSR umzusetzen, richtete die KPTsch mit der Zeitschrift "Plamen" ein neues theoretisches Organ ein, das im November und Dezember 1935 in zwei Ausgaben erschien. Im Einführungsartikel zu dieser Zeitschrift griff Šverma den Leitgedanken des VII. Weltkongresses auf und schrieb, daß in der aktuellen Situation die Hauptaufgabe der KPTsch darin bestehe, die ČSR gegen die Angriffe des Faschismus zu verteidigen. Um dem weiteren Diskussionsprozeß die Richtung zu weisen, führte er aus, "die Lösung der großen Aufgaben, die vor uns liegen, wird nicht und kann nicht durch einfache Formulierungen, durch die Wiederholung von Entschließungen und Resolutionen zu bewältigen sein. Die Partei muß heute eine mutige Tagespolitik betreiben, um als aktiver Faktor in den bewegten Strom der Ereignisse einzugreifen, um in jedem Augenblick mit dem Grad des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen zu rechnen und sich mit ihnen verbünden zu können, um imstande zu sein, die ganze Kraft der werktätigen Bevölkerung gegen den Hauptfeind zu konzentrieren – gegen den heimischen und den ausländischen Faschismus."¹¹⁵³ Daran wird deutlich, daß sich Šverma darüber im klaren war, daß nunmehr Konsequenzen aus der bisherigen Erfolglosigkeit gezogen und die

¹¹⁵⁰ Vgl. Hájek (1969), a.a.O., S. 254 ff.

¹¹⁵¹ Vgl. z.B. die Rede Slánskýs auf einer KPTsch-Kundgebung am 6.9.1935 in: Rudé právo, 8.9.1935; oder den Kommentar Švermas in: Rudé právo, 17.9.1935. Nach Angaben Švermas kam es Ende September auch zu ersten Kontakten mit der ČSD und zu Sondierungsgesprächen mit Hampl. Rudé právo, 24.9.1935.

¹¹⁵² Vgl. Zd. Hradilák: Odborová otázka v boji KSČ za jednotnou a lidovou frontu, in: Příspěvky 2 (1962), 43-71, S. 51 ff. .

¹¹⁵³ J. Šverma: Před sjezdem naší strany, in: Plamen 1 (1935), H.1, 3-4, S. 3.

neue Linie der Komintern konsequent in praktische Politik umgesetzt werden mußte, um nicht noch ein weiteres Mal in propagandistischen Reden zu verpuffen. Die Grundvoraussetzung für diesen Kampf bestehe nach seiner Ansicht nach wie vor in der Vereinigung der Arbeiterklasse unter den schwierigen historischen Bedingungen der langen Spaltung der Arbeiterbewegung und der langen Regierungszeit der Sozialdemokraten. Doch nur durch die Errichtung der proletarischen Einheitsfront werde es gelingen, das Proletariat in der ČSR wieder zu einem schlagkräftigen Faktor gegen den Faschismus zu machen. Die zweite Voraussetzung bestehe darin, weitere Verbündete für den antifaschistischen Kampf zu finden. Šverma gab zu bedenken, daß die KPTsch gerade in dieser Frage die größten Schwächen aufweise und daß die bloße Propagierung der Volksfront nicht ausreichen werde, den Einfluß auf die Mittelschichten auszuweiten. Doch eben von der Bewältigung dieses Problems werde der Erfolg oder Mißerfolg der antifaschistischen Politik abhängen. Und schließlich bedeute Kampf gegen den Faschismus in der ČSR auch eine gerechte Lösung der nationalen Frage. Die KPTsch müsse sich darüber im klaren sein, "daß proletarischer Internationalismus nicht nationalen Nihilismus bedeutet und daß die Arbeiterklasse, die einzige Trägerin einer Zukunft für alle Nationen, sich lebhaft und tagtäglich für alle nationalen Fragen interessieren und sie klar und konkret beantworten muß ... Wir treten nicht von unserem Grundsatz des Rechts auf nationale Selbstbestimmung zurück, wir müssen ihm [aber] einen neuen, konkreten Inhalt geben. Wir müssen dem werktätigen Volk der unterdrückten Nationen klar zeigen, daß der Kampf für die Verteidigung der heutigen Tschechoslowakei gegen den ausländischen Faschismus im Interesse aller Nationen der Tschechoslowakei geführt wird, und die Betonung auf den Kampf für konkrete nationale Rechte dieser Nationen legen, auf den Kampf für die Gleichberechtigung aller Nationen in der Tschechoslowakei."¹¹⁵⁴

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde die zentrale Bedeutung für den Erfolg der kommunistischen Taktik dem Verhältnis der KPTsch zu den beiden sozialdemokratischen Parteien beigemessen. Deshalb bemühten sich die Parteitheoretiker um ein neues Verständnis der Beziehung zu den Sozialdemokraten, das der konkreten politischen Situation in der ČSR entsprechen sollte. Zwar wurde der Reformismus auch weiterhin als eine grundsätzlich falsche Strategie für die politische Arbeiterbewegung kritisiert und die politischen Endziele des Kommunismus, die nach wie vor in der sowjetischen Form der Diktatur des Proletariats bestanden, wurden im Dialog mit den Sozialdemokraten keineswegs versteckt, doch es ist auffällig, daß die politisch-programmatischen Positionen und die ideologischen Überzeugungen der Sozialdemokraten erstmals als Tatsache akzeptiert und als Ausgangspunkt für die angestrebte Annäherung der Parteien herangezogen wurden. Demnach sollte die weitere Entwicklung zeigen, wer von beiden Recht behalten sollte, so daß die entscheidenden Gespräche über den Sozialismus auf den Zeitpunkt zu vertagen seien, wenn das Proletariat unter dem Führungsmonopol der Kommunisten die politische Macht in der ČSR übernommen habe. Um hierhin zu gelangen, sei eine auf Teillösungen ausgerichtete Politik durchaus adäquat. Wie Stanislav Budín in einem Leitartikel im

¹¹⁵⁴ Ebd., S. 3 f.

"Rudé právo" über die sozialdemokratische Einstellung zur kommunistischen Politik deutlich machte, bestünde vor dem Hintergrund der zurückliegenden negativen Erfahrungen mit der sektiererischen Politik der KPTsch die wichtigste Aufgabe der Kommunisten nunmehr darin, offen auf die sozialdemokratischen Parteiführungen zuzugehen. Nur so bestehe die Hoffnung, daß sie ihre bisherige ablehnende Haltung gegenüber der KPTsch aufgeben und daß aus ihren Reihen vielleicht ein tschechischer Léon Blum hervorgehe¹¹⁵⁵. Die bisherige Erfolglosigkeit der sozialdemokratischen Antikrisenstrategie reflektierend, kritisierte Budín an anderer Stelle, die ČSD-Führung müsse endlich realisieren, daß das von ihr seit den zwanziger Jahren verfolgte Konzept der 'Wirtschaftsdemokratie' in eine politische Sackgasse geführt habe. Mit der auf klassenfriedliche Integration ausgerichteten Politik lasse sich keines der sozioökonomischen Probleme des tschechoslowakischen Proletariats lösen. Ebenso lasse sich die ČSR nicht durch eine Zusammenarbeit mit der tschechischen Reaktion gegen die faschistische Aggression verteidigen¹¹⁵⁶.

Die fundierteste Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Haltung gegenüber der KPTsch lieferte Rudolf Slánský. Er richtete in einem Artikel vom November 1935 sein Hauptaugenmerk auf die Forderung Antonín Hampls nach Rückkehr der Kommunisten unter das gemeinsame Dach einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei, um hierdurch den Einfluß der Arbeiterklasse in der Regierung zu erhöhen. Hierauf reagierte Slánský mit den bereits bekannten Argumenten von den bestehenden starken Gegensätzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Deren Überwindung könne sich nur durch eine Annäherung in Form gemeinsamer Aktionen vollziehen. Er erweiterte jedoch den oben erwähnten Beschluß der Roten Gewerkschaften mit dem Angebot einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Anders als bei den Arbeiterparteien sei in der Gewerkschaftsbewegung hierfür keine Übereinstimmung in programmatischen Fragen notwendig. Die einheitliche Gewerkschaftsorganisation solle keiner Partei unterstehen, sondern ihre Arbeit vollständig auf Arbeitnehmerfragen konzentrieren. Gegenüber dem zweiten zentralen Argument der Sozialdemokraten, die KPTsch solle in die Regierung eintreten, um dadurch ihre demokratische Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen, begegnete Slánský mit der These, die KPTsch würde dies umgehend tun, wenn sich hierdurch der Faschismus abwehren ließe. "Die Kommunisten sind auch während der Dauer der kapitalistischen Ordnung bereit, sich an der Regierung zu beteiligen. Aber nicht an jeder Regierung. Sie sind bereit, sich an solch einer Regierung zu beteiligen, die dem Volk wirklich helfen könnte, der ausreichende Kräfte zur Verfügung stehen, die Lasten auf die Reichen abzuwälzen, das Diktat der 'Nebenregierung' der Banken und Kartelle zu brechen [und] die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten zu heben, die energische Maßnahmen gegen die Reaktion und den Faschismus durchführen würde, welche die tatsächliche, d.h. antifaschistische Abwehrkraft des Volkes erhöhen würden, die sich dabei auf die Vereinheitlichung der Kräfte des Volkes stützen würde."¹¹⁵⁷ Es steht außer Zweifel, daß Slánský hiermit eine Volksfrontregierung meinte, der sich neben

¹¹⁵⁵ Rudé právo, 22.11.1935.

¹¹⁵⁶ Vgl. St. Budín: Rudolfa Bechyněho cesta od třídního míru k třídnímu míru, in: Plamen 1 (1935), H.1, S. 4-6.

¹¹⁵⁷ R. Slánský: Několik problému akční jednoty v Československu, in: Plamen 1 (1935), H. 2, 3-5, S. 4.

dem sozialistischen Block auch die Bauernorganisationen und die Gewerbetreibenden anschließen würden. Von der Möglichkeit der Tolerierung einer Minderheitsregierung, wie sie wenig später auf die politische Tagesordnung rückte, war zwar nicht die Rede, sie wurde allerdings auch nicht von vornherein ausgeschlossen.

Den dritten Schwerpunkt in der Diskussion um die Verteidigung der ČSR vor der inneren und äußeren Bedrohung durch den Faschismus beinhaltete das Problem der Landesverteidigung. Die KPTsch machte deutlich, daß hierzu auch gesteigerte Rüstungsausgaben notwendig seien¹¹⁵⁸. Sie stellte diese These jedoch in den breiteren Kontext der Wehrfähigkeit der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang machte Josef Haken deutlich, daß die erforderlichen Anstrengungen zur Stärkung der Wehrkraft stets eine antifaschistische Ausrichtung annehmen müßten. Mit Rücksicht auf die multinationale Bevölkerungsstruktur der ČSR dürften diese aber keinesfalls chauvinistische Züge annehmen, sondern es müsse stets zwischen Deutschen und Faschisten unterschieden und bestehende nationale Gegensätze weitestmöglich abgebaut werden, um erfolgreich zu sein. Weiterhin stellte Haken einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Wehrfähigkeit der Gesellschaft und ihrem Lebensniveau sowie der Gewährung politischer Rechte und Freiheiten heraus. Schließlich bestehe eine existentielle Aufgabe bei der Herstellung der Wehrkraft in der ČSR darin, auch die Streitkräfte für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen und eine engere Beziehung zwischen Armee und Gesellschaft aufzubauen. Die Grundvoraussetzung hierfür sei nach Ansicht der Kommunisten die Demokratisierung der Streitkräfte, insbesondere durch die Einführung des Wahlrechts für Rekruten¹¹⁵⁹. Daneben lassen sich Tendenzen ausmachen, die auf eine Militarisierung der Gesellschaft unter antifaschistischen Vorzeichen hinausliefen. So wurde z.B. die Einführung einer Bürgermiliz gefordert, die als demokratische Massenorganisation auf der Betriebsebene zu organisieren und vom Staat zu finanzieren sei und im Kriegsfall Hilfsaufgaben bei der Landesverteidigung zu übernehmen habe¹¹⁶⁰.

Im politischen Tagesgeschehen hielt sich die KPTsch zwar weiterhin nicht mit ihrer Kritik an der Regierungspolitik zurück, sie war im Herbst 1935 jedoch erstmals bereit, solche Maßnahmen zu unterstützen, denen eine explizit der Landesverteidigung dienende und die innenpolitischen Machtverhältnisse stabilisierende, antifaschistische Wirkung zugeschrieben werden konnte. Somit stimmten die kommunistischen Abgeordneten in der Haushaltsdebatte für den Etat des Außenministers und des Ministers für soziale Fürsorge. Dies war ein Ausdruck der Zustimmung für die Außenpolitik Benešs, die trotz innenpolitischer Widerstände die Annäherung der ČSR an die UdSSR eingeleitet und im Mai 1935 den Abschluß des Militärpaktes beider Staaten durchgesetzt hatte, sowie ein Signal an die Sozialdemokraten, daß es der KPTsch mit dem Angebot der politischen Zusammenarbeit ernst war¹¹⁶¹. Aus denselben Gründen erfolgte

¹¹⁵⁸ In einem Leitartikel sprach sich Šverma für eine Steigerung der Rüstungsausgaben aus, um die ČSR in einen möglichen Krieg gegen Deutschland verteidigen zu können. *Rudé právo*, 27.11.1935. Diese Position wurde von Oto Synek im Abgeordnetenhaus bestätigt. *Rudé právo*, 21.12.1935.

¹¹⁵⁹ Vgl. J. Haken: *Armáda a brannost*, in: *Plamen 1* (1935), H. 2, S. 8-10. Vgl. auch die Artikel und Kommentare von Synek, Zápotocký und Šverma, in: *Rudé právo*, 1.11.1935, 28.11.1935, 25.12.1935.

¹¹⁶⁰ Vgl. J. Lenz: *Za protifašistickou lidovou milici*, in: *Plamen 1* (1935), H. 1, S. 10-11.

¹¹⁶¹ Vgl. die Rede Zápotockys vor dem Haushaltsausschuß, in: *Rudé právo*, 27.11.1935.

am 18.12.1935 auch die Stimmabgabe für die Kandidatur Benešs zum Staatspräsidenten. Obwohl die kommunistischen Stimmen letztlich nicht entscheidend waren, da die Agrarpartei ihren Kandidaten im letzten Augenblick zurückgezogen hatte, wäre die Wahl Benešs ohne die entsprechende Vorankündigung der KPTsch nicht erfolgt. Mit beiden Maßnahmen setzte die KPTsch ihre theoretischen Überlegungen, daß nur ein entschiedenes gemeinsames Auftreten der demokratischen und antifaschistischen Kräfte die Konzentrationstendenzen des tschechischen und deutschen Faschismus aufhalten könnte, in die politische Praxis um, und sie trug dazu bei, daß die Ränkespiele um den Nachfolger Masaryks zu einem Großteil öffentlich gemacht wurden. Einerseits wäre, wie *Niklíček* deutlich macht, gerade bei der Präsidentenwahl bei einem abweichenden Verhalten der zuvor mühsam erworbene Eindruck von politischer Zuverlässigkeit zerstört gewesen. Andererseits führte das Abstimmungsverhalten im Herbst 1935 dazu, daß die KPTsch in der politischen Öffentlichkeit in der ČSR Prestige gewann und Kommunismus und Faschismus nicht länger in einem Atemzug als Hauptfeinde der Demokratie genannt werden konnten¹¹⁶².

Wie *Pfaff* feststellt, verdichteten sich in der sozialdemokratischen Tagespresse Anfang Dezember 1935 Anzeichen, daß die ČSD und die Nationalen Sozialisten hinter den Kulissen über eine Fusion ihrer beiden Parteien verhandelten und die Bildung einer Minderheitsregierung ins Auge faßten, zu der neben ihnen auch die DSAP und die tschechische Volkspartei gehören sollten. Diese Überlegungen vollzogen sich vor dem Hintergrund des sich formierenden 'Dezemberblocks' und der damit verbundenen Gefahr, daß der rechte Flügel der Agrarpartei über einen politischen Ausgleich mit der SdP, dem *Národní sjednocení*, der NOF und den slowakischen Nationalisten einen Regierungsausschluß der Sozialisten erwirken könnte. Ein mögliches Ziel einer solchen Minderheitsregierung hätte darin bestehen können, durch die Anwendung der Notverordnungsgesetze zum Staatsschutz über eine Regierungsverordnung die Auflösung der SdP und des NOF zu erwirken und somit die parlamentarische Mehrheit zu erhalten. Da eine Beteiligung der KPTsch an dieser Minderheitsregierung offenbar nicht in Betracht gezogen wurde, war aber dennoch zumindest eine passive Unterstützung durch die 30 kommunistischen Abgeordneten erforderlich¹¹⁶³. Aufgrund der mangelhaften Quellenlage läßt sich heute nicht mehr eindeutig entscheiden, ob diese Überlegungen daran scheiterten, daß Sozialdemokraten und Nationale Sozialisten im letzten Moment vor den damit verbundenen Konsequenzen zurückwichen, ob einer der entscheidenden Akteure sich nicht beteiligen wollte, ob es angesichts der eindeutigen Positionierung der Großbanken und der Industrieverbände zugunsten eines außenpolitischen Ausgleichs mit Deutschland als unwahrscheinlich schien, eine alternative Politik gegen diese starken Interessenverbände betreiben zu können, oder ob die Verlässlichkeit der KPTsch in dieser Konstellation als zu gering eingeschätzt wurde. Es gibt im Nachlaß Nečas, auf den auch *Pfaff* verweist¹¹⁶⁴, einen knappen Hinweis darauf, daß es am 8. und am 9.12.1935 zu einem Spitzengespräch zwischen Vertretern der ČSD, der Nationalen Sozialisten und der

¹¹⁶² Vgl. *Niklíček* (1969), a.a.O., S. 141 f.

¹¹⁶³ Vgl. I. *Pfaff*: *Historické kořeny reformního hnutí v české společnosti*, Köln 1988, S. 102 ff.

¹¹⁶⁴ Vgl. *Ebd.*, S. 107.

KPTsch kam. Über den Inhalt oder die Ergebnisse dieser Unterredung gibt das Dokument keinen Aufschluß, so daß es sich hierbei sowohl um Sondierungsgespräche bzgl. einer möglichen Tolerierung einer Minderheitsregierung als auch um die Perspektive eines Regierungseintritts der KPTsch hätte gehandelt haben können. Doch am 12.12.1935 telegraphierte Šverma an Gottwald, um ihm von den neuesten Entwicklungen zu berichten: "Eine Minderheitsregierung ohne die Agrarier ist nicht ausgeschlossen. Für diesen Fall stellen wir demokratische und wirtschaftliche Forderungen und erklären, daß wir bereit sind, gegen die Erfüllung unserer Forderungen eine Regierung zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung fällt in diesen Tagen."¹¹⁶⁵ Und auch Zápotočký erklärte an diesem Tag vor dem Abgeordnetenhaus, daß die KPTsch nunmehr nicht länger den Austritt der Sozialisten aus der bestehenden Koalition und ihren Eintritt in eine Volksfront fordere, sondern auch eine linke, antifaschistische Minderheitsregierung unterstützen würde, so daß wir davon ausgehen können, daß sich die KPTsch-Führung ernsthaft mit den Plänen der Sozialdemokraten auseinandergesetzt hatte¹¹⁶⁶. Nachdem Masaryk am selben Tag das Rücktrittsgesuch Hodžas nicht angenommen hatte, über das die Bildung einer Minderheitsregierung hätte eingeleitet werden können, zog am 15.12. auch die KPTsch ihr Tolerierungsangebot zurück und erneuerte ihre Forderung einer Volksfrontregierung¹¹⁶⁷. Es muß davon ausgegangen werden, daß diese erneute Kehrtwende bereits auf Druck der Komintern erfolgte. Da die Verlässlichkeit der KPTsch als möglicher politischer Partner dadurch endgültig diskreditiert worden war und es im Zuge der Präsidentenwahl am 18.12. gelang, den 'Novemberblock' politisch zu isolieren, wurden die Überlegungen zu einer sozialistischen Minderheitsregierung von der ČSD fortan nicht wieder in Erwägung gezogen. Damit war in der entscheidenden Phase der innenpolitischen Entwicklung bis zum September 1938 die letzte Möglichkeit verbaut, auf der Grundlage einer anderen innenpolitischen Machtkonstellation zu einer alternativen, antifaschistischen Politikkonzeption zu gelangen.

Bereits im November 1935 hatten die Interventionen der Komintern gegen die Politik der Šverma-Führung begonnen. Den Ansatzpunkt für die Kritik bildete der Vorwurf, daß die KPTsch die Ergebnisse des VII. Weltkongresses partiell nicht richtig verstanden und sie deshalb zum Schaden des Kommunismus ausgelegt habe. So habe die KPTsch die Weisung der Komintern, in allen innen- und außenpolitischen Fragen aktiv einzugreifen, nicht als Problem der Massenmobilisierung, sondern als Politik parlamentarischer Kombinationen verstanden. Insbesondere die Zustimmung zu zwei Haushaltsposten bedeutete ein falsches Votum für die Regierungspolitik. Das Eintreten der Šverma-Führung für die Verteidigung demokratischer und nationaler Recht sei auf eine Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat hinausgelaufen. Durch die Ausrichtung der kommunistischen Politik auf die nationalstaatliche Unabhängigkeit der ČSR sei der Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht in den Hintergrund getreten und habe somit den Kampf gegen die SdP erschwert. Weiterhin wäre bei der Bildung einer Einheits- und Volksfront nicht der Weg 'von unten' gewählt, sondern die Konzessionsbereitschaft der sozial-

¹¹⁶⁵ Zit. nach V. Holá: Jan Šverma 1901-1944, Praha 1985, S. 155.

¹¹⁶⁶ Rudé právo, 13.12.1935.

¹¹⁶⁷ Rudé právo, 15.12.1935.

demokratischen Führungen überschätzt worden. Das Verhältnis der Partei zur Armee des bürgerlichen Staates sei nicht ausreichend geklärt gewesen, und in der Kaderpolitik habe es unter Švermas Führung an revolutionärer Wachsamkeit gefehlt, so daß sich besonders über die Parteipresse opportunistische, trotzkistische und kleinbürgerliche Ansichten verbreiten konnten. Als erste Maßnahme wurde der für Januar 1936 geplante VII. Parteitag aufgeschoben, um zu verhindern, daß die neue Linie der KPTsch hier festgeschrieben würde. Nachdem Šverma und Slánský ihre 'Einladung' zum Rapport beim Sekretariat des EKKI, die bereits seit September auf dem Tisch lag, mehrfach aufgeschoben hatten, wurden sie Ende Dezember 1935 nach Moskau zitiert, um hier Selbstkritik zu üben. Der Vorwurf seitens der Komintern lautete auf opportunistische Verdrehung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses. Daher hätten sie die Impulse für die Aktionseinheit des Proletariats, die vom VII. Weltkongreß ausgingen, nicht positiv umsetzen können. Auf der Sitzung des Politischen Sekretariats des EKKI vom 29.12.1935 wurden Šverma, Slánský, Synek und die Redaktionen der Parteipresse, besonders Stanislav Budín, als Hauptschuldige ausgemacht. Wie schon im Herbst 1933 schreckte Šverma davor zurück, sich der eingeforderten Selbstkritik zu widersetzen und einen Weg wie zuvor Josef Guttmann zu wählen, der den Ausschluß aus der Partei bedeutet hätte¹¹⁶⁸. Das Präsidium des EKKI nahm auf seiner Sitzung vom 16.1.1936 eine Resolution an, in der alle zuvor benannten und von Šverma und Slánský im Rahmen ihrer Selbstkritik eingeräumten Fehler aufgenommen wurden. Um die Kampfkraft der Partei wieder heben und die Einheitsfrontbewegung erfolgreich weiterentwickeln zu können, sei nach Ansicht des EKKI "eine restlose Korrigierung der zugelassenen Fehler und die Liquidierung der opportunistischen Abweichungen" erforderlich. Das Parlament sei wieder vorrangig als "Tribüne für die Mobilisierung der Massen" zu begreifen. Die sozialdemokratischen Parteiführungen müßten wieder öffentlich angeklagt werden, da sie mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten und dadurch "die Offensive der Reaktion und des Faschismus begünstigen". Um die Politik des VII. Weltkongresses durchzusetzen, seien drei innerparteiliche Maßnahmen notwendig: "a) Organisatorische Maßnahmen und personelle Änderungen zur Verstärkung und Festigung der Parteileitung sind sofort ... vorzunehmen; b) Im Verlaufe der Vorbereitung des VII. Parteitages sind die zugelassenen opportunistischen Fehler in der ganzen Partei aufzuklären, und in die Leitungen aller Parteiorgane sowie auch als Delegierte zum Parteitag sind solche Parteiarbeiter zu wählen, die eine richtige Durchführung der Linie des VII. Weltkongresses gewährleisten. c) Eine bolschewistische Kaderpolitik im Sinne der Weisungen des Genossen Dimitroff in seinem Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß ist einzuleiten. Die Kader der Partei von oben bis unten sind gründlich zu überprüfen ... Die Bahn ist den festen bolschewistischen proletarischen Kadern freizumachen und diese sind ständig an leitende und verantwortliche Stellen zu befördern. Eine feste Führung der Redaktion, der Parlamentsfraktion und aller anderen Organe der Partei durch das Politbüro und Zentralkomitee ist zu sichern."¹¹⁶⁹

Die Politbürositzung vom 10.2.1936 wurde dann zu einer Generalabrechnung mit dem Kurs der Šverma-Führung. Sämtliche Politbüromitglieder übten Selbstkritik. Schon der Umstand, daß

¹¹⁶⁸ Vgl. Niklíček (1969), a.a.O., S. 144.

¹¹⁶⁹ Resolution des Präsidiums des EKKI zu den Fragen der KPTsch. SÚA. AÚD KSČ, Sb. 20, a.j. 77, l. 2-6.

dies die einzige Sitzung war, in der wörtlich protokolliert wurde, zeigt, welchem Druck die KPTsch-Führung von Seiten der Komintern ausgesetzt war. Oto Synek wurde von seiner Funktion als Prager Kreissekretär enthoben und Stanislav Budín trotz seiner Selbstkritik als Hauptschuldiger herauskristallisiert¹¹⁷⁰. Obwohl sich Slánský auf dieser Sitzung noch für Budín einsetzte, erhielt dieser wenige Tage später die Benachrichtigung über seinen Parteiaus-schluß. Šverma und Slánský verloren auf dem VII. Parteitag zwar ihre Sitze im Sekretariat, konnten aufgrund der bereitwillig geleisteten Selbstkritik jedoch ihre Sitze im Politbüro behalten und damit Mitglieder der engeren Parteiführung bleiben. Um die persönliche Erniedrigung auf die Spitze zu treiben, wurde Šverma für Budín zum Chefredakteur des "Rudé právo" berufen, um in dieser Funktion die Revision eben jenes Kurses journalistisch umzusetzen, den er kurz zuvor selbst eingeleitet hatte. Besonders in den ersten Wochen des Jahres 1936, nachdem auch Gottwald in die ČSR zurückkehren konnte, wurde diese Kampagne mit großem Aufwand geführt, und ihr Unterton richtete sich insbesondere gegen die Intellektuellen in der Partei. Ab Februar 1936 wurden besonders Václav Kopecký und Bruno Köhler zu den politischen und ideologischen Vollstreckern der Revision.

Von der marxistischen Geschichtswissenschaft wurde schon in den sechziger Jahren die kritische Frage aufgeworfen, ob ungeachtet der Komintern-Linie die Politik Švermas angesichts der Mitglieder- und Funktionsstruktur der Partei überhaupt eine reale Chance auf Durchsetzung gehabt habe. So führt *Niklíček* mit einiger Skepsis an, daß die Mehrzahl der KPTsch-Funktionäre entweder nur die 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik gewohnt waren, in der nicht unter den Gegnern der Kommunisten differenziert und nicht der Dialog mit ihnen gesucht werden mußte, oder sie waren erst im Zuge der Bolschewisierung der Partei in ihre Funktionen gelangt. Beides machte sie ohne ein grundlegendes Umdenken nicht zu originären Unterstützern einer Reformpolitik. Daneben kam die 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre der Stimmung in der Partei entgegen. Aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung, die eben zum Großteil aus unqualifizierten Industrie- und Landarbeitern oder Arbeitslosen bestand, war sie in der Wirtschaftskrise extrem radikalisiert und gab einem kompromißlosen Vorgehen bei der Lösung der sozialen und der Machtfrage stets den Vorzug¹¹⁷¹. Dessen ungeachtet muß aber bedacht werden, daß auch die politische Linie Švermas ohne die bereitwillige Mitarbeit des Parteiapparats nicht möglich gewesen wäre. Es entsprach der politischen Praxis in einer zentralisierten, stalinisierten Partei, daß jede Direktive der Parteiführung kritiklos umgesetzt wurde, und zwar ohne Rücksicht darauf, welche Person an der Parteispitze stand. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß Švermas Überzeugung, die KPTsch habe seine Interpretation der Beschlüsse des VII. Weltkongresses mit getragen, durchaus der Realität entsprach. Daß derselbe Apparat wenige Wochen später nach der Intervention des EKKI und nach der Rückkehr Gottwalds die Kritik an diesem Kurs politisch umsetzte, zeigt vor allem, daß keine kommunistische Partei in den dreißiger Jahren autonom agieren konnte, sondern vielmehr unter dem Druck der Komintern stand, Entscheidungen aus Moskau politisch umzusetzen.

¹¹⁷⁰ Protokoll der Sitzung des Politbüros v. 10.2.1036. SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 185, l. 1-28.

¹¹⁷¹ Vgl. *Niklíček* (1969), a.a.O., S. 133 f.

Bei den bürgerlichen und demokratischen Kräften in der ČSR mußten diese Vorgänge den Eindruck erwecken, die KPTsch kehre wieder zu ihrer isolationistischen Politik der frühen dreißiger Jahre zurück. Es wurde zwar anerkannt, daß die Kommunisten die bürgerliche Demokratie nicht länger mit dem Faschismus gleichsetzten und sich zumindest kurzzeitig für die militärische Verteidigung des demokratischen Staates nach außen sowie seiner politischen Stabilisierung nach innen aussprachen. Doch die innerparteiliche Entwicklung wurde so interpretiert, daß es sich hierbei um keine nachhaltige Veränderung gehandelt habe¹¹⁷². Damit verspielte die Partei ihre in den Monaten zuvor mühsam erarbeitete Reputation als antifaschistische und staaterhaltende politische Kraft. Dieses Defizit konnte sie bis 1938 nicht wieder aufholen. Und auch bei der Gruppe in der *Dělnická akademie*, die bislang stets für einen offenen Dialog eingetreten war, machte sich nun Ernüchterung breit. In einem Kommentar in der Februar-Ausgabe der "Dělnická osvěta" wurde die Ansicht vertreten, Gottwald führe in der KPTsch "eine Säuberung durch, die verdeutlicht, daß die sog. neue politische Linie der kommunistischen Partei keine aufrichtige Politik war, sondern eine der gefährlichsten 'sozialfaschistischen' Abweichungen, der von Zeit zu Zeit die ehrlicheren und nachdenkenden kommunistischen Menschen verfallen". Jetzt kehre die KPTsch zur "sektiererischen, revolutionären Isolation" zurück. "In der Praxis einiger weniger Monate endet die *neue* kommunistische Politik beim *alten* Gottwald."¹¹⁷³ Bechyně, der in einem Hintergrundkommentar in der "Přítomnost" im Januar 1936 die politischen Ereignisse des vergangenen Herbst analysierte, ging sogar so weit, die Rolle der KPTsch bei der Präsidentenwahl nicht einmal zu erwähnen. Er reduzierte die Präsidentschaftsfrage auf einen Konflikt zwischen der Agrarpartei, deren rechter Flügel den Anlaß zum Ausbau seiner innerparteilichen Machtposition nutzen wollte, und der Person Benešs, dem ein Mangel an innenpolitischer Erfahrung angelastet wurde. Dieser Konflikt konnte durch seine persönliche Vermittlung in einem Interessenausgleich einvernehmlich gelöst werden. Bechyně verwehrte sich jedoch gegen die Interpretation, daß im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl die Frage der Vereinigung der unterschiedlichen Richtungen des tschechischen Sozialismus auf der Plattform der Demokratie überhaupt zur Debatte gestanden habe¹¹⁷⁴. Daran wird deutlich, daß zu diesem Zeitpunkt die Einbeziehung der KPTsch in einen neu strukturierten antifaschistischen, staaterhaltenden Block für eine der tonangebenden und politisch zentralen Persönlichkeiten in der ČSD-Führung nicht mehr in Erwägung gezogen wurde.

In der Folgezeit wirkten sich die Ereignisse in der KPTsch vom Januar und Februar 1936 negativ auf die Beziehungen zu den beiden sozialdemokratischen Parteien aus. Aus den Protokollen der Vorstandssitzungen der ČSD, die ab dem Herbst 1936 erhalten sind, geht unzweifelhaft hervor, daß die ČSD alle Kooperationsangebote seitens der KPTsch entweder rundweg ablehnte, Reaktionen bewußt verweigerte oder den Parteivorsitzenden Hamppl beauftragte, hinter

¹¹⁷² Vgl. als repräsentative Aussage Zd. Smetáček: Komunisté uznávají demokracii, in: Přítomnost 13 (1936), S. 81-84.

¹¹⁷³ Rh: Stala se chyba, in: Dělnická osvěta 22 (1936), S. 68. (Hervorhebung im Original)

¹¹⁷⁴ Amicus (Ps. f. R. Bechyně): Listopad a prosinec 1935 v našem politickém životě, in: Přítomnost 13 (1936), S. 33-36 und S. 52-56.

verschlossenen Türen persönliche Sondierungsgespräche zu führen¹¹⁷⁵. Nachdem die ČSD nun auf den Verbleib in der Koalition mit der Agrarpartei festgelegt war, war sie im Hinblick auf die innenpolitische Stimmungslage folglich bestrebt, den Kontakten zur KPTsch unter allen Umständen jeglichen Anschein zu nehmen, es handele sich hierbei um eine politische Annäherung. Denn es lag nun einmal in der Logik des politischen Systems in der ČSR, daß sich die Sozialdemokraten von der KPTsch distanzieren mußten, wenn sie im Gegenzug die Trennung der Agrarpartei von den rechten Teilen des Parteienspektrums forderten. Auf dem Parteitag im Mai 1937 nannte Hampl zur Begründung, daß die Zurückweisung der kommunistischen Einheits- und Volksfrontangebote prinzipieller Natur sei, denn die KPTsch besitze keine wirkliche Entscheidungsfreiheit in allen wichtigen politischen Fragen. Diese liege ausschließlich in der Kompetenz der Komintern, der nach allen zurückliegenden Erfahrungen aber nicht zu trauen sei¹¹⁷⁶. Einen nicht unerheblichen Einfluß auf diese Haltung werden zudem die im August 1936 einsetzenden Moskauer Schauprozesse gespielt haben. Obwohl die sozialdemokratische Tagespresse – wie Pfaff darlegt – insgesamt Verständnis dafür zeigte, daß sich die UdSSR innerer Angriffe erwehren müsse¹¹⁷⁷, gab es in den theoretischen Organen der Partei Stimmen, die den stalinistischen Terror mit den faschistischen Methoden Hitlers in Beziehung setzten und daraufhin Skepsis bzgl. der Verlässlichkeit der UdSSR als politischem Partner nahelegten¹¹⁷⁸.

Noch deutlicher artikuliert sich die nachfolgende Ablehnung der kommunistischen Politik in der DSAP. In einem Beschluß des Parteivorstands vom 25.2.1936 wurde festgestellt, daß sich aufgrund der Kurskorrektur innerhalb der KPTsch auch in der ČSR gezeigt habe, daß es sich bei den Beschlüssen des VII. Weltkongresses nur um ein weiteres Manöver der Komintern gehandelt habe. Mit den Maßnahmen vom Januar und Februar 1936 habe die KPTsch "unleugbar den Beweis erbracht, daß die kommunistische Partei ihren Methoden treu geblieben ist und daß sie sogar den Kampf gegen unsere Partei in verschärfter Form zu führen beabsichtigt"¹¹⁷⁹. Deshalb sah sich die DSAP-Führung zu der Ankündigung veranlaßt, daß jegliche Zugehörigkeit zu einer von der KPTsch dominierten politischen Organisation den Parteiausschluß zur Folge haben werde. In seinem Bericht an den Parteitag von 1938 vertrat der Parteivorstand die These, die KPTsch habe mit dieser Wendung "jeden politischen Sinn verloren, jede Stimme für sie ist nicht nur vergeudete Kraft, sondern Schwächung des durch die Sozialdemokratie repräsentierten Einflusses der Arbeiter in der Regierung. Es wird einmal die Zeit kommen, wo auch die Einheitsfronttaktik von den eigenen Anhängern als sinnlos erkannt werden dürfte, und dann wird die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse auf dem Boden der Sozialdemokratie erfolgen."¹¹⁸⁰

¹¹⁷⁵ Vgl. Protokolle der Vorstandssitzungen vom 1.10.1936, 1.9.1937 und 14.10.1937. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 295-99, 356-61 und 371-75.

¹¹⁷⁶ Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 11.

¹¹⁷⁷ Vgl. Pfaff (1993), a.a.O.

¹¹⁷⁸ Vgl. z.B. V. Běhounek: Soudy nad sovětskou politikou, in: Dělnická osvěta 24 (1938), S.86-90. Vgl. zu den korrespondierenden Meinungen innerhalb der DSAP Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O., S. 83; E. Schwelb: Der Moskauer Prozeß, in: Der Kampf 3 (1936), S. 384-93; S. Schwarz: Die Vernichtung des Bolschewismus, in: Der Kampf 4 (1937), S. 95-100; und J. Hofbauer: Die 'Moral Insanity' des Bolschewismus, in: Der Kampf 4(1937), S. 424-28.

¹¹⁷⁹ Sozialdemokrat, 27.2.1936.

¹¹⁸⁰ Fünf Jahre Kampf und Arbeit! (1938), a.a.O., S. 84.

Eine Verschärfung erfuhr diese Tendenz in der sudetendeutschen Sozialdemokratie durch die ab dem Frühjahr 1936 einsetzenden Diskussionen um das volkssozialistische Konzept Wenzel Jakschs, das durch die innenpolitische Hinwendung zu nationalen Bündnissen nicht nur eine schleichende Abkehr von der Anbindung der DSAP an die ČSD mit sich brachte, sondern in dem auch einem sozialistischen Parteienbündnis unter Einbeziehung der Kommunisten von vornherein eine deutliche Absage erteilt wurde.

6.5 Die Analyse der politischen Ziele der SHF/SdP und die Grundzüge der kommunistischen Strategie gegen die Henleinbewegung nach dem VII. Parteitag

Trotz der vernichtenden Kritik der Komintern am Kurs der Šverma-Führung wurde nach der Rückkehr Klement Gottwalds in die ČSR schnell deutlich, daß die KPTsch an wesentlichen Elementen dieser seit dem Sommer 1934 erarbeiteten Strategie festhalten würde. Dazu gehörte zum einen die Priorität, welche die Landesverteidigung als wichtigste der tschechischen nationalen Interessen im Rahmen der antifaschistischen Politik einnehmen sollte. Zum anderen wurde in der Frage der nationalen Minderheiten die Position fortgeführt, daß dieser Komplex in seinen Inhalten an die politischen Zielsetzungen des neuen patriotischen, staaterhaltenden Kurses der Kommunisten anzupassen sei. Konkret bedeutete dies, daß die KPTsch nach wie vor das Recht auf nationale Selbstbestimmung einforderte, jedoch zugleich erklärte, daß dies nur insoweit gelten dürfe, wie es die revolutionären Bestrebungen des Proletariats voranbringe. Damit wurde einer Lostrennung von Siedlungsgebieten aus dem tschechoslowakischen Staatsverband zugunsten eines Anschlusses an Deutschland, Ungarn oder Polen weiterhin eine klare Absage erteilt.

In dem am 13.2.1936 unmittelbar nach seiner Rückkehr erschienen Artikel "Für die richtige Anwendung der Linie des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale" machte Gottwald deutlich, daß die Kommunisten im Gegensatz zur Politik im Herbst 1935 künftig wieder den revolutionären Klassenkampf zum Ausgangspunkt ihres antifaschistischen Kampfes machen würden, ohne aber, wie in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, durch eine 'sektiererische' Taktik in Isolationismus zu verfallen. Gottwald begründete diese Haltung weniger mit der Kritik der Komintern-Führung als vielmehr realpolitisch mit dem Umstand, daß sich die tschechische Reaktion trotz der im Dezember 1935 erlittenen Niederlage wieder zu organisieren beginne. "Man muß in allernächster Zeit mit neuen Vorstößen der faschistischen Reaktion rechnen, die zielbewußt darauf hinarbeitet, die gesamte Macht an sich zu reißen und mit der gesamten Arbeiterbewegung abzurechnen." Daneben drohe eine Veränderung des außenpolitischen Kurses, der die Verbindung mit der UdSSR lösen und die ČSR "in eine Kriegsfront unter der Führung Hitlers"¹¹⁸¹ integrieren werde. Diese Entwicklung könne lediglich durch die Schaffung der Aktionseinheit des Proletariats, die Gewerkschaftseinheit und die Volksfront aller Werktätigen

¹¹⁸¹ Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften (1974), S. 206 f.

aufgehalten werden, denn nur die Einheits- und Volksfront sei stark genug, um auf der Grundlage des Klassenkampfes zum Gegenschlag gegen Faschismus, Kriegstreiberei, Hunger und Reaktion auszuholen. Daß sich die Rhetorik gegenüber den Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Vormonaten wieder verschärfen würde, wird an Gottwalds Begründung deutlich, daß die Regierungssozialisten lieber mit der tschechischen Reaktion paktieren, als gemeinsam mit den Kommunisten gegen die existentiellen Herausforderungen für die Arbeiterklasse zu kämpfen¹¹⁸². Der Umstand, daß sich das Regierungslager nach der Affäre um die Präsidentenwahl politisch wieder konsolidiert und damit die innenpolitische Situation stabilisiert hatte, nahm Gottwald somit offensichtlich nicht zur Kenntnis.

Aus dieser Situationsanalyse und aus der Beschreibung der grundlegenden Taktik leitete Gottwald einige konkrete Direktiven an seine Partei ab. Als erstes müsse die KPTsch zu einem "politischen Faktor"¹¹⁸³ werden, d.h. zu einer Partei, die sich in jede innen- und außenpolitisch relevante Frage einmische und deren Lösung im Klasseninteresse anstrebe. In diesem Zusammenhang sei die Positionierung der KPTsch im Herbst 1935 richtig gewesen. Sie habe es nur versäumt, sich hierbei auf die Massen zu konzentrieren, sie zu organisieren und sie zu gemeinsamen Aktionen zu führen. Daher habe die Zustimmung zu Teilen des Staatshaushalts zu keinen politischen Verbesserungen geführt, sondern die Kampffähigkeit des Proletariats untergraben, indem ihm suggeriert wurde, die Partei könne auch ohne die Instrumente des Klassenkampfes zu politischen Ergebnissen kommen.

Um die ČSR vor dem Faschismus zu verteidigen, würden nach Gottwald zudem künftig alle Maßnahmen der Regierung zu bekämpfen sein, "die objektiv die faschistische Reaktion unterstützen und dem Faschismus den Weg bereiten". Deshalb müsse den sozialistischen Arbeitern klargemacht werden, daß jede Maßnahme zur Senkung des Lebensstandards und jede Einschränkung demokratischer Rechte die antifaschistische Front schwäche und den Faschismus stütze. Statt dessen werde der antifaschistische Kampf fortan als "Kampf für konkrete, praktische, tagtägliche Rechte und Forderungen des werktätigen Volkes in Stadt und Land"¹¹⁸⁴ zu führen sein. Gottwald strich heraus, daß dieser Standpunkt nichts mit der staatsertreuenden und auf den Klassenfrieden ausgerichteten Politik der Sozialdemokraten zu tun habe. Er unterscheidet sich auch von der Politik der Šverma-Führung dahingehend, daß der Kampf für die demokratischen Rechte und gegen den Faschismus nicht länger inhaltlich vom Kampf gegen Hunger und Unterdrückung getrennt werde, so daß auch nicht mehr der Eindruck entstehen werde, die KPTsch söhne sich mit der bürgerlichen Demokratie im Kapitalismus aus.

Weiterhin kündigte Gottwald an, die KPTsch werde sich nicht länger für die militärische Aufrüstung aussprechen. Denn auch in der bürgerlichen Demokratie sei die Armee ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie und könne daher jederzeit gegen die politischen und nationalen Interessen der Arbeiterklasse eingesetzt werden. Die KPTsch trete zwar nach wie vor für die Verteidigung des Staates gegen den in- und ausländischen Faschismus ein, aber gerade

¹¹⁸² "Ihnen [den Sozialisten, C.S.] ist es egal, ob Demokratie oder Faschismus herrscht." Ebd., S. 209.

¹¹⁸³ Ebd., S. 214.

¹¹⁸⁴ Ebd., S. 217.

deshalb bestehe ihre Aufgabe darin, sich mit klassenkämpferischen Mitteln gegen die Bourgeoisie zu wenden, sie zu isolieren und die Armee schließlich zu einem Instrument der werktätigen Volksschichten zu machen. Damit würde der Kampf gegen die äußere Bedrohung der ČSR durch den Faschismus zu einem Bestandteil des von der KPTsch zu führenden Klassenkampfes. Teil dieses Kampfes sei wiederum die Demokratisierung der Armee, jedoch keinesfalls deren Aufrüstung unter kapitalistischer Herrschaft.

Schließlich mahnte Gottwald seine Partei, daß der Weg zur Aktionseinheit des Proletariats beschwerlich sein werde. Die KPTsch dürfe hierbei jedoch nicht den Weg des geringeren Widerstands gehen und vermeintliche Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten hervorheben, um schneller an ihr Ziel zu gelangen, sondern es müsse darauf hingewirkt werden, daß die Regierungssozialisten die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie aufgeben, denn hierin bestehe das größte Hindernis für die Aktionseinheit, und sie bereite dem in- und ausländischen Faschismus den Boden. Die KPTsch müsse sich von der Illusion aus dem vergangenen Herbst trennen, die Einheitsfront werde das Ergebnis eines Mehrheitsentscheids in den sozialistischen Parteiführungen sein, und müsse vielmehr zu jener Taktik zurückkehren, deren Quintessenz die Gewinnung von immer mehr sozialistischen Arbeitern für den kommunistischen Standpunkt im tagtäglichen Kampf sei. Dieser werde vor allem gegen die reaktionären Elemente in der Sozialdemokratie zu führen sein und müsse sich auf die sich revolutionierenden Teile der Sozialdemokratie konzentrieren. Denn hier liege der Schwachpunkt der klassenfeindlichen Politik der Sozialdemokratie. Auch wenn zu bedenken ist, daß Gottwald zu dieser Stellungnahme vor allem wegen der Kritik der Komintern gezwungen war, konnte die Wirkung einer derartigen Rhetorik auf die Sozialdemokraten nur negativ sein, und sie schloß – wie wir gesehen haben – bei der ČSD und der DSAP im Rahmen ihrer reformistischen Strategie weitere Überlegungen bzgl. der Bündnisfähigkeit der KPTsch aus.

Diese politischen Vorgaben Gottwalds wurden von der KPTsch sodann auf ihrem VII. Parteitag im April 1936 programmatisch umgesetzt. Der Inhalt der politischen Thesen sowie das Hauptreferat Gottwalds lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die KPTsch bereit war, ihren patriotischen Kurs fortzusetzen, denn sie rückte erneut die Frage der Verteidigung der nationalstaatlichen Unabhängigkeit der ČSR in den Mittelpunkt ihrer antifaschistischen Politik. So heißt es in der Einleitung zu den politischen Thesen, daß die "imperialistische Angriffslust des faschistischen Deutschlands eine lebensbedrohende Gefahr"¹¹⁸⁵ für die ČSR darstelle, und auch Gottwald machte in seinem Referat deutlich, daß die KPTsch heute und auch zukünftig für die Verteidigung der ČSR gegen den deutschen, polnischen und ungarischen Faschismus eintreten werde. Diese Haltungsänderung gegenüber der ersten Hälfte der dreißiger Jahre begründete er damit, daß sich sowohl die Bedrohungssituation für die ČSR als auch deren außenpolitische Haltung zur UdSSR geändert habe¹¹⁸⁶. Zudem würde ein außenpolitisches Nachgeben

¹¹⁸⁵ Gottwald: Spisy VII, S. 127.

¹¹⁸⁶ Vgl. Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften (1974), a.a.O., S. 236 f.

gegenüber den Forderungen Hitlers oder gar die Kapitulation vor seinen imperialistischen Ambitionen die Entwicklung zum Krieg beschleunigen¹¹⁸⁷.

Ebenso wurde das Problem der Einheits- und Volksfront auf dem VII. Parteitag in einen eindeutigen Zusammenhang mit der Verteidigung der ČSR gegen das nationalsozialistische Deutschland gesetzt und die Forderung nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats durch einen revolutionären Akt erneut zurückgestellt. Im Gegensatz zur Ausdrucksweise der Šverma-Führung strich Gottwald jedoch heraus, daß das Eintreten der Kommunisten für die Verteidigung des Staates künftig mit einer Politik des Klassenkampfes im Inneren sowie mit dem festen Bündnis der ČSR mit der UdSSR nach außen zu verbinden sei und daher nicht zum Burgfrieden der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie führen werde. Denn es müsse bedacht werden, daß die Bourgeoisie versuchen werde, auch aus dem Krieg einen finanziellen Vorteil zu schlagen und deshalb bestrebt sei, gegenüber dem Faschismus zu kapitulieren¹¹⁸⁸. Vor diesem Hintergrund wurde in den politischen Thesen argumentiert, daß die derzeitigen Entwicklungen in den bürgerlichen Parteien, insbesondere die Versuche, mit Hitler zu einem gewissen außenpolitischen Ausgleich zu kommen, einen Verrat an den nationalen Interessen der Tschechen darstellten. Aus diesem Grund sei es erforderlich, die politische und organisatorische Spaltung der Arbeiterklasse in der Einheitsfront zu beseitigen, ihre politische Isolierung von den übrigen werktätigen Schichten in Stadt und Land zu überwinden und sie in einer Volksfront zusammenzufassen sowie die Interessen der Arbeiterklasse nicht länger der Politik der Bourgeoisie unterzuordnen, sondern im internationalen Maßstab alle antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen Krieg und Faschismus zusammenzuführen¹¹⁸⁹. Im Gegensatz zu der vorangegangenen Phase im Herbst 1935 wurde eine Erklärung, daß die bürgerliche Demokratie als die beste Staatsform im Kapitalismus zu betrachten und daher von den Kommunisten auch dieses politische System gegen den Faschismus zu verteidigen sei, vom VII. Parteitag nicht wiederholt.

Als unmittelbare politische Forderungen zur Staatsverteidigung sprach sich der Parteitag für eine Säuberung des Staatsapparates und der Staatsunternehmen von allen politisch unzuverlässigen Personen sowie für die Auflösung aller bewaffneten faschistischen und reaktionären Organisationen aus. Die Landesverteidigung sei durch eine Demokratisierung der Streitkräfte sowie durch die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie sicherzustellen und die Gesellschaft durch eine antifaschistische Wehrerziehung an die Landesverteidigung heranzuführen. Um die Wehrkraft der Gesellschaft zu steigern, bedürfe es aber auch einer Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und der fortschreitenden politischen Entrechtung des Proletariats. Dabei konzentrierte sich die KPTsch auf die Forderung nach einer weiteren Bodenreform in den Minderheitengebieten sowie auf staatliche Investitionsprogramme, die durch eine Sonderbesteuerung von hohem Privatvermögen und Spitzeneinkommen finanziert werden sollten. Auf außenpolitischem Gebiet müsse die ČSR ihre feste Anbindung an die UdSSR ausbauen und auf politische und wirtschaftliche Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber den faschisti-

¹¹⁸⁷ Vgl. Gottwald: Spisy VII, S. 129.

¹¹⁸⁸ Vgl. Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften (1974), a.a.O., S. 238 ff.

¹¹⁸⁹ Vgl. Gottwald, Spisy VII, S. 130 f.

schen Aggressoren hinwirken¹¹⁹⁰. Da die Kommunisten die Errichtung der Einheits- und Volksfront "um jeden Preis" herbeiführen wollten, machte Gottwald gegenüber den Sozialdemokraten deutlich, daß jede dieser Forderungen verhandelbar sei, solange sich beide Seiten "über eine Reihe von Minimalforderungen"¹¹⁹¹ einigen könnten. Er betonte aber auch, daß die KPTsch eine weitere Ablehnung der Einheits- und Volksfront in der jetzigen Gefahrensituation als nationalen und Klassenverrat auffassen und deshalb mit allen Mitteln bekämpfen werde.

Nach dieser Kurskorrektur konnte Viliam Široký auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 22.5.1936 erklären, die KPTsch habe "die kurze Periode der opportunistischen Verzerrung der Linie der Komintern dank des Eingreifens des EKKI und des Genossen Gottwald erfolgreich überwunden, ihre Reihen ideologisch und politisch gefestigt und ihren Masseneinfluß bedeutend erweitert. Für die KPTsch hat diese Tatsache ungeheure Bedeutung deshalb, weil ähnliche Erscheinungen des Opportunismus und der falschen politischen Linie der Partei bisher in der Geschichte der KPTsch zu sehr tiefen Parteikrisen und zu einer bedeutenden Isolierung der Partei von den Massen geführt hat."¹¹⁹² Obwohl die Sozialdemokraten die temporäre Schwäche der Partei mit einer Kampagne gegen die Einheits- und Volksfront auszunutzen suchten, konnte die Isolierung der Kommunisten diesmal jedoch verhindert werden. Dennoch mußte auch Široký einräumen, daß es bislang noch keinen wirklichen Durchbruch in der Frage der Einheits- und Volksfrontbewegung gegeben hat. Er äußerte sich aber zuversichtlich, daß die täglich wachsende Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren politischen Führungen bald die linken Kräfte in den jeweiligen Parteien begünstigen und dadurch die Politik der KPTsch voranbringen werde. Als weitere Schwäche der KPTsch bemängelte Široký, daß sich der bereits festzustellende Stimmungsumschwung in der tschechoslowakischen Arbeiterklasse zugunsten der Kommunisten bislang noch nicht in einem Anwachsen ihrer Organisationsstärke niederschlagen konnte. Somit blieb der Anstieg der Parteimitgliedschaft sowie die Verbreitung der kommunistischen Tagespresse deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gottwald fügte hinzu, daß die politische Situation in der ČSR sich derzeit gegen die Absichten der KPTsch richte und daß es daher nicht zu erwarten sei, daß es ähnlich wie in Frankreich zur Bildung einer Einheits- und Volksfront kommen werde. Da die Entscheidung der ČSD und der Nationalen Sozialisten zur Regierungsbeteiligung definitiv sei, könnte nur eine Koalitionskrise die sozialdemokratischen Führungen zum Einschwenken auf den kommunistischen Kurs bewegen. Die Spannungen zwischen der ČSD und der Agrarpartei seien jedoch groß, so daß die KPTsch zukünftig versuchen werde, über die Frage der Landesverteidigung einen Keil zwischen die beiden Regierungslager zu treiben, um schließlich zu einer linken Minderheitsregierung zu gelangen, die über die Notverordnungsparagraphen auch ohne eine parlamentarische Mehrheit handlungsfähig sein könnte¹¹⁹³. Damit hatte Gottwald also eine der zentralen Elemente der Politik Švermas

¹¹⁹⁰ Ebd., S. 132 ff.

¹¹⁹¹ Vgl. Gottwald: Ausgewählte Reden und Schriften (1974), a.a.O., S. 246 und 251.

¹¹⁹² Široký auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI v. 22.5.1936. SÚA. AÚD KSC, Sb. 20, a.j. 78, l. 5-28.

¹¹⁹³ "Ich glaube, daß wenn ich mir auch keine Illusionen mache, wenn auch nicht zu erwarten ist, daß von heute auf morgen die Sozialdemokratie mit uns gemeinsam aufmarschieren wird, so ist es doch möglich, unsererseits politisch, taktisch und organisatorisch mehr zu machen als jetzt, um sie dazu zu zwingen. Diese Frage liegt in

wieder in die kommunistische Taktik aufgenommen, nämlich die Tolerierung einer linken Minderheitsregierung.

Aufgrund dieser Ausführungen konstatierte das Präsidium des EKKI mit Genugtuung, "daß die Partei es verstanden hat, die opportunistischen Fehler, die unter der Leitung der Genossen Šverma und Slánský begangen worden sind, rasch und ohne Verluste zu korrigieren und die Partei ideologisch zu stärken". Trotz der nach wie vor feststellbaren und auch von Široký benannten Defizite befindet sich die KPTsch insgesamt auf dem richtigen Weg. "Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedrohung der Tschechoslowakei durch die fortschreitende Aggression Hitlers ist es zweckmäßig, daß die Partei ernste Schritte unternimmt zur Erreichung des gemeinsamen Vorgehens der Kommunistischen Partei, [der] Sozialistischen Parteien und der Gewerbspartei in bezug auf die Durchführung solcher innen- und außenpolitischen Maßnahmen, die imstande sind, diese Gefahr zu durchkreuzen und die Verteidigungskraft des tschechischen Volkes maximal zu verstärken, insbesondere die Erweiterung der demokratischen Rechte der Massen und Befriedung ihrer Lebensinteressen, Demokratisierung der Armee, die Tätigkeit der Henleinleute als Agenten des Hitlerfaschismus in der Tschechoslowakei zu zügeln, die Veränderung in der Außenpolitik zu Gunsten Hitler-Deutschlands zu verhindern usw. Diese Aktion der Partei soll so organisiert und durchgeführt werden, daß sie konkret und positiv als Ausgangspunkt einer Bewegung zur Errichtung der Volksfront in der Tschechoslowakei dienen kann."¹¹⁹⁴

An dieser Stellungnahme ist vor allem der Dogmatismus der Komintern-Führung ablesbar, für den treue Gefolgschaft und Reinheit der Lehre offensichtlich wichtiger waren als politische Fortschritte in den einzelnen europäischen Staaten bei der Abwehr des Faschismus. So bezog sich die Resolution des EKKI ausschließlich auf die Korrekturen des zuvor als opportunistisch und konterrevolutionär gebrandmarkten Kurses der Šverma-Führung, ohne in Betracht zu ziehen, daß sich die KPTsch mit der Auslegung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses und deren Annahme durch ihren VII. Parteitag im politischen Machtsystem der ČSR wieder isoliert hatte und bei einer Fortsetzung dieser taktischen Linie keine Aussicht bestand, diese Isolation wie im Herbst 1935 zu durchbrechen. Diese Annahme wirkt umso schwerer, als daß sowohl Široký als auch Gottwald in ihren Beiträgen auf der Präsidiumssitzung des EKKI ausdrücklich auf die bestehenden Ressentiments der Sozialisten gegenüber einer weiteren Zusammenarbeit mit der KPTsch hingewiesen und die Perspektive aufgezeigt hatten, daß einschneidende Erfolge auf dem Weg zur Einheits- und Volksfront vom Scheitern der Regierungskoalition abhingen. Daß die tschechoslowakische Regierung nach den Präsidentenwahlen ihre Arbeit wieder konsolidiert hatte und damit wenig Aussicht bestand, daß die KPTsch das politische Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und den Agrariern mit ihrer Einheits- und Volksfrontpolitik ent-

der Luft: nach Spanien, nach Frankreich wird die Tschechoslowakei kommen. Starke kommunistische Partei, relativ demokratisches Land, von Hitler bedroht, also alle Bedingungen, um hier eine breite antifaschistische Bewegung zu entfalten." Gottwald auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI v. 22.5.1936. SÚA. AÚD KSČ, Sb. 20, a.j. 78, I. 34-41.

¹¹⁹⁴ Beschluß des Präsidiums des EKKI vom 22. Mai 1936 über den VII. Parteitag der KP der Tschechoslowakei. SÚA. AÚD KSČ, Sb. 20, a.j. 79, I. 1-2.

zweien könnte, hatte für das EKKI demnach entweder keine oder höchstens eine nachrangige Bedeutung. Diese Dominanz des Dogmatismus in der Beurteilung der tschechoslowakischen Frage änderte sich erst im Sommer 1938, als das EKKI die KPTsch aufforderte, jegliche politischen Vorbedingungen zu unterlassen und mit allen Mitteln "auf den Zusammenschluß aller Kräfte, welche gewillt und imstande sind, die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei gegen den Hitlerfaschismus zu verteidigen", hinzuwirken. Ebenso sollte die KPTsch nun ohne Einschränkung von der Regierung "die Durchführung aller für die Verteidigung der Republik notwendigen Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und militärischer Natur"¹¹⁹⁵ fordern und ihr Inkrafttreten politisch unterstützen.

Doch auch bei der KPTsch läßt sich nachfolgend feststellen, daß sich die Parteiführung bei der Beurteilung des für die Einheitsfrontfrage zentralen Problems des Verhältnisses der Kommunisten zu den Sozialdemokraten an den taktischen Vorgaben durch die Komintern orientierte, und nicht an den politischen Gegebenheiten. Aus den im Politbüro und im Sekretariat des ZK geführten Diskussionen läßt sich nämlich erkennen, daß die KPTsch-Führung keineswegs zur Kenntnis genommen hat, daß es besonders aus der Sicht der ČSD nach den Erfahrungen aus dem Herbst 1935 keine Alternative mehr zum Festhalten an der Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung gab und daß hier keinerlei Bereitschaft vorhanden war, vor dem Hintergrund der stetig steigenden Bedrohung der ČSR durch das nationalsozialistische Deutschland und den diese Bedrohungssituation verschärfenden Bestrebungen der SdP eine alternative Regierungsbildung anzustreben, und dies erst recht nicht unter Partizipation der als politisch absolut unzuverlässig betrachteten Kommunisten. Dessen ungeachtet wurden von der KPTsch-Führung immer wieder verschiedene innen- und außenpolitische Ereignisse als ein Hinweis darauf verstanden, daß sich das Verhältnis zwischen beiden Flügeln der Arbeiterbewegung verbessere, und es wurde sodann in den Führungsgremien beschlossen, diese Ereignisse dazu zu nutzen, um mit konkreten Forderungen oder Vorschlägen auf die beiden sozialdemokratischen Parteien zuzugehen¹¹⁹⁶. Auf seiner Sitzung Ende Juni 1936 beschloß das ZK der KPTsch, wieder in der Frage einer möglichen Regierungsumbildung aktiv zu werden, und schlug den sozialistischen Par-

¹¹⁹⁵ Beschluß des Sekretariats des EKKI zur tschechischen Frage, vom 4.7.1938. SÚA. AÚD KSČ, Sb. 20, a.j. 82, l. 1-2.

¹¹⁹⁶ Am 20.1.1937 beschloß das Politbüro, in der Frage der Gewerkschaftseinheit informelle Verhandlungen mit Hampl und Bechyně anzustreben. SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 195, l. 1. Am 10.5.1937 beschloß das Politbüro, mit Hampl zu verhandeln, daß auf dem bevorstehenden Parteitag der ČSD "kein Angriff gegen die Kommunisten und die Einheitsfront geführt wird". SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 199, l. 1. Am 2.7.1937 beschloß das Sekretariat, den Sozialisten ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Verteidigung der Rechtsstellung der Exulanten vorzuschlagen. SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 764, l. 6. Am 4.10.1937 beschloß das Sekretariat, es solle bei den Sozialdemokraten darauf hingewirkt werden, ob im Interesse des Kampfes gegen den inneren Faschismus die gegenseitigen Angriffe in der Parteipresse künftig unterbleiben könnten. SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 767, l. 1. Am 22.9.1937 beauftragte das Erweiterte Sekretariat Šverma, einen Brief an Hampl mit dem Angebot zu verfassen, "das gute Verhältnis, welches sich im Zusammenhang mit dem Ableben Masaryks zwischen der KPTsch und der tschechischen Sozialdemokratie herausgebildet hat, weiter auszubauen und zu festigen. Es soll eine gemeinsame Beratung der Vertreter der KPTsch und der tschechischen Sozialdemokraten zwecks Abschluß eines Nichtangriffspaktes vorgeschlagen werden." Šverma schlug Hampl daraufhin vor, beide Flügel der tschechischen Arbeiterbewegung sollten ihre bisherige Taktik überdenken und künftig gemeinsam das Erbe Masaryks von der unabhängigen, demokratischen ČSR bewahren. SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 766, l. 3, 5-6.

teien Verhandlungen über die Bildung einer linken Minderheitsregierung vor, welche von den Adressaten einmütig abgelehnt wurden¹¹⁹⁷.

Im Zuge dessen kam es in den Jahren 1936 bis 1938 zu einer wahren Flut von Einheits- und Volksfrontangeboten seitens der KPTsch, ohne daß jedoch eine einzige hiervon bei den Sozialdemokraten auf Gegeninteresse stieß. Neben den ernüchternden Erfahrungen der ČSD und der DSAP aus der Vergangenheit wird hierfür zum einen entscheidend gewesen sein, daß sich die KPTsch in ihrer Rhetorik fest auf den Standpunkt der unnachgiebigen Verteidigungsbereitschaft für die ČSR stellte und mit dieser Haltung zunehmend wieder Ansehen in der tschechischen Öffentlichkeit fand. In der politischen Praxis wandte sie sich aber gegen sämtliche von der Regierung angestrebten Maßnahmen, die den Staat in die Lage versetzen sollten, sich mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen die staatsfeindlichen politischen Kräfte zu wehren und die innenpolitische Situation zu entschärfen. So wurden die Gesetzesvorlagen zum Staatsschutz, zur außerordentlichen Verfügungsgewalt der Regierung oder zur militärischen Aufrüstung mit dem Argument abgelehnt, sie widersprächen dem proletarischen Klasseninteresse, sie seien vor allem darauf ausgerichtet, die Bourgeoisie zu stützen, oder sie trieben die Faschisierung der ČSR voran¹¹⁹⁸. Zum zweiten entwickelte die KPTsch in der Minderheitenproblematik und in der Frage der Bekämpfung der SdP eine Position, die sich eher den Forderungen des sudetendeutschen Aktivismus als dem nationalitätenpolitischen Konzept der tschechischen Regierungsmehrheit annäherte und deshalb die Nachhaltigkeit und die Seriosität ihrer staatserhaltenden, patriotischen Rhetorik fraglich erscheinen lassen mußte. Denn der VII. Parteitag hatte erklärt, daß die bürgerliche Demokratie nicht mehr in der Lage sei, "die minimalen Voraussetzungen für ein normales Zusammenleben aller Nationen in der Tschechoslowakei" zu schaffen und zu verhindern, daß die deutschsprachigen Grenzregionen "Opfer der Agenten des ausländischen Faschismus werden"¹¹⁹⁹. Statt dessen könne die Beseitigung der nationalen Unterdrückung nur durch die Sowjetmacht erfolgen. Da die KPTsch, wie sich bei den Parlamentswahlen im Mai 1935 herausgestellt hatte, im sudetendeutschen Siedlungsgebiet infolge der sozialen Notlage kaum eine Chance besaß, bei den Wählern mit der Betonung internationaler Klassensolidarität und einer Politik des Klassenkampfes zu politischen Erfolgen gegenüber der mystischen Wirkung der Volksgemeinschaftsideologie zu gelangen, gingen die Kommunisten dazu über, die Verteidigung der Republik mit der Forderung nach einem nationalen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen in der ČSR zu verbinden. Dieser Kurs wurde nach dem VII. Partei-

¹¹⁹⁷ Rudé právo, 1.7., 3.7. und 8.7.1936. Vgl. auch den Leitkommentar Švermas über die Möglichkeit einer linken Minderheitsregierung im Zusammenhang mit der ZK-Sitzung im Oktober 1936. Rudé právo, 1.11.1936.

¹¹⁹⁸ So machte der kommunistische Abgeordnete Julius Dolanský am 29.4.1936 in der Parlamentsdebatte zur Verlängerung des Gesetzes zur Verteidigung der Republik deutlich, daß die KPTsch zwar für die Verteidigung des Staates gegen die Angriffe des inneren und äußeren Faschismus eintrete, sie werde jedoch gegen die Gesetzesvorlage stimmen, da es den Aufstieg des Faschismus und der Reaktion im eigenen Land Vorschub leiste. Vgl. Sborník studijních materiálů k dějinám KSČ v letech 1933-1938, Praha 1973, S. 133 ff. Vgl. weiterhin Der Kampf um das Wehrgesetz. Der Standpunkt der KP der Tschechoslowakei, in: Rundschau 5 (1936), S. 777-78; K. Braun: Um die Verteidigung der Republik, in: Rundschau 5 (1936), S. 842-43; J. Novotny: Um die Verteidigung der Republik gegen Hitler, in: Rundschau 6 (1937), S. 462-64; oder die Reden Gottwalds, in: Ders.: Spisy VII, S. 82-88 und 156-68.

¹¹⁹⁹ Gottwald: Spisy VII, S. 135.

tag forciert. Dahinter stand die auch innerhalb der DSAP vertretene These, durch die Erfüllung nationaler Forderungen die politisch und ideologisch verirrten sudetendeutschen Proletarier einerseits für die Landesverteidigung und andererseits für den Kommunismus zurückzugewinnen und somit den weiteren Aufstieg der SdP stoppen zu können. Aus diesem Grund machte Gottwald Anfang März 1936 auf einer Kundgebung in Teplice deutlich, daß sich die Politik der KPTsch ausschließlich gegen die politischen Zielsetzungen und die Ideologie der Henleinbewegung richte, und nicht gegen die Arbeiter in den Reihen der SdP. Die halte er lediglich für "verirrte Kameraden"¹²⁰⁰, die überzeugt und auf den richtigen Weg zurückgeführt werden müßten. Er bot ihnen deshalb an, gemeinsam mit den Kommunisten für ihre nationalen Rechte zu kämpfen. Der VII. Parteitag hatte festgelegt, daß zu den rechtmäßigen nationalen Forderungen soziale Maßnahmen zur wirtschaftlichen Krisenbekämpfung, ausreichende Finanzmittel für das Schulwesen, ein Nationalitätenschlüssel für den Zugang zum öffentlichen Dienst, die Veränderung der Sprachenpraxis sowie eine erneute Bodenreform gehörten. Als Grundvoraussetzung für die Herstellung nationaler Rechtsgleichheit sei jedoch nach wie vor die Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung zu verstehen, auch wenn sich die KPTsch zugleich nachdrücklich gegen die Abtretung von Teilen des Staatsgebietes aussprach¹²⁰¹.

Die Entstehung der SHF hatte in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre bei den Kommunisten zunächst kaum Beachtung gefunden resp. sie spielte nur eine nachrangige Rolle in den strategischen Überlegungen der KPTsch. Da eine genuine Faschismustheorie im Rahmen der politisch-programmatischen Gesamtkonzeption der Komintern – wie wir gesehen haben – nicht erarbeitet worden war, gab es keine fundierte theoretische Auseinandersetzung mit der Ideologie und Politik der SHF/SdP. Für die Theoretiker der Partei bestand auf der Grundlage der vorherrschenden Sichtweise, wonach sich auch die ČSR entweder auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur zubewege oder diese bereits bestehe, keine Veranlassung, sich mit diesem neuartigen politischen Phänomen eingehender zu beschäftigen. Dieser Zustand änderte sich erst ab etwa Sommer 1934, als der Kampf gegen den sudetendeutschen Faschismus in das strategische Konzept der Kommunisten eingearbeitet wurde. Aber auch dann bestand der Hauptgegner der KPTsch weiterhin in den beiden sozialdemokratischen Parteien. Deren Mitglieder und Wähler sollten über die Einheitsfront unter den politischen Einfluß der Kommunisten gelangen. Es ist jedoch fraglich, ob sich hieraus *per se* der Vorwurf einer programmatischen Unterschätzung der Henleinbewegung durch die KPTsch ableiten läßt. Denn bei einer ideologieimmanenten Beurteilung des Problems erscheint diese Entscheidung durchaus logisch und konsequent, da die entscheidenden Träger der Faschisierung des politischen Systems in der Sozialdemokratie gesehen wurden, die die Einheit der Arbeiterklasse verhindere und sich durch ihre Politik der Regierungsbeteiligung angeblich gegen die sozialen und politischen Interessen des Proletariats wende. Auch die anderen staats- und systemfeindlichen Parteien und Gruppierungen wurden in den theoretischen Organen der KPTsch nicht genauer beobachtet, sondern zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten als Gegner der Kommunisten betrachtet. Zumindest

¹²⁰⁰ Ebd., S. 73.

¹²⁰¹ Vgl. ebd., S. 135 f.

widmete die KPTsch im Wahlkampf des Frühjahres 1935 der SHF/SdP eine gesonderte Broschüre¹²⁰² und untersuchte deren politische Programmatik nach dem erdrutschartigen Wahlsieg vom Mai 1935 intensiver. Ebenso wie bei den tschechischen Sozialdemokraten begann aber auch bei der KPTsch eine systematische Analyse der ideologischen Grundlagen der SHF/SdP erst 1937. Sie erreichte jedoch zu keinem Zeitpunkt den theoretischen Tiefgang der sozialdemokratischen Diskussion.

In Übereinstimmung mit den Ansichten in der ČSD und in der DSAP betrachteten auch die Kommunisten die SHF/SdP als Auffangbecken für die im Herbst 1933 verbotene DNSAP und DNP. Unter Anwendung einer Form von Agententheorie wurde die These vertreten, sie fungiere in der innenpolitischen Szenerie der ČSR vor allem als Interessenvertreterin des reichsdeutschen Faschismus sowie der sudetendeutschen Kapitalistenklasse¹²⁰³. Ihre politische Programmatik entspreche "fast vollständig dem Naziprogramm"¹²⁰⁴. Vor dem Hintergrund der Bezugnahme der kommunistischen Diskussion auf die soziale Funktion des Faschismus, die auf eine prinzipielle Gleichsetzung von Kapitalismus und Faschismus hinauslief, bestehe ihre innenpolitische Aufgabe vor allem darin, "das Privateigentum der Banken und Industriemagnaten, der Großgrundbesitzer an den für das Wohl und Wehe des Volkes entscheidenden Gütern zu verteidigen"¹²⁰⁵. Deshalb wirke die Henleinbewegung in erster Linie antimarxistisch und strebe nicht die nationale Befreiung der Sudetendeutschen an, sondern diene ausschließlich den "kapitalistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie". Sie sei nach ihrem Wahlerfolg im Begriff, sich mit den tschechischen reaktionären Kreisen zu einem "reaktionär-faschistischen Block" zusammenzuschließen, um gemeinsam "den Volksmassen alle Rechte und Freiheiten [zu] rauben, und Henlein versucht, in den Sudeten eine völlige faschistische Gleichschaltung zu erzielen, bevor noch eine faschistische Diktatur in der TschSR existiert"¹²⁰⁶.

Außenpolitisch verfolge die Henleinbewegung vor allem das Ziel, die ČSR im Interesse des nationalsozialistischen Deutschland zu zerschlagen¹²⁰⁷. Um dies zu erreichen, sei sie bestrebt, die ČSR aus deren bestehenden militärischen Bündnisstrukturen herauszulösen und sie dadurch außenpolitisch zu neutralisieren oder sogar in direkte Gefolgschaft Hitlers zu bringen¹²⁰⁸. Hier-

¹²⁰² Arbeit und Brot für alle. Die Antwort der Kommunisten an Henlein, Prag o.J. [1935].

¹²⁰³ Vgl. G. Beuer: Wohin treibt Henlein?, in: Der Funke 1 (1935/36), 301-03, S. 302.

¹²⁰⁴ G. Friedrich (Ps. f. B. Geminder): Das Ende der "Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei", in: Rundschau 2 (1933), S. 1504.

¹²⁰⁵ J. Lenz (Ps. f. J. Winternitz): Zur Kritik der Henlein-Ideologie, in: Der Funke 3 (1937), 112-17 und 142-46, S. 116.

¹²⁰⁶ Vgl. B. Köhler: Die Botschaft des VII. Parteitages an die sudetendeutschen Werktätigen, in: Der Funke 1 (1935/36), 161-68, S. 163 f.

¹²⁰⁷ "Ist es nicht auffallend, daß die Heß, Goebbels und Hitler nicht die Deutschen in Polen und Italien, sondern gerade die Sudetendeutschen besonders ins Herz geschlossen haben? Dieser Umstand zeigt schon, daß es den Faschisten nicht um die nationale Freiheit der Deutschen geht, sondern die Henleinsche Autonomieforderung nichts anderes als ein Sprengmittel gegen die ČSR ist." B. Köhler: Ohne Schwanken für die Verteidigung der Heimat, in: Der Funke 1 (1935/36), 353-55, S. 354.

¹²⁰⁸ "Der Hauptverbündete Hitlers in der TschSR befindet sich aber in den deutschen Gebieten des Landes. Das sind die faschistischen deutschen Fabrikanten mit ihrer Partei, der SdP. Die ganze Politik der SdP beweist dies und Henlein hat dies in seiner Osterbotschaft neuerlich mit aller Offenheit gezeigt. Die Zerreißung des Locarno-Vertrages, sagt er in dieser Botschaft, interessiert ihn nicht, die Rheinlandbesetzung billigt er und die berühmten 'Friedensvorschläge' Hitlers hält er für die besten, die gemacht wurden. Er unterstützt als ausdrücklich die hitlersche Kriegspolitik und von der Tschechoslowakei fordert er, daß sie nicht 'Sperrfort', sondern 'Brücke' zu

zu sei ein Krieg unumgänglich, doch ein "Sieg Hitlers in diesem Kriege brächte uns nicht Befreiung, sondern noch viel größere Knechtschaft. Er würde uns unter den Stiefel der blutigen Hitlerdiktatur pressen. Alle Rechte, Organisations-, Versammlungs-, Pressefreiheit usw., die wir so dringend brauchen, um uns gegen die Aushungerung und Unterdrückung zu verteidigen, würden uns damit restlos geraubt"¹²⁰⁹.

Aus diesem Grund instrumentalisieren Henlein zwar die soziale und die nationale Frage, doch er beschäftigt sich nicht wirklich mit den dringenden Lebensfragen der Sudetendeutschen, wie der Arbeitsbeschaffung, staatlichen Aufbauhilfen für die nordböhmische Krisenregion, eine gerechtere Sprachenregelung oder den gesicherten Zugang der Minderheit zum Staatsdienst. Insbesondere seine Aussiger Autonomieforderungen Anfang 1937 hätten keinen Realitätsbezug, sondern sie dienten nach Ansicht der KPTsch-Theoretiker nur "als Erpressung, als Verschärfung des außenpolitischen Druckes Hitlers auf die Tschechoslowakei"¹²¹⁰. So seien seine Forderungen nach 'Schutz der Heimat' und 'Sicherung der Volksgrenzen' für die Prager Regierung nicht annehmbar, da sie sich hierdurch ihr eigenes Grab schaufeln würde¹²¹¹. Und auch die Forderung nach 'völkischer Selbstverwaltung' bedeute aus dem Mund einer Organisation, die sich nach dem Führerprinzip organisiert und ihren Mitgliedern elementarste Recht zu demokratischer Selbstverwaltung vorenthält sowie das öffentliche Leben im deutschen Siedlungsgebiet nach ihren ideologischen Vorstellungen zu reglementieren versucht, nichts anderes als ein Streben nach politischer Selbstherrschaft. "Sie [die SdP-Führer, C.S.] nehmen dem Volke schon jetzt seine Rechte, um autoritär, d.h. diktatorisch mit ihm zu verfahren. Unter der Losung der Selbstverwaltung streben sie die autoritäre faschistische Führung des deutschen Volkes in der Republik an, um ungehemmt mit dem deutschen Volke im Interesse der Hitlerschen Außenpolitik zu manövrieren und es für ihre abenteuerliche Kriegspolitik in das Feuer zu treiben."¹²¹²

Lassen sich hiermit deutliche Übereinstimmungen in der Beurteilung der innen- und außenpolitischen Zielsetzungen der SHF/SdP zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten feststellen, bestanden jedoch große Unterschiede bei beiden Flügel der politischen Arbeiterbewegung in der Frage, mit welcher Strategie zu kämpfen sei. Während die Sozialdemokraten über die Form der Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung des nationalistischen Radikalismus vor allem wirtschafts- und nationalpolitische Reformen verfolgten und schließlich unter dem Ge-

Hitler und seiner Kriegspolitik sein soll. Mit allen Mitteln versucht die die SdP darauf einzuwirken, daß die TschSR aus der Friedensfront austritt und zum Spießgesellen Hitlers wird. Henlein will auf diese Weise das Schicksal der TschSR auf Tod und Leben mit Hitler verbinden. " B. Köhler: Die Botschaft des VII. Parteitagess an die sudetendeutschen Werktätigen, in: Der Funke 1 (1935/36), 161-68, S. 163.

¹²⁰⁹ Ebd.

¹²¹⁰ B. Köhler: Henleins Aussiger Führertagung und die Kommunisten, in: Der Funke 2 (1937), 97-102, S. 100.

¹²¹¹ "Glaubt jemand, daß Henlein diese Pläne mit seinen eigenen Kräften verwirklichen könnte? Glaubt jemand, daß die Aufteilung der Republik friedlich vor sich gehen kann und daß sich die Tschechoslowakische Republik selbst in das Grab legt und sich nicht mit allen Kräften gegen ihre Zerreißen verteidigen wird? Jeder Mensch und auch die Henlein-Führer wissen es sehr gut, daß ihre Politik eine Provokation schwerster Konflikte und des Krieges ist. Ein solcher Krieg ist aber nicht Schutz, sondern Vernichtung unserer Heimat. Die Aussiger Forderung nach zerreißen der Republik ist nichts anderes als das Gegenstück jener Kampagne, die von den faschistischen Machthabern des Dritten Reiches täglich gegen die 'bolschewisierte' Tschechoslowakei betrieben wird. " Ebd., S. 99.

¹²¹² Ebd., S. 100.

danken einer 'wehrhaften Demokratie' ein Parteiverbot für die Henleinbewegung anstrebten, widersprach die KPTsch stets vehement einer solchen Zielsetzung. Denn sie mußte befürchten, daß ein Parteiverbot sie jederzeit als nächstes treffen könnte. So wandte sich z.B. Paul Reimann im Frühjahr 1933 gegen einseitige Verbote sudetendeutscher faschistischer Organisationen und begründete dieses mit den daraus zwangsläufig erwachsenden subjektiven Wahrnehmungen bei der deutschsprachigen Minderheit in der ČSR. Verbiete der Staat die DNSAP und lasse Kramář, Stříbrný u.a. gleichzeitig gewähren, so werde dies in den Grenzgebieten als eine Maßnahme nationaler Unterdrückung aufgefaßt werden. Auch die KPTsch sei nach Reimanns Worten für ein hartes Vorgehen gegen den sudetendeutschen Faschismus, doch dieses dürfe nicht wie anlässlich der Volkssport-Affäre Hand in Hand mit dem Verbot proletarischer Organisationen gehen, sondern müsse in ein antifaschistisches Gesamtkonzept implementiert werden, dessen organisatorische Grundlage nur die Einheitsfront der Arbeiterklasse biete¹²¹³. Dessen ungeachtet sprachen sich auch die Kommunisten nach ihrem VII. Parteitag für eine Zurwehrsetzung der Demokratie gegen die faschistische Bedrohung aus. "Demokraten und Sozialisten ... dürfen nicht tatenlos bleiben und die Ereignisse an sich herankommen lassen, sie müssen handeln, bevor es zu spät ist. Eine schwankende, unentschlossene Demokratie ist das Opfer des Faschismus. Eine schwankende, unentschlossene Demokratie zieht keine Massen an, sondern stößt sie ab und liefert sie dem Faschismus aus. Von dieser Erkenntnis ausgehend, müssen wir vor allem scharf darauf achten, was von der Henlein-Partei im Bunde mit der tschechischen Reaktion getrieben wird. Die ČSR ist ohne Zweifel das nächste Land, nach dem der Hitler-Faschismus seine Finger ausstreckt."¹²¹⁴ Unter dieser Zurwehrsetzung der Demokratie verstand die KPTsch in bezug auf die deutschsprachigen Krisengebiete zunehmend die Applikation einer "demokratischen nationalen Politik", die es ermöglichen könnte, "durch die Verwirklichung der nationalen Gleichberechtigung, dem nationalen Chauvinismus den Wind aus den Segeln zu nehmen und ein brüderliches Nebeneinander aller Völker in der TschSR zu erzielen. Das erfordert, in das deutsche Hungergebiet, dem größeren Elend entsprechend, mehr Brot und Arbeit zu geben, im Staatsdienst deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte nach dem nationalen Bevölkerungsschlüssel anzustellen, soviel deutsche Schulen im deutschen Gebiet zu schaffen, wie die Volksmassen benötigen und den halbverhungerten Schulkindern zu geben, was sie zum Leben brauchen. Die entwürdigende Sprachenpraxis muß aufgegeben und der deutschen Bevölkerung ermöglicht werden, in ihrer Muttersprache überall Gehör und Recht zu finden. In kultureller, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die volle Gleichberechtigung aller Völker in der Republik durchzusetzen, das ist allerdings nicht durch Henlein zu erreichen, der eben diese nationalen Interessen an die tschechische Reaktion verschachert. Die nationale Gleichberechtigung ist aber auch nicht durch die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie zu erzielen, wie die prakti-

¹²¹³ "Man kann sich doch nicht mit der Bourgeoisie verbünden und dabei einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus führen ... Die sozialdemokratischen Führer sind es, die durch ihre ganze Politik der Unterstützung der bürgerlichen Klassendiktatur den Faschismus stärken, die Kommunisten sind es, die durch den Aufbau der proletarischen Einheitsfront den Weg zur Niederrichtung des Faschismus konsequent beschreiten." Vorwärts, 25.4.1933.

¹²¹⁴ B. Köhler: Ohne Schwanken für die Verteidigung der Heimat, in: Der Funke 1 (1935/36), 353-55, S. 353.

schen Erfahrungen jedem Menschen beweisen, sondern dazu ist der Zusammenschluß der Werktätigen aller Nationen in der Einheits- und Volksfront erforderlich."¹²¹⁵

Perspektivisch hatten auch die Kommunisten Gewißheit, daß die SdP über kurz oder lang an ihren inneren Widersprüchen scheitern werde. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Diskussion maßen sie den Führungsstreitigkeiten zwischen dem KB und dem Aufbruchkreis jedoch eine geringere Bedeutung zu. Vielmehr werde der Klassenantagonismus zwischen den "Unternehmerfreunden"¹²¹⁶ und den Arbeitern in der Bewegung dazu führen, daß die Partei zerfalle. Aus diesem Kalkül unüberbrückbarer Klassengegensätze heraus entwickelte die KPTsch nach ihrem VII. Parteitag die Taktik, auch die Anhänger der Henleinbewegung in die zu errichtende Einheits- und Volksfront zu integrieren. So gestand Bruno Köhler nach der Rückkehr Gottwalds aus dessen Moskauer Exil schwere Fehler der kommunistischen Taktik ein, die seiner Meinung nach mitverantwortlich für den großen Wahlverlust der KPTsch im Mai 1935 von immerhin 34 % unter der sudetendeutschen Bevölkerung waren. Neben den bereits erwähnten taktischen Defiziten, welche die Šverma-Führung zu verantworten hatte (Zurücksetzung des Klassenkampfes und der Massenmobilisierung, falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik, zu starke Annäherung an das bürgerliche System und Konzentration auf parlamentarische Kombinationen), war nach Ansicht Köhlers jedoch der Umstand, daß sich die KPTsch "unter dem Einfluß der Sozialdemokratie, die die Henleinarbeiter rundweg als Faschisten bezeichnet, davon abhalten ließ, eine kühne Politik der Einbeziehung dieser Arbeitermassen in die Einheitsfront zu betreiben. Bei der gegebenen Sachlage, wo ungefähr die Hälfte der sudetendeutschen Arbeiterschaft unter dem Einfluß der SdP steht, kann und darf die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht eine solche Politik betreiben, die im vorhinein auf die Hälfte der Arbeiterschaft verzichtet. Die Henleinarbeiter unterliegen heute noch der nationalen und sozialen Demagogie des Faschismus. Am besten können sie von diesem Einfluß befreit werden, wenn sie in die Kampffront und in die Kämpfe der klassenbewußten Arbeiterschaft einbezogen werden. Auf diese Weise wird dem Faschismus seine Massenbasis entzogen. Nicht im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Arbeitern, sondern mit ihnen zusammen muß eine kühne Offensive geführt werden, um die Massen der Henleinarbeiter aus dem faschistischen Lager herauszureißen und für die proletarische Einheitsfront zu gewinnen."¹²¹⁷ Um diese Ziele erreichen zu können, gab Köhler die Parole des Kampfes um die "Volksrechte" aus. Dies seien die "sozialen, nationalen und politischen Lebensforderungen der breiten Volksmassen", welche die SdP zwar für ihre Demagogie instrumentalisiere, für die sie in Wahrheit jedoch nicht eintrete. Daher sei der Kampf um die "Volksrechte" eine geeignete politische Plattform, um den nationalen Verrat der Henleinbewegung zu entlarven und um dadurch "große Massen zum Kampf um ihre Existenzforderungen und gegen den Faschismus zu vereinigen"¹²¹⁸.

¹²¹⁵ B. Köhler: Die Botschaft des VII. Parteitages an die sudetendeutschen Werktätigen, in: Der Funke 1 (1935/36), 161-68, S.167.

¹²¹⁶ A. Korb: Die Krise in der SdP und das sudetendeutsche Problem, in: Der Funke 3 (1938), 5-8, S. 5.

¹²¹⁷ B. Köhler: Fragen der kommunistischen Politik im deutschen Gebiet der Republik, in: Der Funke 1 (1935/36), 97-100, S. 100.

¹²¹⁸ Ebd., S. 98.

Verschiedene KPTsch-Politiker wiesen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre immer wieder darauf hin, daß "die erträgliche Regelung der nationalen Frage geradezu eine Kardinalfrage für die Verteidigung der Demokratie und der Republik gegen den inneren Faschismus und das Dritte Reich"¹²¹⁹ sei. Nachdem die Initiative des Jungaktivismus im Laufe des Jahres 1936 erfolglos geblieben war, legte die KPTsch der Regierung am 6.11.1936 ein eigenes Memorandum vor, aus dem deutlich wird, daß sie die nationale Frage nicht länger für die Ziele kommunistischer Politik instrumentalisieren wollte, sondern daß deren Beurteilung nunmehr ausschließlich von einem antifaschistischen Standpunkt bestimmt war. In dem von Gottwald und Köhler unterzeichneten Dokument wurden sieben Thesen zur Lösung der Minderheitenproblematik formuliert: 1. Die volle Anwendung der Bestimmungen der tschechoslowakischen Verfassung und der Pariser Friedensverträge zur Sicherstellung der bürgerlichen Gleichberechtigung der deutschsprachigen Staatsbürger und das Unterlassen aller Maßnahmen, "die eine politische oder wirtschaftliche Zurückstellung und Unterdrückung aus nationalen Motiven bedeuten". 2. Eine demokratische Novellierung des Sprachgesetzes der ČSR "im Geiste des demokratischen Ausgleiches zwischen Tschechen und Deutschen", so daß es jedem Staatsbürger ermöglicht wird, mit jeder Behörde in seiner Muttersprache zu kommunizieren. 3. Die Sicherung und Förderungen des muttersprachlichen Schulunterrichts für alle Staatsbürger. 4. Die finanzielle Unterstützung der deutschen Kultureinrichtungen durch den Staat. 5. Nationale Gleichberechtigung beim Zugang zum Staatsdienst und zu den Staatsbetrieben durch die Anwendung eines Nationalitätenschlüssels. 6. Die national gerechte Verteilung staatlicher Investitionsmittel unter besonderer Berücksichtigung der Krisenlage in der Grenzgebieten der ČSR. 7. Die Einrichtung deutscher Sektionen in der Ministerialverwaltung, um eine Verwaltungsreform zugunsten der Rechte und Bedürfnisse der sudetendeutschen Bevölkerung einzuleiten¹²²⁰. Diese Forderungen wurden am 30.3.1938 in einem zweiten Memorandum vom Klub der kommunisten Abgeordneten und Senatoren im wesentlichen erneuert und um die Forderung nach Entlassung aller nicht-demokratischen und nicht-kommunistischen Beamten, Angestellten und Arbeiter aus dem Staatsdienst erweitert¹²²¹.

Damit ergaben sich aus den Vorschlägen der KPTsch deutliche Anknüpfungspunkte zur Programmatik des sudetendeutschen Regierungsaktivismus, und sie wurden den aktivistischen Parteien auch als mögliche Grundlage für eine gemeinsame Plattform vorgelegt. Von den Forderungen des Aktivismus unterschied sich die hieraus ersichtlich werdende Konzeption der KPTsch insofern, als daß die nationale Frage in der ČSR nicht als ein Volksgruppenproblem, sondern als ein Problem individueller nationaler Diskriminierung aufgefaßt wurde. Deshalb war in beiden Memoranden auch keine Revision der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption vorgesehen, wie sie ab 1937 vor allem von Wenzel Jaksch angestrebt wurde, sondern "Separa-

¹²¹⁹ B. Köhler: Ohne Schwanken für die Verteidigung unserer Heimat, in: Der Funke 1 (1935/36), 353-55, S. 355.

¹²²⁰ SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 81, l. 9-11. Das Memorandum wurde vom Sekretariat auf der Sitzung vom 4.11.1936 inhaltlich bestätigt. SÚA. AÚD KSČ, f. 19/5, a.j. 735, l. 1.

¹²²¹ Das Dokument ist abgedruckt in: Der Funke 3 (1938), S. 158-60.

tismus, Föderalismus und Autonomismus"¹²²² wurden explizit abgelehnt. Außerdem waren die Forderungen bzgl. der Behandlung der SdP weitreichender formuliert als bei den Aktivisten, denn die KPTsch verlangte wie schon in den politischen Thesen des VII. Parteitags erneut nach einer Säuberung des Staatsapparats von allen staats- und systemfeindlichen Personen, was faktisch auf ein Berufsverbot für die SdP-Anhänger hinauslief¹²²³.

Um die Lösung der nationalen Frage erfolgreich mit dem Kampf gegen die Henleinbewegung verbinden zu können, war es nach Ansicht der KPTsch erforderlich, dieses Politikfeld nach dem Februar-Abkommen von 1937 aus den "geheimen Kabinettsverhandlungen" zu lösen und "die Frage des nationalen Ausgleichs in aller Öffentlichkeit, besonders auf dem Boden des Parlamentes zu stellen", damit von ihr eine demokratisch-integrative Wirkung ausgehen könnte. Daneben wurde es als großer politischer Fehler gewertet, wenn bestimmte Gruppen innerhalb des BdL und der DCV eine "versöhnlerische Haltung"¹²²⁴ gegenüber der SdP einnahmen und zugleich die KPTsch, die sich nachdrücklicher als die tschechischen Regierungsparteien für den nationalen Ausgleich einsetze, aus dem gesamten Diskussionsprozeß ausschließen.

Erst nachdem mit dem Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich im März 1938 offenkundig geworden war, daß sich die innen- und außenpolitische Situation der ČSR nicht mehr durch einen nationalen Ausgleich werde konsolidieren lassen, beendete die KPTsch ihre Ausgleichsbemühungen und begann, sich nunmehr ausschließlich auf die Staatsverteidigung zu konzentrieren¹²²⁵. Trotzdem verlangte auch die KPTsch, im Mai 1938 zu den Verhandlungen mit der SdP um ein Nationalitätenstatut hinzugezogen zu werden¹²²⁶. Während der Maikrise erklärte sie sich mit der tschechoslowakischen Regierung solidarisch und befürwortete die militärische Teilmobilmachung¹²²⁷. Als die Regierung und der Staatspräsident im Sommer 1938 versuchten, mit dem sog. 'Dritten' und 'Vierten Plan' gegenüber den Westmächten und Deutschland auf Zeit zu spielen, verließ die KPTsch schließlich wieder die gemeinsame Plattform und warf der Regierung bereits frühzeitig Landesverrat vor¹²²⁸.

¹²²² Ebd.

¹²²³ Für Sators These, daß die KPTsch mit der Ausgrenzung der SdP vom öffentlichen Dienst das Ziel verfolgte, für sich selbst mehr Einfluß auf die Staatsverwaltung zu gelangen, lassen sich jedoch weder vom Autor selbst noch aus der für diese Arbeit untersuchten Quellen Hinweise finden. Vgl. Sator (1996), a.a.O., S. 236.

¹²²⁴ L. Freund: Eine große Chance der tschechoslowakischen Demokratie, in: Der Funke 2 (1937), 102-07, S. 104 f.

¹²²⁵ Vgl. z.B. das Memorandum Gottwalds an das EKKI vom 17.3.1938 über die Auswirkungen des Anschlusses Österreichs für die ČSR. SÚA. AÚD KSC, Sb. 20, a.j. 81, l. 1-2.

¹²²⁶ Gottwald und Köhler an Krofta vom 18.5.1938. SÚA. AÚD KSC, f. 19/5, a.j. 88, l. 1-2.

¹²²⁷ Vgl. den Aufruf der KPTsch vom 22.5.1938, in: Gottwald: Spisy VIII, S. 182.

¹²²⁸ Vgl. z.B. den Aufruf des kommunistischen Abgeordnetenklubs, in: Rudé právo, 4.8.1938; oder die Reden Gottwalds vom 9.9.1938 und vom 11.11.1938, in: Gottwald: Spisy VII, S. 232-42 und S. 267-74.